Nr. 143 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 71

Morgenausgabe

10 Goldpfennig
100 Milliarden

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten", sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Frauenbeilage „Frauenwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 0.70 Goldmark. Reklamezeile 5.50 Goldmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 0.20 Goldmark (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0.30 Goldmark.
Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4.20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Dienstag, den 25. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Die Sicherung Frankreichs.

Verhandlungen in London.

London, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die britisch-französischen Sachverständigenberatungen über einen Garantiepakt zur Sicherung Frankreichs sind am Montag fortgesetzt worden. Der französische Gesandte St. Aulaire hatte mit Macdonald eine Unterredung, die länger als eine Stunde dauerte. Der offizielle Bericht teilt lediglich mit, daß über die Sicherheit Frankreichs und die Reparationsfrage verhandelt worden ist. Jedenfalls hatte der französische Botschafter u. a. den Auftrag, das Angebot Macdonalds, die britischen Streitkräfte gegen jeden Friedensbrecher einzusetzen, zu verfolgen und dabei zu versuchen, die von Macdonald gleichzeitig erhobene Forderung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auszuschalten. Die Gesamteinstellung der englischen Regierung läßt vermuten, daß dieser letzte Versuch fehlgeschlagen ist. England wünscht keine einseitige Sicherung gegen Deutschland, sondern steht nach wie vor auf dem Gedanken, eine Friedenspolitik auf Gegenseitigkeit durchzuführen. Auch die Erörterung über die Reparationsfrage dürfte nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis für Poincaré geführt haben. Die Auffassungen über die Lösung dieser Probleme gehen in England und Frankreich noch weit auseinander. Die englische Regierung ist z. B. der Meinung, daß deutsche Reparationsleistungen vorläufig nur in Form von Sachlieferungen und in kleinen Mengen in Frage kommen. Frankreich besteht vorläufig außerdem auf Barleistungen und soll nur dann bereit sein, in diesem Punkte nachzugeben, wenn ein Sicherheitspakt mit England ohne die Bedingung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zustande kommt. Uebrigens verlautet hier, daß Poincaré in seiner Auffassung isoliert dastehe, nachdem die amerikanischen Sachverständigen sich sehr stark dem Standpunkt Englands über die Lösung der Reparationsproblems im Augenblick nähern.

London, 24. März. (WTB.) Wie Reuter erfährt, fand der Besuch auf französischen Wunsch statt. Reuter meldet ferner, daß der Reise der britischen Reparationssachverständigen nach London keinerlei besondere Bedeutung zukomme. Die Sachverständigen hielten noch wie vor daran fest, in engster Berührung mit der Regierung zu bleiben.

Das Pariser „Journal" sagt mit dürren Worten, daß Frankreichs Sicherheit die dauernde Besetzung der Rheingrenze fordere.

Schacht in Paris.

Denkschrift an die Sachverständigen.

Paris, 24. März. (Eca.) Reichsbankdirektor Dr. Schacht hat dem Sekretariat der Sachverständigen gestern eine zusammenfassende Antwort auf die an ihn gerichteten Fragen übermittelt. Heute nachmittag hatte Dr. Schacht eine längere Unterhaltung mit dem belgischen Sachverständigen Franquis. Es steht vorläufig noch dahin, ob nunmehr eine neue Anhörung des Dr. Schacht durch die Sachverständigen notwendig sein wird oder ob diese sich mit dem schriftlichen Bericht und den heute erfolgten mündlichen Erläuterungen zufrieden geben. Dr. Schacht wird sich jedenfalls bis Mittwoch zur Verfügung halten. Die Frage der Goldkredite und der Diskontbank kann als endgültig geregelt betrachtet werden. Die letzten Unterhaltungen bezogen sich ausschließlich auf die Statuten der Goldnotenbank. Der 1. Ausschuß und seine Unterausschüsse werden morgen ihre Beratungen wieder aufnehmen. Der Mac-Kenna-Ausschuß wird nicht vor Ende der Woche zusammentreten. Man rechnet weiterhin damit, daß die Sachverständigenberichte nicht vor der ersten Aprilwoche fertiggestellt sein werden.

Mussolini kritisiert Frankreich.

Rom, 24. März. (WTB.) In seiner gestrigen Rede betonte Mussolini noch die gute Haltung der Lira im vergangenen Jahre trotz des neuen im besonderen fortgeführten Kriegs zwischen Frankreich und Deutschland und sagte, wenn die gefährliche Ruhrbesetzung nebst ihrer Folgen nicht gewesen wäre, würde die Lira heute besser stehen.

Tusars Hinscheiden.

Die Größe des Verlustes.

Prag, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistischen Prager Morgenblätter veröffentlichen Gedenkworte für Tusar vom gewesenen Staatskanzler der Republik Deutschösterreich, Genossen Dr. Karl Renner-Wien. Er sagt u. a.: Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß mir seinerzeit eine dauernde Kooperation der drei mitteleuropäischen Republiken von Berlin, Prag und Wien vorschwebte. Sie besitzt ohne Zweifel wirtschaftliche und kulturelle Unterlagen, und die politische Gemeinsamkeit scheint durch die Gleichheit der republikanischen Verfassung gegeben. Ich begrüßte es daher wie eine Verheißung, daß Tusar als Gesandter nach Berlin ging. Inzwischen aber war die Welle der Reaktion über Europa hereingebrochen. Das klerikal-monarchistisch gewordene Regime in Oesterreich, die Reparationskrise zwischen Deutschland und Frankreich, das Wiedererstarken des nationalistischen Kriegs- und Revanchegedankens warf meine Pläne von der Entente der drei Republiken über den Haufen, und als ich Tusar zum ersten Male in Berlin sah, nahmen wir von der veränderten Weltlage gemeinsam Abschied. Wieder stand Tusar in einer anderen Front, dennoch aber bewahrte er dem Deutschen Reich, der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Nation freundschaftliche Gefühle. Dank seiner Seelengabe erwarb er der tschechischen Gesandtschaft in Berlin ein großes Kapital von Achtung und Einfluß. Im Verhandeln schlau wie kaum ein anderer, hatte er sich doch die innere und äußere Zuverlässigkeit des Charakters bewahrt und das allgemeine Vertrauen errungen. Manche hohe Mission im Innern, manche in der europäischen Politik charteten noch auf ihn, und ohne Unterlaß bildete er sich für höhere Aufgaben fort. Mitten in den Arbeiten, Plänen und dieser Entwicklung hat ihn der Tod überrascht und allen Hoffnungen seiner Freunde, seiner Partei und seines Volkes ein Ende gesetzt.

*

Auch Ministerpräsident Genosse Braun und die preußische Regierung haben Frau Tusar aufrichtigste Teilnahme ausgesprochen.

Litauen und Polen.

Scharfe Worte des litauischen Premiers.

Kowno, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Außenkommission des Sejm und das litauische Kabinett haben das Memelabkommen angenommen und dem Sejm überwiesen. In die Memeler Hafendirektion entsendet die litauische Regierung den früheren Sachverständigen bei der litauischen Gesandtschaft in Paris Sobkeicos. Die Ernennung des Völkerbundmitgliedes der Hafendirektion steht noch aus.

Gegenüber Pressevertretern äußerte der litauische Ministerpräsident Galvanauskas, die Beziehungen Litauens zu Deutschland würden durch die vom Völkerbund gefällte Entscheidung endgültig geklärt und damit die litauisch-deutschen Grenzen festgelegt. Damit wären weitere Konflikte in der Eisenbahnfrage unmöglich. Mit der Entscheidung in der Memelfrage würden auch die

unbegründeten Ansprüche Polens auf Memel hinfällig.

Die politischen Quertreibereien Polens hätten die Entscheidung in der Memelfrage drei Jahre verzögert. Polen wolle Litauen einkreisen und bei günstiger Gelegenheit ein Attentat auf die litauische Unabhängigkeit ausführen. Jetzt, nach der Genfer Entscheidung, sei die Souveränität Litauens über das Memelgebiet gesichert und gleichzeitig seien alle Hoffnungen Polens auf Privilegien in Memel zuschanden geworden. Diese Tatsache werde nicht ohne Einfluß auf die allgemeine Politik Polens gegenüber Litauen bleiben. Polen werde einsehen müssen, daß, wenn es nunmehr zu Litauen in normale Beziehungen treten will, es

das Wilnagebiet räumen

müßte. Erst wenn die Wilnafrage in einem für Litauen günstigen Sinne gelöst sei, könnten die Beziehungen zu Polen besser werden. Auch Sowjetrußland werde sich mit der Entscheidung abfinden müssen. Die Beziehungen Litauens zu den baltischen Staaten und zu Lettland würden zweifellos dahin führen, die Verbindung mit Polen über Litauen durch die Libau-Runnicker Eisenbahn wieder aufzunehmen, was naturgemäß erst möglich sei, wenn Wilna wieder litauisch sei. Daher müßten die Randstaaten einen Druck auf Polen in einem für Litauen günstigen Sinn ausüben. Sobald der Vertrag durch den litauischen Sejm ratifiziert sei, würden alle autonomen Rechte des Memelgebiets in Kraft treten, wozu vor allem die Wahl des Landtags und die Ernennung des Gouverneurs gehören.

Persien bleibt Monarchie.

So will's die Geistlichkeit.

London, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) In Teheran kam es gelegentlich der letzten Parlamentssitzung, die die Einführung der Republik beschließen sollte, zu großen Demonstrationen unter Führung von Geistlichen. Unter diesem Druck wagte das Parlament nicht, seine Absicht durchzuführen, und es beschloß lediglich, den Schah für abgesetzt zu erklären und seinen zweijährigen Sohn auf den Thron (?) zu setzen. Bis zur Volljährigkeit soll ihm ein Regent gestellt werden.

Achmed Schah ist nicht der erste der persischen Herrscher, denen die kostspieligen Europareisen teuer zu stehen kommen. Sein Großvater, der Schah Muzaffer Eddin, hat durch seine zwei Europareisen, die ausschließlich dem Vergnügen dienten, das Land derart gegenüber Rußland und England verschuldet, daß die Erregung darüber schließlich zu seiner Ermordung geführt hat. Sein Sohn Muhamed Ali wurde aus dem Lande getrieben, weil er das aus der persischen Revolution entstandene Parlament, kurz nachdem er die Verfassung beschworen hatte, bombardieren ließ. An seine Stelle trat sein Sohn, der eben abgesetzte Achmed, der damals noch minderjährig war. Sein Onkel führte die Regentschaft.

Kaum mündig geworden, lockten auch den jungen Schah die Geheimnisse namentlich der französischen Großstädte. Und auf seiner zweiten Europareise, auf der er sich zurzeit noch befindet, ereilte ihn sein Schicksal. Vor etwa 14 Tagen hat ihm der persische Ministerpräsident mitgeteilt, daß er nicht wieder zurückkehren dürfe. Vor zwei Tagen mußte sein Bruder, der die Regentschaft führt, aus Teheran flüchten.

Das südslawische Kabinett Pasitsch ist zurückgetreten und zwar infolge des Eintritts der kroatischen Bauernpartei ins Parlament, wodurch die Opposition sehr gestärkt wird.

Was geht in Irland vor?

O. P. London, den 23. März 1924.

Irland, das seit dem Krieg noch keinen Frieden gekannt, wird aufs neue von einer Krise erschüttert. Wieder wird in den Straßen Dublins geschossen, werden Häuser belagert und durchsucht — dieselben Straßen und Häuser, die so oft schon Zeugen so vieler Greuel und Grausamkeiten waren. In Irland, das Jahrhundert lang der Schauplatz furchtbarer nationaler, sozialer und religiöser Unterdrückung, immer wiederkehrender und immer wieder in Blut erstickter Aufstände der verzweifelten, verhungernden irischen Pächter gegen die englischen Lords, die Grundbesitzer, gewesen ist, — in diesem Irland hatte die Erschütterung, die dem Kriege folgte, die nationale Revolution unwiderstehlich gemacht. In einem schauerlich blutigen Bürgerkrieg wurden Lloyd Georges berüchtigte Black-and Tans, die schwarz-gelben Schergen, von den irischen Freischärlern überfallen, abgeschossen, unter brennenden Häusern begraben. Lloyd George mußte nachgeben und ein förmlicher Friedensvertrag (treaty) erkannte Irlands Selbständigkeit im Rahmen des britischen Reiches an, gab ihm annähernd die Stellung einer der großen Dominions (Kolonien). Aber dieser unzweifelhaft große Sieg wurde dem im Blutrausch taumelnden Land nur zur Quelle neuen Haders und Unheils. Die nationale Bewegung (Sinn Fein) spaltete sich: der eine Flügel wollte den Friedenspakt annehmen, den „Freistaat" gründen, dem schwergerüsteten Volk endlich Frieden verschaffen; der andere Teil wollte den Kampf fortsetzen bis zur vollständigen Loslösung Irlands von England, bis zur Erringung der irischen Republik. Zwischen Freistaatlern — an deren Spitze Collins und Griffith standen — und Republikanern — deren Führer de Valera war — entbrannte ein zweiter Bürgerkrieg, ebenso blutig, ebenso verheerend wie der erste. Er endete mit der vollständigen Niederlage der Republikaner, deren Führer ins Gefängnis wanderten. England selbst konnte sich nunmehr neutral verhalten, seine Sympathien standen natürlich auf der Seite der Freistaatler, die den Vertrag anerkannten und sich mit dem Errungenen begnügen wollten. Auf Militärherrschaft wurde der neue „Freistaat" gegründet. Immerhin ist es mit diesem Mittel der Regierung, an deren Spitze nach dem rasch aufeinanderfolgenden Tode Collins und Griffiths nun Cosgrave steht, gelungen, das Land halbwegs zu konsolidieren und die letzten Wahlen — bei denen freilich die Eingesperrten nicht mitwählten — haben der Regierung eine Majorität gebracht. Die Mehrheit der Bevölkerung, im Grunde auch die in diesem Bauernlande wenig bedeutende Arbeiterschaft steht, wenn nicht hinter der Regierung, so doch hinter der Politik, die sich bemüht, die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten. Was ist es, das diese Ruhe von neuem stört?

Vor zehn Tagen veröffentlichten die englischen Blätter die Nachricht, daß in der irischen Armee eine Meuterei ausgebrochen sei. Sie entstand als Folge der von der Regierung angeordneten teilweisen Demobilisierung. Ein Teil der Offiziere weigerte sich, die Lager zu verlassen oder zu übergeben und verschleppte Waffen und Munition. Von den Unzufriedenen spannen sich offenbar Fäden zu der republikanischen Bewegung, die, obwohl in ihrer öffentlichen Betätigung erstickt, in den Massen noch immer viele heimliche Anhänger hat; denn die Führer der Unzufriedenen, Generalmajor Tobin und Oberst Dalton, haben an die Regierung eine Art Ultimatum gerichtet, in dem sie, von militärischen zu politischen Forderungen übergehend, erklärten, die Politik der Regierung stimme mit der „Auffassung des irischen Volkes über den Friedensvertrag und die Herbeiführung und Aufrechterhaltung einer republikanischen Regierungsform" nicht überein.

Die Regierung hat dies als eine Herausforderung bezeichnet und die Aushebung und Verhaftung der Meuterer angeordnet. Ihre Häuser wurden durchsucht und ein eigens eingesetzter Armeebefehlshaber General O'Duffy wurde mit der Reorganisation des Heeres und der Unterdrückung der Bewegung betraut. Diese scheint jedoch von verschiedenen Seiten Unterstützung oder doch wenigstens Sympathie gefunden zu haben, denn der Handelsminister Mac Grath gab seine Demission zum Protest gegen das „absolut unordentliche, unfähige und schändliche Vorgehen einer Regierungsstelle". Er hat dann weiterhin als eine Art Vermittler zwischen der Regierung und den unbotmäßigen Militärs fungiert, und es kam eine Vereinbarung zustande, wonach zu einem bestimmten Zeitpunkt die verschleppten Waffen zurückgestellt werden, diejenigen, die ihren Dienstplatz verlassen hatten, sich stellen und gegen Ehrenwort auf freiem Fuß bleiben sollten. Diese provisorische Beilegung des Konflikts wurde jedoch durch die weitere Entwicklung der Dinge über den Haufen geworfen oder doch zumindest schwer gefährdet.

Ohne Kenntnis und Einwilligung der Regierung oder des neuernannten Armeebefehlshabers hat in der Nacht zum 20. März der Kriegsminister, General Mulcahy, im Einvernehmen mit drei anderen hohen Offizieren eine militärische

Aktion anbefohlen, um die Führer der Meuterer, die in einem Wirtshaus in Dublin zusammenkamen, auszuheben. Das Wirtshaus wurde umzingelt und nach einiger Schießerei zehn Offiziere verhaftet, während die Führer über die Dächer entkamen. Diese auf eigene Faust unternommene Aktion eines Teiles der Heeresleitung wurde von der Regierung schroff desavouiert und die drei beteiligten Generale — der Generaladjutant Generalmajor O'Sullivan, der Generalstabschef Generalmajor Mac Mahon und der Generalquartiermeister Generalleutnant O'Muirthile — kurzerhand aufgefordert, ihre Demission einzureichen, während der Kriegsminister daraufhin selbst demissionierte. Sein Amt wurde provisorisch vom Ministerpräsidenten Cosgave übernommen. Von den drei Generalen weigerte sich der Generalstabschef zu demissionieren und wurde entlassen. Das ist die augenblickliche Situation, deren Entwicklung noch nicht abzusehen ist.

Der Vorfall — mag er schließlich irgendwie beigelegt werden oder aber bittere Folgen nach sich ziehen — enthüllt jedenfalls den Zustand jener Zerrissenheit, in dem sich die irische Armee befindet und von der ein Mitglied der Regierung selbst im Parlament gesagt hat, daß in ihr „streitende Gruppen, Organisationen und Spaltungen" bestünden. Das aber ist die selbstverständliche Folge ihrer jahrelangen Verwendung im Bürgerkrieg, die unheilvolle Nachwirkung der Gewalt; daß diese, wenn sie kein Objekt mehr findet, sich zum Selbstzweck erhebt, um sich schließlich selber zu zerfleischen. Die irische Regierung sieht sich zwei einander bekämpfenden Fraktionen ihrer bewaffneten Macht gegenüber, zuerst einer Meuterei gegen die beabsichtigte Verringerung des Heeres, dann dem Ungehorsam derjenigen, die diese Unbotmäßigkeit bestrafen wollen — und wie billig ist in Irland ein Straßenkampf oder ein Menschenleben! Es ist der Widersinn oder, wenn man will, die furchtbare Logik eines Regimes, das die Waffe nicht aus der Hand legt und bei dem man nicht mehr weiß, auf welcher Seite die Schuld beginnt und auf welcher die Notwehr endigt. Es ist schlechthin das Mittel der Gewalt, das sich gegen diejenigen erhebt, die es selbst gezwungen gebrauchten.

Der taktische Fachminister.

Scholz in Hamburg.

Am Sonntag hat von den Führern der Deutschen Volkspartei nicht nur der Außenminister Dr. Stresemann in einer energischen Abwehr der Demagogen von der Isar sich an die Wähler gewandt. Auch der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Scholz, bekannt als besonders befähigter „Fachminister", hat sich zu den politischen Fragen geäußert. Seine anerkannte Gabe, Porzellan zu zerschlagen, hat Herr Dr. Scholz auch am Sonntag wieder glänzend bewiesen. Als Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Volkspartei bringt er es bei den vollkommen unklaren Verhältnissen, bei der Unsicherheit, die vorläufig noch über dem kommenden Reichstag schwebt, jetzt bereits fertig, „festzustellen", daß die „Koalition mit den Sozialdemokraten gründlich Schiffbruch gelitten habe, weil mit der Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Zusammensetzung eine gesunde vaterländische Politik nicht geleistet werden könne." Wir fürchten nicht für uns, aber für Herrn Dr. Scholz, daß er und seine Partei diese starken Redensarten, mit denen sie den Wahlkampf glaubt einleiten zu müssen, ebenso oft wird verleugnen müssen, wie den schönen Spruch aus dem Jahre 1920 „Von roten Ketten macht uns frei, allein die Deutsche Volkspartei".

Herr Dr. Scholz hielt es auch für besonders angezeigt, stark zu betonen (nach Bericht unter besonders lebhaftem Beifall), daß die Deutsche Volkspartei „eine monarchische Partei sei und ihr Bekenntnis zum monarchischen Staat nicht vergessen werde". Auf derselben Tagung sprach der Hamburger Abgeordnete Dauch von der Volkspartei als einer „Mittelpartei", und auch er erntete für diese seine Erklärung „brausenden Beifall". Am Sonnabend schrieb der leitende Redakteur der „Zeit" Dr. Spieß in einem Aufsatz über die Nationalliberalen unter vollkommen richtiger Kennzeichnung der Zusammenhänge, die Herrschaften möchten lieber Farbe bekennen. Es handele sich um dieselben Kreise, die das Direktorium gewollt und sich damit in der Sache aufs schärfste gegen die Politik der Volkspartei gewandt hätten. Dr. Scholz, der Fraktionsvorsitzende, dagegen findet, daß man der „Nationalliberalen Vereinigung" zubilligen könne, daß „sie sich in ihrer materiellen Politik nicht absondern wolle", und er hat im wesentlichen nur formal organisatorische Einwendungen gegen das Bestehen dieser Gruppe. Des Durcheinanders ist also in der Deutschen Volkspartei vorläufig noch lange kein Ende. Die um Stresemann mögen wohl die Mehrheit der Partei hinter sich haben, sie sind auch klug genug, nicht solche Dummheiten loszulassen, wie sie der „Fachminister" Dr. Scholz vom Stapel läßt, weil er unbedingt nachweisen will, daß Fachminister zur Politik nicht taugen. Stresemann redet zwar gegen die Popularitätshascherei, aber die Popularitätshascher fallen ihm in der eigenen Parteileitung in den Rücken. Sie halten sich anscheinend für klug, wenn sie zur Abwehr der deutschnationalen und völkischen Konkurrenz in denselben phrasenhaften Redensarten machen. Und diese Popularitätshascher, sie haben auch nach der Absonderung der Nationalliberalen noch die stärksten Positionen in der Hand. Denn Dr. Scholz war es, der als Exponent dieser Leute die Große Koalition zerschlug. Aus Angst vor diesen Leuten duldete Stresemann in seiner Innenpolitik die Aufführung des schmählichen Dresdener Wachtparadespiels. Das saturierte Bürgertum, über dessen Ideenlosigkeit Stresemann als berufenster Kenner so oft bitter geklagt hat, hat nicht nur keine Ideen, es hat auch offenbar keine Politiker, die die Mittelparteien zusammenhalten können. Denn Scholz starke Töne werden die Volkspartei von dem Druck von rechts nicht retten. Helfen könnte ihr nur der Mut, sich ehrlich zu einer Politik der Mitte zu bekennen. Aber dazu bedarf es anderer Intelligenzen als die des Herrn „Fachministers".

Volksparteiliche Kandidaten in Westfalen-Süd.

Hagen, 24. März. (TU.) Unter dem Vorsitz des Generaldirektors Dr. Vögler tagte heute in Hagen die Arbeitsgemeinschaft der Wahlkreise Rheinland und Westfalen der Deutschen Volkspartei. Im Hinblick auf die Gründung der Nationalliberalen Vereinigung innerhalb der Deutschen Volkspartei vertrat die Versammlung den Standpunkt, daß unter allen Umständen eine Verständigung im Sinne der Geschlossenheit der Partei erzielt werden müsse. Mit besonderem Nachdruck wurde der Wunsch laut, daß der Wahlkampf mit Würde geführt werde, damit sich nicht die Zerklüftung im deutschen Volke weiter vertiefe. Im Anschluß stellte die Deutsche Volkspartei Wahlkreis Westfalen-Süd ihre Kandidaten für die kommenden Reichstagswahlen auf. Die Liste lautet: 1. Bergmann Winnefeld, 2. Generaldirektor Dr. Vögler, 3. Bergschullehrer Hellmann aus Siegen, 4. Geheimrat Dr. Quaatz. (Die Nationalliberalen sind also noch ziemlich stark.)

Der Staatsrat gegen Emminger.

Daß die Einsicht in die Verfassungswidrigkeit und Zweckwidrigkeit der Emmingerschen Justizordonnanzen in immer weitere Kreise dringt, zeigt die Tatsache, daß der Rechts- und Verfassungsausschuß des Preußischen Staatsrats in seiner gestrigen Sitzung, in der alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten vertreten waren, einstimmig die folgenden, vom Genossen Dr. Siegfried Weinberg eingebrachten Resolutionen angenommen hat:

I. Der Staatsrat bedauert es aus verfassungsrechtlichen und praktischen Erwägungen, daß die Neuregelung der Strafrechtspflege statt im Wege der Gesetzgebung im Verordnungswege erfolgt ist und ersucht die Staatsregierung, auf die Nachprüfung der Verordnung vom 4. Januar 1924 im ordentlichen Gesetzgebungswege hinzuwirken.

II. Der Staatsrat ersucht das Justizministerium, darauf bedacht zu sein, daß die künftigen Schöffengerichte möglichst an den bisherigen Sitzen der Strafkammern zentralisiert werden. Insbesondere hält der Staatsrat eine räumliche Zusammenfassung aller Groß-Berliner Schöffengerichtssachen im Moabiter Kriminalgerichtsgebäude für dringend erforderlich.

Der Streit um die „Germania".

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß der Hauptaktionär der „Germania", Generaldirektor Semer vom Amtsgericht Berlin-Mitte eine einstweilige Verfügung erwirkt hat, nach der dem „Montag Morgen" untersagt wird, sich mit der „Germania"-Angelegenheit weiter zu beschäftigen. Aktionär Semer seinerseits denkt nicht daran, dasselbe Maß von Zurückhaltung zu beobachten, zu dem er den „Montag Morgen" zwingt. Er hat nicht nur gegen den Pressechef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Spiecker, einen Strafantrag wegen Nötigung und Erpressung stellen lassen, sondern er veröffentlicht über diesen Aufsehen erregenden Schritt in einer Berliner Korrespondenz auch Mitteilungen, nach denen ein Konsul Schwarz vom Auswärtigen Amt mit ihm im Auftrag des Ministerialdirektors Spiecker über den Verkauf der „Germania"-Aktien verhandelt hat. Die Gegenpartei habe dabei durchblicken lassen, nach Abschluß der Verhandlungen würden die Angriffe gegen Semer aufhören, es sei sogar eine Ehrenerklärung in Aussicht genommen. Die „Germania" habe einen zweiten aufklärenden Artikel Semers in dieser Angelegenheit abgelehnt. Darauf habe Semer die oben erwähnten Schritte unternommen.

Der Pressechef der Reichsregierung läßt zu dieser Erklärung durch seinen Rechtsbeistand, der an den Verhandlungen mit Semer beteiligt war, eine Entgegnung verbreiten, nach der sich Semer vorbehaltlich der Zustimmung seiner Frau, als Mitbesitzerin von „Germania"-Aktien, mit dem Verkauf an Spiecker einverstanden erklärte. Semer sei es gewesen, der bei dieser Gelegenheit die bekannten Angriffe im „Montag Morgen" in die Debatte ziehen wollte. Das sei von der Partei Spiecker abgelehnt worden. Die Verhandlungen hätten sich dann in die Länge gezogen. Er, der Rechtsbeistand des Pressechefs, habe den Eindruck gewonnen, daß Semer noch mit einer anderen Seite wegen des Verkaufs verhandele und nach einem Vorwand suche, von den bisherigen Zusagen loszukommen. „Wenn wirklich," so schließt die Erwiderung, „Herr Semer gegen Herrn Dr. Spiecker eine Anklage wegen Erpressung eingereicht haben sollte, so ist diese Anzeige nach meinen Beobachtungen der Schulfall einer wissentlich falschen Anschuldigung nach § 164 des Strafgesetzbuches."

Wir haben keinen Grund, uns in die geschäftlichen Angelegenheiten der „Germania" und des Zentrums einzumischen, müssen aber gestehen, daß der Fall in dem Augenblick aufhört, eine Privatangelegenheit zu sein, in dem höhere Ministerialbeamte in die Debatte gezogen werden. Die deutschvölkische Presse hat sich bereits mit Heißhunger der Sache bemächtigt. In welchem Sinne, braucht nicht erst gesagt zu werden. Ist es schon ungewöhnlich, wenn sich in der Oeffentlichkeit nicht ganz unbekannte Parteimitglieder der Nötigung und Erpressung zeihen, so ist es einzig dastehend, wenn dieser Vorwurf in aller Oeffentlichkeit gegen ein an exponierter Regierungsstelle stehendes Parteimitglied erhoben wird. Parteidisziplin, Anstand und einiges mehr müssen dabei vor die Hunde gehen.

Wittig und Miquel.

Die internationale Völkerverhetzung.

Am Sonntag spielte sich zu gleicher Zeit in Berlin und in Paris ein in früheren Zeiten ganz geläufiges, jetzt aber etwas aufsehenerregendes sportliches Ereignis ab: Zum ersten Male seit fast zehn Jahren beteiligte sich ein deutscher Radfahrer an einem Rennen in Paris, während ein französischer Fahrer auf der Treptower Bahn mit deutschen Berufskollegen konkurrierte. Darüber haben wir schon im Sportteil unserer Montagabendausgabe kurz berichtet.

Das Auftreten des Franzosen Miquel vollzog sich in Berlin ohne jeden Mißklang, vielmehr wurde dem Gast seinen Leistungen entsprechend reichlicher Applaus gespendet. Noch wärmer aber war die Aufnahme des Deutschen Wittig in Paris, dem begeisterte und offenbar demonstrative Ovationen zuteil wurden. Daß der Deutsche das ihm überreichte Blumenbukett sogleich am Denkmal der im Kriege gefallenen französischen Rennfahrer niederlegte, war von ihm nicht nur eine sympathisch berührende, taktvolle Geste, sondern darüber hinaus eine für Deutschland recht nützliche Hand-

Die Gamaschen.

Von Peter Scher.

Ledermann hatte sich mit dem Direktor überworfen. Noch immer vor Erregung bebend und von Bitterkeit erfüllt, war er auf die gerade vorübersausende Trambahn gesprungen. In der Verwirrung wäre er um ein Haar unter die Räder gekommen, wenn ihn der Schaffner nicht geistesgegenwärtig hinaufgerissen hätte, und nun saß er heftig atmend auf der Bank und begegnete den neugierigen Blicken der anderen mit einer herausfordernden Haltung bösartiger Geringschätzung.

Er hatte in der letzten Zeit kein Glück gehabt.

Seiner Natur war es nicht gegeben, sich durch Mitteilung zu entlasten. Ein Fehlschlag machte ihn halsstarrig und ungerecht gegen sich und andere. Sein Stolz gewann es nicht über sich, seine Fehler gegen seine Vorzüge abzuwägen, um aus neuen Erkenntnissen neue Kräfte zu ziehen.

Er war auf dem Punkt angelangt, die Welt für sein persönliches Mißgeschick verantwortlich zu machen.

Aber da er kein gewöhnlicher Mensch war, fühlte er immerhin, daß er sich damit selbst im Wege stand, und dieser Konflikt steigerte seine Empfindsamkeit, die wiederum einzugestehen er zu stolz war, was alles im Verein mit dem neuen Unglück zusammenwirkte, um seine Situation unerträglich zu machen.

Er saß nun also auf der Bank, fingerte mit nervös zitternden Händen an seinem Hut, strich sich den Scheitel glatt, brummte vor sich hin und maß die um ihn Sitzenden mit feindseligen Blicken.

Da trat ein neuer Fahrgast herein und setzte sich auf den freien Platz, genau Ledermann gegenüber. Er war nicht eigentlich jung, aber sein Gesicht hatte einen angenehm offenen, fast sorglosen Ausdruck.

Als Ledermann in seiner Verbissenheit jenen kritisch ins Auge faßte, fühlte er sich von dem ruhigen klaren Blick, der dem seinen begegnete, sogleich im Innersten gereizt und auf Gegnerschaft eingestellt. Da er das seiner schroffen Natur gemäß jedoch vor sich selbst nicht eingestehen wollte, suchte er gierig nach einem Anlaß, sich über den anderen begründet zu erhitzen, und weil er willens war, um jeden Preis einzuhaken, fand er auch auf der Stelle, was er suchte.

Der andere trug an den nachlässig übereinander geschlagenen Beinen merkwürdig hellgraue Gamaschen.

Ledermann sah die Gamaschen an, schob darauf seine Füße, die in vorgeschuhten alten Kommißschuhen steckten, ostentativ vor, betrachtete sie eingehend und brach, indem er wieder die Füße des anderen anstierte, in hämisches Lachen aus.

Da aber der Mensch mit den merkwürdig hellgrauen Gamaschen nicht reagierte und mit gleichgültig heiterem Ausdruck an Ledermann vorbei durchs Fenster sah, geriet dieser in unbändigen Zorn, der durch die Scham über die eigene Verranntheit noch verstärkt wurde. Er murrte und ging endlich zu Beschimpfungen über; seine Finger flogen um den Rand seines Hutes, den er auf den Knien hielt, und da gerade der Schaffner in der Tür erschien, machte er mit einem beifallslüsternen Blick auf diesen und einer verächtlichen Mundbewegung gegen jenen die hohnvolle Bemerkung:

„Gamaschen! Im Feld ist uns das Wasser zu den Stiefeln hineingelaufen!"

Wieder verzog der andere keine Miene; nur ein leise huschendes gutmütiges Lächeln war um seinen Mund zu sehen — nur einen Augenblick, aber lange genug, um von Ledermann, der in gesteigerter Gereiztheit auf einen Ausbruch lauerte, triumphierend als Herausforderung aufgefaßt zu werden.

„Ein feiner Kavalier," sagte er giftig, aber da er sich zugleich wieder schämte, bearbeitete er mit seinen zitternden Fingern den Hut noch heftiger als zuvor.

Da reagierte der andere endlich doch.

Er bückte sich, nachdem er sich mit einem raschen Blick überzeugt hatte, daß die anderen nicht hinsahen, wie zufällig und hob vor Ledermanns spießendem Blick die eine Gamasche vorn etwas hoch.

Und da sah Ledermann, daß ein ganz und gar defekter Stiefel darunter verborgen war.

Die Geste aber, mit der jener diese Enthüllung vorbrachte, und sein gutmütiges Lächeln und Achselzucken dabei bewirkten, daß Ledermanns Gesicht über und über erglühte.

Die Volksbühne als Zensor?

Auf einigen Berliner Bühnen hatte sich seit längerer Zeit der Unfug eingenistet, daß ganz willkürlich in die aufgeführten Stücke Stellen eingeschoben wurden, die dazu bestimmt waren, dem nationalistischen Janhagel Beifall zu entlocken. Da diese üblen Gewohnheiten sich auch bei der Aufführung von Dramen ereigneten, die den Mitgliedern der Volksbühne in abonnierten Theatern geboten werden, sah sich die Leitung der „Volksbühne" genötigt, dagegen Protest zu erheben. Denn die Mitglieder beschwerten sich mit Recht darüber, daß z. B. im dritten Akt des „Zigeunerbarons" die Rückkehr der Truppen aus dem Felde zu einer aufdringlichen Stechschrittparade mit Radetzky-Marsch und anderem Klimbim aufgebauscht wurde, oder daß in der Oper am Königsplatz in Lortzings „Waffenschmied" ein Sänger eine Strophe einschmuggelte, die in höchst geschmackloser Weise allerlei aktuellen Revanchegelüsten Ausdruck verlieh. In beiden Fällen wurde denn auch Abhilfe geschaffen und der „Zigeunerbaron" schließlich nicht zuletzt infolge der Einsprüche der Volksbühnenleitung vom Spielplan abgesetzt.

Ueber alle diese Vorgänge hat das Nachrichtenblatt der Volksbühne berichtet. Man sollte erwarten, daß jeder künstlerisch urteilende Zeitgenosse diesen „Mißbrauch der Bühne" zu politischen Zwecken in voller Uebereinstimmung mit der Volksbühne verurteilen würde. Herr Fechter, der Feuilletonredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", hat uns eines anderen belehrt. Er läßt unter der Spitzmarke „Die Volksbühne als Zensor" eine erhebliche Philippika vom Stapel, die auf lauter falschen Voraussetzungen beruht und daher so grotesk wirkt, daß man auf die Idee kommt, Herr Fechter sei von den Raufgelüsten seines hohen Chefs angesteckt worden. Also die Volksbühne bewahrt Kunstwerke vor modernen Entstellungen, sie schützt — wohlverstanden in den von ihr abonnierten Theatern — ihre Mitglieder, auf deren Verlangen und nachdem es wiederholt zu unliebsamen Tumulten gekommen war, gegen politische Ueberfälle, die mit dem Wesen der aufgeführten Stücke aber auch gar nichts zu tun hatten. Das nennt Herr Fechter eine ungehörige Zensur und kommt dabei auf die Idee, die Volksbühne könnte im Namen ihrer Abonnenten etwa auch einmal den „Prinzen von Homburg" absetzen lassen, wegen chauvinistischer Tendenzen. In diesem Zusammenhang gibt er dann auch gleich ein Märchen zum besten: Die Volksbühne habe das Gneisenau-Drama von Wolfgang Göt zuerst angenommen, dann aber wieder abgesetzt, weil darin zugleich „ein starkes deutsches Land-Gefühl" anklinge. Dazu ist zu bemerken, daß der künstlerische Ausschuß der Volksbühne dieses Drama niemals angenommen hat und es also auch niemals wieder absetzen konnte. Der künstlerische Ausschuß läßt sich bei der Auswahl der Stücke von den Gesamttendenzen des Vereins leiten. Diese sind in erster Reihe künstlerische, und niemals wird ein Stück von ihm gut geheißen werden, das nicht die künstlerischen Voraussetzungen erfüllt. Die Volksbühne ist keine politische Meinungsfabrik und hat wiederholt Stücke abgelehnt, die sie nach der Ansicht des Herrn Fechter offenbar hätte annehmen müssen, wenn sie nämlich von parteipolitischen Rücksichten gelenkt würde. Es ist daher unverständlich, wie Vertreter künstlerischer Interessen, wie es Feuilletonredakteure sein müßten, die ernste und fruchtbare Arbeit der „Volksbühne" so mißdeuten können. Berechtigte Notwehr wird für Uebergriff und Zensurgelüst ausgegeben, ja, die Mitglieder der Volksbühne, die hiermit etwa nicht einverstanden wären, werden zu Gegenmaßnahmen aufgepeitscht! So sehr kann politische Voreingenommenheit das Urteil trüben, wenn apolitische Menschen zu politisieren anfangen.

Spielplanänderung in der Volksbühne. Von Dienstag bis Sonnabend einschließlich allabendlich „Ostern". Sonntag nachm. 2½ Uhr „Figaros Hochzeit", abends 7 Uhr „Don Carlos" mit Heinrich George als König Philipp.

Die Große Volksoper teilt mit, daß ihr mit dem Eigentümer des Theaters auf 20 Jahre geschlossener Vertrag nach wie vor zu Recht besteht. Der Streit zwischen dem Eigentümer und Gebr. Rotter berührt die Große Volksoper nur mittelbar und kommt zudem vor die höheren Instanzen.

Die Randstaaten. Nach den letzten amtlichen Erhebungen umfaßt Estland 47 550 Quadratkilometer mit 1 115 000 Einwohnern (23 auf 1 Quadratkilometer). Lettland 65 791 Quadratkilometer mit 1 850 000 Einwohnern (28 auf 1 Quadratkilometer) und Litauen 53 487 Quadratkilometer mit 2 011 000 Einwohnern (38 auf 1 Quadratkilometer). Einlichen amtlichen statistischen Angaben zufolge gibt es in Estland 822 Personen, die über 90 Jahre alt sind und 31 Personen über 100 Jahre, darunter eine Frau im Alter von 107 Jahren.

4 Millionen Dollar für eine Zeitung. Der Uebergang des „New York Herald" in den Besitz des Eigentümers der „New York Tribune", die bisher das schärfste Konkurrenzblatt des „Herald" war, erregt in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen. Die genaue Summe, für die das Blatt verkauft wurde, wird zwar verheimlicht, doch erzählen New Yorker Blätter, daß der Kaufpreis 4 Millionen Dollar betrug.

lungsweise, denn sie dürfte dazu beigetragen haben, bei Zehntausenden, die drüben von der poincaristischen Presse gegen das deutsche Volk verhetzt waren, Sympathie für Deutschland zu wecken. Eine solche Geste wirkt nämlich auf die Masse, besonders bei den lateinischen Völkern, tiefer und dauerhafter als große politische Aktionen.

Der erfreuliche Verlauf dieser doppelten Begebenheit paßt natürlich nicht in den Kram der Nationalisten auf beiden Seiten der Reichsgrenzen. Das „Echo National", das Blatt André Tardieus und Clemenceaus, nennt die herzliche Begrüßung des Deutschen in Paris einen Skandal, und der „Homme Libre", das Sprachrohr Millerands, spricht sogar von einer „Schande".

Und bei uns? Man höre nur, wie sich die „Kreuz-Zeitung" über die Angelegenheit ausläßt:

„Die Wiederaufnahme der sportlichen Beziehungen zu Frankreich in der gegenwärtigen Zeit muß zum allermindesten für überflüssig, wenn nicht für äußerst ungehörig gehalten werden. Es bedeutet nichts anderes als Mangel an nationaler Einsicht und Würde, wenn Deutschland seine sportlichen Repräsentanten in das Land entsendet, von dem es bis zur Stunde nichts als brutalste Vergewaltigung und Beweise tödlichen Vernichtungswillens erfahren hat, und zugleich einem französischen Sportsmann Begrüßungshymnen singt. Der demokratisch-pazifistische Dusel einer gewissen Presse möchte aus diesem Austausch zweier Radfahrer einen ungeheuren Fortschritt auf der in diesem Lager trotz aller Ohrfeigen und Fußtritte vergötterten „Bahn der Völkerversöhnung" machen, eine Lächerlichkeit, die schwer zu überbieten sein dürfte. Es versteht sich in Deutschland von selbst, daß das „sportliebende" Publikum einer Radrennbahn, das offensichtlich nicht gerade zu dem politisch urteilsfähigen Teil der Bevölkerung gehört, auf die Reklame der aus geschäftlichen Gründen lebhaft interessierten Kreise hineinfiel und unter geschickter Regie die erwünschte „Begeisterung" lieferte. In Paris sah es nicht viel anders aus. Dieselben geschäftlichen Interessen, die aus dem Auftreten eines deutschen Rennfahrers eine kassefüllende Attraktion machten, dieselbe „Sportsgemeinde", deren Kundgebungen politisch nicht in

dieselbe „Sportsgemeinde", deren Kundgebungen politisch nicht zu

werten sind, dieselben wohlwollenden Begrüßungsartikel in gewissen Blättern (siehe geschäftliche Interessen), und — Ablehnung „Echo National" die gestrigen Ereignisse schlechtweg als einen Skandal, und „Homme libre" sagt, daß der Beifall für Wittig eine direkte Schande gewesen sei. So urteilt der Politiker, und auch auf unserer Seite sollte man sich derartige Erfahrungen ersparen, die sportlichen Bedürfnisse, mögen sie sich noch so lukrativ für gewisse Unternehmer gestalten, hinter die Erfordernisse der nationalen Würde zurückstellen."

Also: weil die Zuschauer der Treptower Radrennbahn so vernünftig und gesittet waren, den ersten französischen Fahrer nach zehn Jahren nicht mit Johlen und Schimpfen, sondern mit freundlichem Beifall zu empfangen, werden sie von dem deutschnationalen Junkerblatt zum „politisch nicht gerade urteilsfähigen Teil der Bevölkerung" gestempelt. Die „politische Urteilsfähigkeit" hätte offenbar darin bestanden, „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen", „Die Wacht am Rhein" —, „Hakenkreuz am Stahlhelm" und „Heil Dir im Siegerkranz" anzustimmen. „Politisch urteilsfähig" sind die Primaner des Bismarckbundes und der deutschvölkischen Jugend. Wohin diese Art von politischer Reife führt, haben wir bei den Techows gesehen, und neuerdings auch bei Ludendorff.

Bezeichnend ist es aber, wie eindeutig die „Kreuz-Zeitung" sich mit den Schmähungen der zwei zitierten nationalistischen Pariser Blätter solidarisiert. „So urteilt der Politiker", ruft sie triumphierend aus und beruft sich dabei auf das Zeugnis gerade derjenigen Blätter, die in den letzten Jahren am lautesten nach der Ruhrbesetzung gerufen haben. Die Pariser chauvinistischen Blätter hätten gewünscht, daß der Deutsche Wittig mit Schimpfworten von der Bahn davongejagt würde. Und in ihrer Wut darüber, daß das Umgekehrte eingetreten ist, ist durchaus erklärlich: denn die Ovationen für den Deutschen waren zweifellos eine deutliche Demonstration gegen den Nationalen Block.

Aber welcher nationale teutsche Mann wird so etwas begrüßen? Im Gegenteil: „Gott erhalte uns Poincaré," damit unser deutschnationaler Weizen blühe. Es lebe der ewige Völkerhaß, es lebe der ewige Boykott des „Erbfeindes", es lebe der französische Bloc national!

Selten ist die internationale Solidarität der Völkerverhetzer so deutlich und erbärmlich in Erscheinung getreten, wie anläßlich dieses Sportereignisses.

Der guillotinierte Oberhenker.

Das chronische Absägen der Führergarnituren ist beileibe keine spezifisch deutsch-kommunistische Krankheit. Es ist vielmehr eine charakteristische Eigenschaft der sogenannten „Komintern". Wer gestern noch über den Hebel der Guillotine selbstherrlich verfügte, muß heute selbst sein edles Haupt dem Scharfrichter zur Verfügung stellen. So will es der Moskauer Kadavergehorsam, so gebietet es die unaufhaltsam vorwärts marschierende Weltrevolution.

Einstweilen ist zwar von Weltrevolution in der Komintern wenig zu merken, um so mehr aber von kommunistischen Palastrevolutionen. Die neueste dieser Art hat sich soeben in Paris ereignet. Dort ist jetzt Boris Souvarine abgesägt worden. Souvarine, der allmächtige Willensvollstrecker der Dritten Internationale, Souvarine, das Auge, ja das Mikroskop Moskaus, Souvarine, der einst die Spaltung der sozialistischen Partei als erster propagiert und durchgeführt hatte, und der später eine Führergarnitur des kommunistischen Zentralvorstandes nach der anderen davonjagte — auch er hat nun die Segnungen der 21 Punkte am eigenen Leibe kennenlernen müssen. Er ist von der Leitung des offiziellen Wochenorgans der KPF., des „Bulletins communiste", und von seinem Beaufsichtigungsposten in der „Humanité" hinauskomplimentiert und aufgefordert worden, zu seinem früheren Posten als ständiger Delegierter der französischen Partei am Sitz der Kommunisten sofort zurückzukehren.

Souvarine hatte nämlich die Unvorsichtigkeit begangen, in der Zeit der Polemik zwischen Trotzky und Sinowjew Partei für den Ersteren zu ergreifen. Da man schon lange im Kreise der „Getreuen" — soweit man überhaupt noch von „Treue" bei dieser Gesellschaft reden kann — nach einer Gelegenheit suchte, den wegen seiner Ueberheblichkeit unausstehlichen kleinen Tyrannen loszuwerden, hat man ihn bei Sinowjew denunziert. Die Antwort ist nun prompt erfolgt: Souvarine ist sofort von Sinowjew nach Moskau befohlen worden. Jetzt sind ihm seine „Genossen" wenigstens auf einige Zeit los.

Der vorläufige Reichshaushaltsetat. Die von uns mitgeteilten Ziffern aus dem vorläufigen Reichshaushaltsetat sind jene Zahlen, welche den Sachverständigen-Ausschüssen unterbreitet worden sind. Die endgültige Festsetzung erfolgt durch den Reichsrat, der augenblicklich die Beratungen über den Reichshaushaltsplan führt. Die Ziffern, die sich auf die Erfüllung aus dem Versailler Friedensvertrag beziehen und bekanntlich mit 640 Millionen Goldmark festgesetzt sind, erfahren in ihrer Endsumme keine Aenderung.

Keine Geheimverträge der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakische Gesandtschaft teilt mit: Die Nachricht, daß ein Geheimvertrag zwischen Polen und der Tschechoslowakei besteht, entspricht ebenso wenig den Tatsachen wie die früheren Nachrichten von einem Geheimvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei.

Der 13. Parteitag der russischen Kommunistischen Partei beginnt am 20. Mai in Moskau.

Verteidigerreden im Hitlerprozeß.

„Den kleinen Hitler hängt man, den großen läßt man laufen."

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit fuhr R.-A. Gademann fort:

Ich habe nachzuweisen, daß

ein Waffengang nach dem Norden vorbereitet und geplant war.

Das haben die Zeugen klar und deutlich bestätigt und das hat auch Kapitän Kautter unzweideutig bekundet. Wie haben sich nun die drei Hauptbelastungszeugen hierzu gestellt? Herr v. Seißer erklärt, er habe durch seine Reise nach Berlin dieses Gerücht ausdrücklich dementieren wollen, und er habe Herrn v. Seeckt bestätigt, man denke gar nicht an einen Vormarsch nach Berlin. Uns hätte es hier interessiert, ob der Friedensbote seinen Auftrag auch richtig interpretiert hat. Der Zeuge

v. Lossow hat ja leider jäh die Flucht ergriffen.

Vors. (unterbrechend): Von einer Flucht kann keine Rede sein. Herr v. Lossow hat sich förmlich verabschiedet.

R.-A. Gademann: Das ist durchaus Ansichtssache. Herr v. Kahr litt unter einer

bedauerlichen Gedächtnisschwäche,

sobald es sich um entscheidende Fragen handelte. Es ist hier eine der eigentümlichsten Erscheinungen in diesem eigentümlichen Prozeß, daß die Kronzeugen, wenn ihr Gedächtnis hier aufgefrischt werden soll, sich

hinter das Amtsgeheimnis zurückgezogen

haben. Was nun die Teilnahme des Oberstleutnants Kriebel an dem Unternehmen betrifft, so steht fest, daß Kriebel als militärischer Leiter nur die Befehle von Hitler ausgeführt hat. Dagegen ist die ehrenkränkende Behauptung des Herrn Staatsanwalts Ehardt, Herr Kriebel wisse um die Verhaftung des Grafen Soden mehr als er wisse, bewußt unrichtig. Hier steht ein alter königlicher Offizier, der die Wahrheit spricht, und ich bedaure, daß die schönen Worte des Ersten Herrn Staatsanwalts durch die Ausführungen des Zweiten Herrn Staatsanwalts so jäh zerstört worden sind. Die militärischen Verdienste des Oberstleutnants Kriebel sowohl für die Pfalz wie auch für Oberschlesien und das Reich werden allgemein anerkannt. Die Anklage wirft Oberstleutnant Kriebel Hochverrat vor. Die Angeklagten haben sich jedoch gegen den § 81 StGB. nicht vergangen, denn

sie wollten ja nicht das Volk aus seiner Souveränität verdrängen.

Die Angeklagten hatten nicht einmal den Vorsatz, die Verfassung zu ändern. Das Vorgehen der Angeklagten kann nicht bestraft werden, denn,

wenn die Hauptpersonen Kahr, Lossow und Seißer nicht zur Verantwortung gezogen worden sind, so können ihre Helfer doch unmöglich bestraft werden.

Die Angeklagten haben bis zum 9. November den guten Glauben gehabt, sie handelten im Verein mit der legalen Regierung und weshalb hat Herr v. Kahr ihnen diesen guten Glauben nicht zerstört, wenn er falsch gewesen ist? Es gibt darauf nur eine Antwort: Weil

Kahr, Lossow und Seißer sich eine Hintertür offenhalten wollten.

Ich betrachte es als ganz selbstverständlich, daß das Gericht zum Freispruch meines Klienten kommt, um so mehr, als die Angeklagten sich in Notwehr befunden haben gegenüber einer Reichsregierung, die das Volk seit Jahren ins Verderben geführt hat und der gegenüber Notwehr im Interesse des Volkes durchaus berechtigt war. Sollen die Angeklagten etwa zusehen, wie ganz Deutschland sich im Bürgerkrieg zerfleischte? Die jetzt Angeschuldigten haben in edelster Weise das Beste des deutschen Volkes gewollt. Die Ehrenschuld Deutschlands gegenüber diesen Männern auf der Anklagebank ist sehr groß. Sie, meine Herren, sollen als Vertreter des Volkes über die Männer ein Urteil fällen, die in die Geschicke des Volkes zu seinem Besten einzugreifen bestrebt waren. Erkennen Sie das vaterländische Handeln Kriebels an, indem sie ihn als freien Mann seinem Volke zurückgeben."

Hierauf trat eine längere Pause ein.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung verlas der Vorsitzende zunächst ein Schreiben des Justizrats Claß. Ferner wurde eine Erklärung des Ministers Matt verlesen, in der er gegen Rechtsanwalt Holl Stellung nimmt. R.-A. Holl hat behauptet, daß Minister Matt mit Kardinal Faulhaber am 9. November abends in Gesellschaft zusammengewesen sei, ehe er Herrn v. Kahr anrief. Minister Matt teilte mit, es sei unwahr, daß er zu der fraglichen Zeit mit dem Kardinal Faulhaber zusammengewesen sei. Diese Mitteilung des R.-A. Holl sei frei erfunden.

R.-A. Holl: Ich habe keinen Anlaß, mich mit dem Mann auseinanderzusetzen, der den Aufruf gegen den „Preußen Ludendorff" verfaßt hat. Im übrigen bleibe ich bei meinen Behauptungen.

Hat Claß gelogen?

Hitler:

Die Erklärung des Herrn Claß ist unwahr. Er hat im Sommer 1923 uns gebeten, an einem Direktorium, dem er selbst angehören wollte, mitzuarbeiten.

Hierauf nahm R.-A. Hemmeter das Wort für Oberlandesgerichtsrat Pöhner. Er führte aus: Als

das ruchlose Verbrechen des landfremden Gesindels, das nimmermehr eine Revolution genannt zu werden verdient,

erfolgte, schien die schwarzweißrote Fahne für immer eingeholt. Das Ausland sagte: „Bisher haben wir Deutschland gehaßt, jetzt verachten wir es." Unrichtig und unglaubwürdig ist die Behauptung der maßgebenden Herren, man habe auf Grund des Artikels 48 die machtpolitische Aenderung erstreben wollen.

Es ist grotesk, heute einem Ehrhardt vor Gericht die Rolle eines Nachtwächters oder Grenzschutzbeamten zuzumuten.

Kahr, Lossow und Seißer wollten die deutsche Frage in Bismarckschem Sinne lösen. Im Oktober, als Kahr wankte, wünschte man erneut Pöhners Eintreten für Kahr, doch lehnte Pöhner zunächst ab mit der Erklärung: „Der Lehmklotz wird nicht zu halten sein."

Später ging er dann doch zu Kahr und erhielt

den Posten eines Zivilgouverneurs für Thüringen angeboten.

Das lag durchaus auf der Linie des Marsches nach Berlin.

Kahes Pläne.

Lassen Sie, meine Herren, den

Eindruck wirken, den Kahr machte, als sein Konzept zu Ende war

und man hinter seine Antworten nur das Wort setzen konnte: „Herr, dunkel ist der Rede Sinn!" Kahr war bestrebt, Mittelpunkt der Kreise zu bleiben, die bei nächster Gelegenheit zum Segen von Reich und Bayern die Macht ergreifen wollten. Nach Rathenaus Tode schlugen die Wellen in diesen Kreisen hoch und Kahr war nicht abgeneigt, sich diesen Wellen anzuvertrauen. Und, meine Herren,

der Gedanke, sich die Alleinherrschaft zu sichern, ist auch nach dem 8. und 9. November mit norddeutschen Herren von Kahr ventiliert worden.

Die Tat vom 8. November war die logische Folge des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich. Ich betone, daß Herr Pöhner nicht wußte, was von dem Landeskommandanten v. Lossow und dem Chef der wehrtechnischen Abteilung, Seißer, vorbereitet war. Er mußte immer noch glauben, daß Kahr den Marsch nach Berlin wollte. Unter „Marsch nach Berlin" verstehe ich nicht eine militärische Abfahrt von München, sondern den machtpolitischen Druck. Man sagt immer Hitlers Unternehmen sei ein Putsch gewesen, wie etwa der Küstriner Putsch. Das ist falsch. Die Küstriner Aktion war sinnlos.

Hitlers Aktion war dagegen getragen von den Exponenten der bayerischen Staatsmacht.

Ein Amoklaufen mit den nationalistischen Sturmtrupps gegen die Staatsmacht, gegen Reichswehr und Landespolizei darf man dem ehemaligen Polizeipräsidenten, einem Mann von Intellekt, nicht zutrauen. Nein, wie am 20. März 1920, wie am 14. August 1922 sollte

dem Mann mit der weißen Weste das bequeme Sprungbrett gelegt

werden. Von den Einzelheiten der Hitlerschen Aktion wußte Herr Pöhner nichts. Mit der Uebernahme der Aemter durch alle beteiligten Personen im Bürgerbräu war eine neue legale Regierung entstanden nach dem revolutionären Grundsatz: „Wer die Macht hat, hat das Recht." Kahr hat Pöhner und Frick nachts 11 Uhr 20 Minuten im Regierungsgebäude nach der Versammlung empfangen und statt sie verhaften zu lassen durch die zahlreichen Polizisten, empfing er sie freundlich. Ein Treubruch, wie er gemeiner nicht gedacht werden kann. Das hat es bis dato in Bayern nicht gegeben, und nur eines stellt sich dieser Tat an die Seite: das Verhalten v. Lossows gegenüber dem größten deutschen Heerführer, Ludendorff. Nichts haben diese Herren getan, um die Gegenseite aufzuklären, daß man nicht mitmachte. Aber

man wußte noch nicht wohin man fallen sollte.

Es war die Politik der tausend Eisen im Feuer.

„Ein Rudiment aus alter Zeit".

Rechtsanwalt Hemmeter beschäftigte sich dann mit dem Versuch Pöhners, das Polizeipräsidium zu besetzen: Und während der Zeit, in der man den Obersten Richter des Landes, einen Ehrenmann, in enger Zelle gefangen hielt, überschüttete man vom sicheren Port aus ihn mit Unrat, und es entstand das Wort von dem „ehrgeizigen Gesellen". Ich hatte gehofft, daß der Erste Staatsanwalt die Anklagerede letzthin gegen seinen alten Kollegen selbst gehalten hätte. Dann wäre nicht das Wort gefallen: „Es sei unschön aufgefallen, daß ein Richter sich des Hochverrats noch rühmt." Pöhner ist ein Rudiment aus alter Zeit, ein Mann, auf den wir stolz sein können. Es ist hier im Saal wiederholt betont worden, daß das Hitler-Unternehmen unübersehbare Folgen hätte haben müssen. Wohin kommen wir, wenn wir nicht im Gerichtssaal sagen dürfen, daß wir Frankreich hassen, daß wir alle das für richtig betrachtet haben, was Frankreich für abträglich hielt. Wir betonen, daß wir solche Rücksichtnahme als unvereinbar mit der Würde des Landes betrachten. Es ist Zeit, auch dem Ausland gegenüber uns eine Sprache zu erlauben, die eines großen Volkes würdig ist. Und wenn ein hoher 51prozentiger militärischer Beamter auf die Folgen des Hitler-Prozesses gegenüber dem Ausland hinweist, dann ist das der Gipfel der Unaufrichtigkeit. Putsche von rechts oder von links sind immer Deutschlands Angelegenheiten. Sie gehen das Ausland nichts an, und wenn man das laut betont, so wird das in London oder Paris wohl besser verstanden werden als

die ewigen Entschuldigungen der Erfüllungspolitiker.

Sprechen Sie, meine Herren, Herrn Pöhner frei.

Als zweiter Verteidiger Pöhners zitiert dann R.-A. Roder fast alle offiziösen Auslassungen der „Bayerischen Staatszeitung" über Kahrs Berufung und Eignung zum Diktator, Kahrs Darstellungen über den Marxismus, die

Notwendigkeit einer Absetzung der Reichsregierung

usw. R.-A. Roder kam zu dem Schluß, man werde Kahr, Lossow und Seißer trotz ihres Widerstrebens

zwingen, nachträglich Farbe zu bekennen

und für ihre Helfer einzustehen. Als der Verteidiger erklärte, daß auch der bayerische Justizminister den Marsch nach Berlin gepredigt habe, wurde er vom Vorsitzenden zweimal scharf deswegen gerügt.

Staatsanwalt Ehardt erklärte, das Unrichtige dieser Behauptung ergebe sich aus der Tatsache, daß der Justizminister am 9. November von Hitler verhaftet worden sei.

Als dann R.-A. Roder erneut die gerügte Behauptung aufstellte, erklärte der Vorsitzende in sehr scharfem Ton, es sei durchaus nicht als anständig zu bezeichnen, wenn ein Verteidiger trotz zweimaliger Rüge des Vorsitzenden erneut Ausdrücke gebrauche, die das Gericht zurückweisen müsse.

R.-A. Roder: Die Angeklagten haben doch nichts getan, als daß sie

dem Ruf der bayerischen Staatsregierung Folge geleistet haben.

Wer das tut, was der Staat verlangt, kann deswegen nicht zur Verantwortung gezogen werden. Herr Pöhner hat die Bekämpfung der Berliner Herren auch für notwendig gehalten auf Grund der Vorgänge im Januar 1918 **beim Streik der Munitionsarbeiter, den der jetzige Reichspräsident geleitet hat.** Der Schriftsteller Dr. Ganßer hat Herrn Ebert den Vorwurf gemacht, daß er den Munitionsarbeiterstreik geleitet hat, und die von Herrn Ebert eingereichte Klage ist zurückgenommen worden, da ein Erfolg nicht zu erwarten war.

Vors.: Diese Schlußfolgerung ist ungehörig. Ich stelle fest, daß Dr. Ganßer dem Reichspräsidenten volle Genugtuung gegeben und sich auch zur Tragung der Kosten bereit erklärt hat. Im übrigen gehört die Sache wahrhaftig nicht zum Thema.

R.-A. Roder: Herr Pöhner sieht aber in Herrn Ebert nicht den Mann, der an der Spitze des Staates bleiben kann, und darum hat er den Kampf gegen die Reichsregierung aufgenommen. Herr Pöhner muß freigesprochen werden, weil er dem Kampfruf der bayerischen Regierung gegen Berlin folgte. Sperren Sie die Angeklagten aber ein, so ergibt sich die Tatsache, daß man

den kleinen Hitler beim Kragen nimmt, weil der große Rufer im Streit sich um die Ecke verdrückt.

Erster Staatsanwalt Stenglein: Ich muß gegen die Ausführungen Protest erheben, die gegen den Herrn Justizminister gerichtet sind. Es ist durch nichts erwiesen, daß eine Verfassungsänderung durch Gewalt geplant war. Der Prozeß hat nach dieser Richtung nichts ergeben, aber es erweist sich wieder einmal, daß man hier alles unter dem Gesichtswinkel des militärischen Marsches nach Berlin betrachtet, wenn sich nur der geringste Anlaß zu dieser Gelegenheit bietet.

R.-A. Roder: Mir ist bekannt, daß die bayerische Regierung im November oder Dezember eine Denkschrift zur Abänderung der Verfassung bearbeitet hat. Aus den Aeußerungen des Justizministers war deutlich für alle Welt zu ersehen, daß auch er eine friedliche Lösung mit Berlin nicht für möglich hielt und sich auf den Kampf mit Waffen einstellte. Man hat damals, meine Herren, worüber ich in öffentlicher Sitzung ja weiter nicht sprechen kann, mit allem Hochdruck daran gearbeitet. Sie wissen wohl, was ich meine.

Hiermit waren die Ausführungen des Verteidigers beendet, und der Vorsitzende vertagte die Verhandlung auf Dienstag, morgens 8½ Uhr.

Claß gegen Hitler.

Nachdem Hitler die Erklärungen des Justizrats Claß über das Nichtbestehen von Verträgen zwischen ihm und Kahr als unwahr bezeichnet und von neuem betont hat, daß Claß im Sommer 1923 ihn, Hitler, gebeten habe, an einem Direktorium, dem Claß selbst angehören wollte, mitzuarbeiten, hat Claß dem Vorsitzenden des Volksgerichts telegraphisch eine erneute Richtigstellung dieser Behauptung zugehen lassen. Claß betont, daß hier unbedingt ein Irrtum Hitlers vorliegen müsse. Gleichzeitig hat der Führer des Alldeutschen Verbandes seine eigene Vernehmung im Hitler-Prozeß beantragt, um die mit Bezug auf ihn aufgestellten Behauptungen der Angeklagten und der Verteidigung richtigzustellen.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen den Reichstarif der Buchdrucker.

Die Provinzialbuchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger waren am Sonntag im Preußischen Landtag versammelt. Die Tagung war von dem kürzlich gegründeten Bund der Buchdruckereibesitzer einberufen. Landtagsabg. Graef-Anklam erklärte als Zweck des Bundes die Erzielung regionaler Lohntarife, da die zentralen Lohntarife die Provinzbuchdrucker schädigten. Dieser Auffassung traten die Herren Zickfeld-Osterweck, Balz-Merseburg, Wenckebach-Rathenow, Ibbeken-Schleswig und schließlich der zweite Vorsitzende des Deutschen Buchdruckervereins, Stadtrat Heenemann-Berlin entgegen, während die übrigen Redner: Major Eschenhagen-Stolp, Jahn-Rügenwalde, Syndikus Dr. Ritze-Breslau, Hoffmann-Flatow zum Teil in sehr temperamentvoller Weise dem Graefschen Standpunkt beipflichteten. Nach längerer Aussprache nahm die Versammlung mit großer Mehrheit eine Entschließung an, worin sie ihr Befremden darüber ausspricht, daß bei dem letzten Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe es wiederum zum Abschluß eines zentralen Lohntarifs gekommen ist, „trotzdem der Schiedsspruch des ministeriellen Schlichtungsausschusses zugunsten einer regionalen Tarifregelung entschieden hat". Die Provinzverleger und -buchdruckereibesitzer wollen die tarifliche Lohnfestsetzung, aber auf Grund der in den Provinzbetrieben obwaltenden Produktionsmöglichkeiten der einzelnen Tarifkreise. Das Buchdruck- und Zeitungsgewerbe habe lange Jahre hindurch schwer daniedergelegen und liege vielfach noch jetzt danieder. Es zahle in den meisten Provinzorten Löhne, die weit über der Lohnhöhe der anderen gewerblichen Betriebe liegen. „Dieser Zustand ist unhaltbar und kann nur durch den regionalen Tarifabschluß geändert werden."

Da die Klagen über die so hoch liegenden Buchdruckerlöhne schon ein paar Wochen alt sind, hatte der „Korrespondent", das Gehilfenorgan, bereits Gelegenheit, sie bei Licht zu betrachten. Er schrieb in seiner Nummer 23 u. a.: „Im höchsten Maße unobjektiv — um nicht zu sagen unehrlich — ist es aber, den Buchdruckerlohnstand abmessen oder gar bestimmen zu wollen nach dem örtlichen Lohnniveau. . . . Ehrlicherweise können die Buchdrucker doch nur zu den höchstbezahlten Berufen in Vergleich gestellt werden. In Berlin ist der Höchstlohn für einen Beruf 84 Pf., die Buchdrucker stehen mit 55 Pf. aber erst an 20. Stelle. In Braunschweig stehen sie mit 54 Pf. an 2. Stelle, in Bremen mit 56 Pf. an 10., in Breslau mit 55 Pf. an 2. Stelle. In Frankfurt a. O. haben sie mit 54 Pf. den Höchstlohn, in Erfurt stehen sie an 2., in Kiel an 6., in Leipzig an 13., in Magdeburg an 6. in Rostock an 4., in Stettin an 7. Stelle. Die Löhne schwanken zwischen 53 und 56 Pf.

Es mag schon sein, daß in dem einen oder anderen industriearmen Orte der Lohn eines Buchdruckergehilfen höher ist als der Lohn der ungelernten Arbeiter. Das ist jedoch keineswegs ein Beweis dafür, daß die Buchdruckerlöhne zu hoch seien. Der Lohnanteil an den Produktionskosten des Gewerbes, der im Frieden 40 Proz. betrug, macht nach den Feststellungen des „Korrespondent" höchstens noch 19 Proz. aus bei voller Einsetzung des Spitzenlohnes, und nur 17,2 Proz., wenn der Durchschnittslohn zugrunde gelegt wird.

Die Unternehmer behandelten nach Annahme ihrer Entschließung für regionale Lohnvereinbarungen, d. h. für stärkeren Lohndruck, zur Preisfrage bzw. zur Frage des Preisabbaues im Zeitungsgewerbe Stellung. Eine Reihe von Rednern brachte nach dem Bericht eine Fülle von Material über die Unklugheit des Ueberbietens mit Beilagen usw. Für sich selber fordern die Herren Provinzbuchdruckereibesitzer, die gegenseitige Unterbietung der Preise oder die Ueberbietung der Leistungen zu bestimmten Preisen zu verhindern, weil dies unklug wäre. Dagegen halten sie es für klug, die Gehilfenlöhne auf dem Wege bezirklicher Vereinbarungen möglichst herabzudrücken. Die Gehilfen müßten doch höchst unklug sein, sich darauf einzulassen. Der Zwang zur Vermeidung von Unklugheit ist weit stärker auf der Seite, für die es sich um die Fristung des Lebensunterhalts dreht, während es sich auf der anderen Seite doch mehr um den größeren oder geringeren Rentabilitätsgrad des Unternehmens dreht. Kurzum, wer für sich selber Klugheit in Anspruch nimmt, soll seine Arbeiter nicht für allzu unklug halten. Früher zeigten gerade die Buchdruckereibesitzer ihre geschäftliche Klugheit in der Erkenntnis, daß allzu schlechte Löhne dem Gewerbe nicht förderlich sind. Der Rückfall in die gegenteilige Auffassung bildete das Gegenteil dieses Maßes von Klugheit. In Verbindung mit dem einsichtigeren Teil der Prinzipale werden die Gehilfen diesen Rückfall zu verhüten wissen und so die Provinzherren vor Unklugheit bewahren.

Zum Konflikt in der Metallindustrie.

Die in der Metallindustrie beschäftigten Transportarbeiter, die im deutschen Verkehrsbund organisiert sind, beschäftigten sich am Sonntag mit der Lage in der Industrie. Sektionsleiter Strauch gab eine Darstellung des Verlaufs der Bemühungen des Kartells mit dem VBMT. zu einem neuen Lohnabkommen zu kommen, das natürlich der Zeit entsprechende Lohnaufbesserungen bringen sollte. Die Unternehmer wollten wohl für die Facharbeiter eine kleine Aufbesserung zugestehen, ließen aber die 5. Lohnklasse gänzlich unverändert und wollten der 4. Klasse 1 Pf. mehr zahlen, so daß gerade die beiden niedrigsten Lohnklassen, die für die Transportarbeiter in Betracht kommen, vollkommen leer ausgehen würden. Die Transportarbeiter haben in der nächsten Zeit darauf zu achten, daß bei dem zu erwartenden Vorgehen der Facharbeiter in den einzelnen Betrieben, sie nicht zu kurz kommen. Die Löhne der Transportarbeiter und der Ungelernten sind durchaus unzureichend; ihre Aufbesserung ist jetzt mehr denn je notwendig. Die lange gehegte Absicht des VBMT., die Lohndifferenz zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern auf Kosten der letzteren auseinander zu ziehen, soll jetzt durchgeführt werden. Die Transportarbeiter würden dabei auf ein völlig unverträgliches Lebenshaltungsniveau herabgedrückt werden.

Der Bevollmächtigte Ortmann präzisierte seine Stellung zur Frage so, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo gerade aus dem Unternehmerlager der Ruf nach Beseitigung aller tariflichen und arbeitsrechtlichen Bindungen erschallt, die Arbeiterschaft darauf bedacht sein sollte, Tarifverträge aufrecht zu erhalten. In den kommenden lokalen Kämpfen werden die Transportarbeiter ihre Interessen zu vertreten wissen. Sie sind nicht unproduktive Arbeiter, sondern sind im Produktionsprozeß durchaus notwendig. Darin liegt aber auch ihre Macht und diese muß da, wo die Notwendigkeit vorliegt, voll ausgenützt werden.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Transportarbeiter in einer tariflosen Zeit auf Grund ihrer eigenen Stärke ihre Lohnbedingungen verbessern werden. Darüber hinaus wurde die Bereitwilligkeit betont, auch in Zukunft gemeinsam mit den Facharbeitern Lohnabkommen abzuschließen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung werden die Löhne der Transportarbeiter der Metallindustrie als völlig unzureichend bezeichnet. Die Versammelten ersuchen die Sektionsleitung, trotz aller Schwierigkeiten, den Abschluß eines Briefvertrages zu fördern. Bei einem etwa eintretenden tariflosen Zustand verlangen die Transportarbeiter, daß in den Betrieben Lohnforderungen zu unterbreiten sind, an denen alle Lohnklassen gleichmäßig beteiligt sind.

Transportarbeiterstreik in der Zigarettenindustrie.

In einer stark besuchten Versammlung der Transportarbeiter aus der Zigarettenindustrie am Sonnabend im Gewerkschaftshause berichtete der Branchenleiter Hille über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Da es infolge des ungenügenden Zugeständnisses der Arbeitgeber in der Verhandlung vor dem Schlichter bei der Firma Garbaty zur Arbeitsniederlegung kam, hat der Arbeitgeberverband den Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser fällte einen Schiedsspruch, der genau die gleiche Lohnerhöhung vorsieht wie der Vergleichsvorschlag des Schlichters, nämlich 1,50 Mk. pro Woche. Sämtliche Diskussionsredner forderten, daß dieser Schiedsspruch abgelehnt und der Streik auf sämtliche Zigarettenfabriken ausgedehnt werden solle.

Einer der Streikenden von Garbaty teilte mit, daß die Maschinenführer und Tabakarbeiter dieser Firma sich weigerten, mit den in den Betrieb gegangenen Arbeitswilligen zusammen zu arbeiten, da ihr proletarisches Ehrgefühl ihnen dies verbiete. Stürmische Entrüstung erregte die weitere Mitteilung, daß der Branchenleiter der Maschinenführer Koch und der Bevollmächtigte der Tabakarbeiter, Armbrust (beides Kommunisten!) die sich solidarisch erklärenden Maschinenführer und Tabakarbeiter veranlaßt hätten, die Arbeit wieder aufzunehmen und mit den Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Der Redner konnte es nicht verstehen, wie Mitglieder der kommunistischen Partei sich zu einer derartigen Handlungsweise hergeben könnten.

Die Abstimmung ergab einstimmige Ablehnung des Schiedsspruchs. Es sollen jedoch neue Betriebe nicht eher bestreikt werden, bis das Ergebnis einer weiteren Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband vorliegt.

Sämtliche Funktionäre sollen sich heute Information im Bureau, Zimmer 38, einholen.

Ein gehobener Betriebsrat.

Man schreibt uns:

Ein prinzipienfester, kommunistisch eingestellter Betriebsrat ist — vielmehr war — der Buchbinder K., der in einer Buch- und Steindruckerei in der Belle-Alliance-Straße beschäftigt ist. Als die kommunistisch eingeschworenen Kollegen und Kolleginnen unter Czernys Leitung ihren eigenen Laden aufmachten, war es dieser Betriebsrat, der durch rücksichtslosen Terror in seinem Betriebe alle bei dem Verbande der Buchbinder und Papierverarbeiter organisierten Kollegen und Kolleginnen zwang, ihre Verbandsbeiträge an die Czernygruppe abzuliefern. Oder richtig gesagt: er führte Beiträge, die für die rechtmäßige Organisation bestimmt waren, an die kommunistische Sonderorganisation ab. Natürlich war auch jedes Mitglied der Belegschaft verpflichtet, den „Graphischen Block" zu kaufen. Neueinstellungen im Betriebe wurden nicht etwa vom Arbeitsnachweis angefordert, sondern die holte sich dieser Herr Betriebsrat von Czerny selbst. Natürlich nur waschechte Kommunisten.

Der betreffende Druckereibesitzer suchte nun einen Buchbindermeister, der wahrscheinlich den Radikalinskis die Flügel etwas stutzen sollte. Persönlich genommen war das für diesen Betriebsrat eine unangenehme Sache, man konnte nicht wissen, was sich daraus entwickeln würde. Hier mußte schnell gehandelt werden. So verfügte sich denn K. ins Kontor, bewarb sich um die Meisterstelle — und bekam sie auch. Seine kommunistische Einstellung warf er zum alten Eisen, gelobte, sich parteipolitisch nicht mehr zu betätigen und seinen Betriebsratsposten niederzulegen. Die weitere Entwicklung dieses bisherigen kommunistischen Betriebsrats wird von seinen Berufsgenossen im Auge behalten werden, selbst wenn er seine Parteigenossen im Betriebe nach und nach fliegen lassen sollte.

Kommunistische Kampfesweise.

In eine Versammlung der Vertrauensmänner der freien Gewerkschaften im Volkshaus in Mannheim, die sich mit der Aussperrung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen befaßte, drang ein Stoßtrupp des kommunistischen „Industrieverbandes" ein und weigerte sich, den Saal wieder zu räumen, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Bezeichnend für die Geistesverfassung der Eindringlinge waren die Worte, mit denen sie einfielen: „Da sitzen die Lumpen, es wäre besser, wir stechen sie nieder!" Einzelne Personen, die nach der Auffassung dieser Streiter im Gewerkschaftskampf vor allem beseitigt werden sollen, wurden mit Namen genannt. Allerdings lassen sich die freien Gewerkschaften und ihre Führer durch solche Drohungen nicht einschüchtern. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen jede Gemeinschaft mit Leuten ablehnen, die lediglich das Geschäft der Unternehmer betreiben; denn ihr Gebaren führt nur zur Zersplitterung und damit zur Schwächung der Arbeiterschaft. Der Kampf in der Badischen Anilin- und Sodafabrik und die Haltung des „Industrieverbandes" liefert dafür den besten Beweis. Nie ist eine im Kampfe stehende Arbeitnehmerschaft unverfrorener und gewissenloser von den kommunistischen Bravos belogen worden als die ausgesperrte Belegschaft der Badischen Anilinfabrik. Der Wahrheit zuwider kündeten kommunistische Telegramme die Kampfbereitschaft der übrigen chemischen Großbetriebe im Reiche an. Dabei dachte die Arbeiterschaft des Leunawerkes oder in Höchst nicht im entferntesten daran, sich vor den kommunistischen Karren spannen zu lassen.

Bleibt jetzt der Schweiz fern!

In deutschen Zeitungen werden Arbeiter für die Schweiz gesucht, obwohl es an Arbeitskräften dort nicht fehlt. Die Unternehmer im Bau- und Holzgewerbe wollen Rausreißer heranziehen, um die einheimischen Arbeiter nach Willkür knebeln zu können. Deutsche Arbeiter, die sich anlocken ließen, dürfen sich an den Lohnkämpfen nicht beteiligen, da sie sonst lästig sind und wieder über die Grenze geschickt werden. Sie dürfen auch nur bei dem Unternehmer in Arbeit gehen, dem sie zugewiesen wurden, ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb bestreikt ist.

Der Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz klagt, daß noch tagtäglich Bauarbeiter und Maler aus Deutschland nach Zürich und anderen gesperrten Orten kommen. Diese Arbeiter wollen nicht verstehen, daß es besser für sie und für die schweizerischen Arbeiter ist, wenn sie die kurze Zeit bis zur Beendigung der Bewegung noch abwarten würden. Die Maler stehen in Zürich im Streik und in Luzern in Lohnbewegung. Die Bauunternehmer in Bern lehnen jede Verhandlung ab. Die Holzarbeiter stehen in 59 Orten in der Lohnbewegung. Der Zentralvorstand der Bau- und Holzarbeiter mahnt:

„Deutsche Arbeiter! Nehmt Rücksicht auf diese Bewegungen und helft uns durch Fernhalten von Zuzug diese rasch unter Dach zu bringen. Keiner lasse sich für die erwähnten Orte anwerben, keiner komme in den nächsten paar Wochen in die Schweiz, ohne sich vorher bei uns zu erkundigen."

Verhandlungen im Londoner Verkehrsstreik.

London, 24. März. (WTB.) Aus Anlaß des Streiks der Straßenbahner und des Personals der Omnibusse fand gestern eine von seiten der Regierung einberufene Besprechung über das gegenwärtige Verkehrswesen in London statt. Lord Ashfield, der Leiter der Gesellschaft der Untergrundbahnen und großen Omnibuslinien, befürwortete einen Zusammenschluß aller Londoner Verkehrsmittel mit der Begründung, es könnten dann Tarife festgesetzt werden, daß der Betrieb einen Nutzen abwerfen würde, der den Angestellten gute Löhne zu zahlen erlauben würde, während es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich wäre, die von den Streikenden geforderte Lohnerhöhung zu bewilligen. Der Leiter der Versammlung fragte der Vertreter der Parteien, ob nach ihrer Meinung eine Zusage der Regierung, eine gesetzliche Kontrolle des Verkehrswesens einzuführen, den Weg für erfolgversprechende Verhandlungen eröffnen würde. Im Namen der Transportgesellschaft erklärte Lord Ashfield und im Namen der Transportarbeiter sagte Bevin, daß eine solche Zusage zweifellos günstig wirken würde. Der Vertreter der Betriebsleitung für die Grafschaft London sagte, es bestehe keine Hoffnung, daß Verhandlungen eine Erhöhung der Wochenlöhne über fünf Schilling ergeben würden.

In Hannover haben die Reifenmacher, Rohrschlosser und Handwerker der Continental-Kautschuk-Companie die Arbeit eingestellt, worauf die Belegschaft der Automobilreifenabteilung in Stärke von 1200 Köpfen ausgesperrt wurde. Eine von den Handwerkern geforderte Besprechung wurde zugesagt.

Auch in Bremen ist der Hafenarbeiterstreik beendet. In einer Versammlung der Hafenarbeiter am Sonntag stimmten die Gewerkschaftsvertreter der VSPD. für die Wiederaufnahme der Arbeit, während die kommunistischen Vertreter, die in der Minderheit waren, sich für den Generalstreik erklärten. Da der Schiedsspruch vom 18. März vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist, wird mit dem Abbruch des Streiks gerechnet.

Der Bergarbeiterstreik im Westerwald, an dem etwa 2000 Bergarbeiter beteiligt waren, ist nach einer Meldung aus Limburg beendet. Die Bedingungen des Schiedsspruches, der eine Arbeitszeit von acht Stunden einschließlich einer halbstündigen Pause, aber ausschließlich der Ein- und Ausfahrt vorsieht, wurden angenommen.

Die Textilarbeiter in St. Etienne haben durch Urabstimmung die Lohnerhöhungsvorschläge der Arbeitgeber mit 7500 gegen 1100 Stimmen abgelehnt. Es wurde der Streik beschlossen.

Achtung, RAG. Oberschöneweide! Mittwoch nachmittag 4 Uhr im „Dessauer", Rathenau-, Ecke Wilhelminenhofstraße, wichtige Versammlung aller VSPD.-Genossen. Sympathisierende sind einzuführen. Tagesordnung: Betriebsratswahl. Der Fraktionsvorstand.

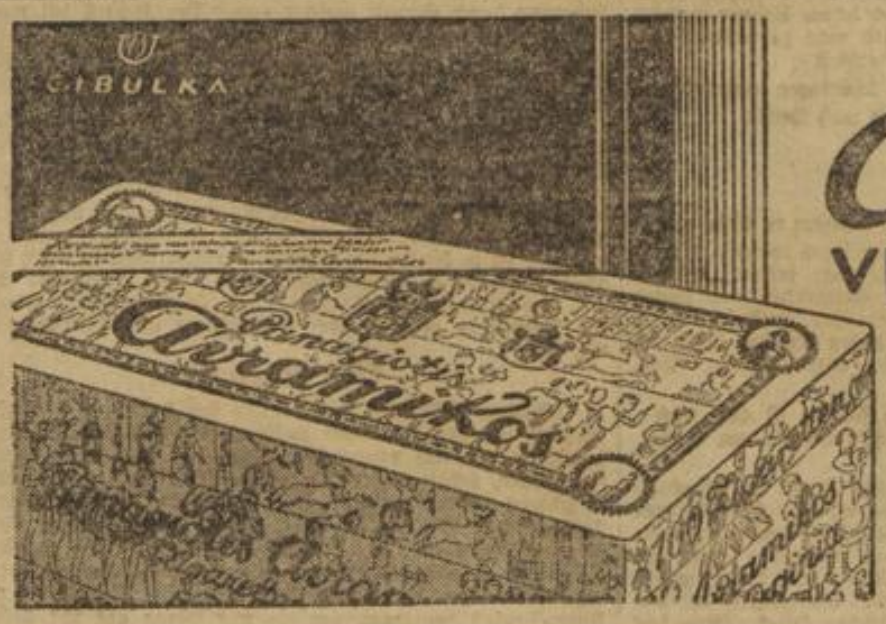
Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Ekkert; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68., Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor

Strassenanzüge
M. 39, 50, 60, 75, 84, 95
Frühjahrs-Mäntel von 34 M. an

Koch & Seeland
Stets im Zeichen der Mode
Herrenstoffe „Das Neueste" Gabardine, Cord und Ripsgewebe . Mtr. 12.–
Damenstoffe „reine Wolle" für Kleider, Kostüme, Röcke . . . Mtr. 5.50
Centrumstr. 20/21 Gegr. 1893

Sophien-Säle Nord 9296 — Säle für Vereine und Versammlungen — **Sophienstr. 18**



Panagiotis Avramikos
VIRGINIA-ZIGARETTEN
sind seit Jahren anerkannt als
QUALITÄT
Man achte auf Packung und Namenszug
3 Pf

Räumungsklagen.

Bei den Groß-Berliner Mietgerichten mehren sich die Räumungsklagen in verdächtigem Maße. Etwa ein Viertel aller dieser Klagen bezieht sich auf Portierwohnungen, ein weiteres Viertel auf Untermieter. Die übrigen Räumungsklagen waren bisher überwiegend auf Grund des Belästigungsparagraphen des Mieterschutzgesetzes und wegen Mieterückstandes angestrengt. In vielen Fällen müssen die Richter entgegen ihren persönlichen Gefühlen nach allzu strengen gesetzlichen Bestimmungen auf Räumung erkennen. Wo es irgend angeht, wird ebenso oft, von unerfreulichen Ausnahmen abgesehen, der gesetzliche Begriff der „unbilligen Härte" angewendet und die Klage abgewiesen. Zu wahren Seeschlangen mit zeitraubenden Zeugenvernehmungen wachsen sich die Belästigungsprozesse aus, die auch schon gegen Mietervertreter gerichtet werden. Meistens handelt es sich nur um aufgebauschten Klatsch und Tratsch, um eine neue Form der Bagatellklagen wegen angeblicher Beleidigung. Auch in diesen Fällen werden die Räumungsklagen allzu empfindlicher, nervöser und übertreibender Kläger in der Regel abgewiesen. Das Neuköllner Mietgericht hat jetzt täglich im Durchschnitt dreißig Räumungsklagen zu verhandeln, so daß die Einrichtung einer zweiten Abteilung notwendig wird. Nach der Ansicht auch richterlicher Kreise wird die bevorstehende sprunghafte Steigerung des Mietzinses eine umfangreiche Zahlungsunfähigkeit von Mietern und dann bald eine noch stärkere Zunahme der Klagen auf Zahlung oder Räumung nach sich ziehen. Auf der einen Seite wird in der Justiz abgebaut, auf der anderen schafft man ihr neue, meist sehr unnütze Arbeit. Durch die Fülle der Räumungsurteile wird schließlich auch noch die Wohnungsnot vergrößert.

Eine mißglückte Exmission.

Ein Mieter wurde unlängst rechtskräftig zur Räumung verurteilt. Der Fall lag sehr milde, aber das Gericht mußte nach dem Gesetz den Räumungszwang aussprechen. Durch ein Versehen hatte der Rechtsanwalt des Hauswirtes die Klage nur gegen den Ehemann, nicht auch gegen die Ehefrau gerichtet. Als der Gerichtsvollzieher die Zwangsräumung vornehmen wollte, erhob die Ehefrau dagegen Protest und wies ihn auf die Folgen hin, wenn er sie, die garnicht verklagt war, und ihr Eigentum auf die Straße setze. Dem Gerichtsvollzieher blieb daher nur übrig, den Ehemann mit einem kleinen Koffer aus der Wohnung zu weisen. Natürlich kam der Ehemann nach dem Verschwinden des Gerichtsvollziehers sofort wieder in die Wohnung zurück. Als der Beamte einige Zeit später den Ehemann zum zweiten Male an die frische Luft setzen wollte, legte ihm die Frau amtliche Papiere vor, wonach der durch das Räumungsurteil und die Zwangsvollstreckung „wohnungslos" gewordene Ehemann in die Wohnung seiner Frau vom Wohnungsamt als Untermieter eingewiesen war. Lachend zog der besiegte Gerichtsvollzieher von dannen.

Beschleunigter Schulabbau.

Die Proteste der Lehrerschaft und der Elternschaft gegen den Schulabbau scheinen auf das Provinzialschulkollegium wenig Eindruck zu machen. Mit welcher Eile diese Behörde, wenn es den Schulabbau gilt, zu arbeiten versteht, ist aus der folgenden uns von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (Ortsgruppe Berlin) zugegangenen Erklärung zu ersehen.

„Es ist von allen Seiten anerkannt worden, daß ein schematischer Personalabbau im Schulwesen nicht nur verheerend wirkt, sondern geradezu unmöglich ist. Diesem Umstande hat auch der Preußische Landtag Rechnung getragen. Um so unbegreiflicher ist es, daß die Abteilung II des Provinzialschulkollegiums unter der Leitung eines ehemaligen Volksschullehrers und langjährigen Vorstandsmitgliedes des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins, des Oberregierungsrats Bretzel, an die Kreisschulräte die Verfügung erlassen hat, daß sie 15 Proz. sämtlicher Lehrkräfte an den Volks- und Mittelschulen einschließlich der noch nicht angestellten Hilfslehrer für den Abbau innerhalb einer Frist von wenigen Tagen vorzuschlagen haben. Diese Verfügung wurde von dem Provinzialschulkollegium erlassen, bevor überhaupt die Ausführungsbestimmungen für den Personalabbau in den Volksschulen durch den Minister erlassen worden waren. Dieses Verfahren widerspricht nicht nur den gesetzlichen Bestimmungen, sondern ist geeignet, die größte Beunruhigung in die Kreise der Lehrerschaft unnötigerweise zu tragen. Nach dem anerkennungswerten, außerordentlich verantwortungsvollen Entgegenkommen der Stadt Berlin ist ein Abbau in diesem Umfange völlig unnötig. Wir legen daher sowohl gegen das unseres Erachtens ungesetzliche, übereifrige Verfahren als auch gegen die unnötige Rigorosität seitens der Volksschulabteilung, eine solch große Zahl von Vorschlägen für den Personalabbau zu verlangen, schärfste Verwahrung ein. Wir fordern, daß der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und der Preußische Landtag sich gegen die Abteilung II des Provinzialschulkollegiums schützend vor die Berliner Volksschulen stelle."

Kreis-Mitgliederversammlungen

Mittwoch, 26. März, abends 7 Uhr:

1. **Kreis (Mitte) bei Haverland, Neue Friedrichstraße 35 (Eingang Rochstraße). Referent: Genosse Hugo Heimann.**
2. **Kreis (Tiergarten) in den Arminiushallen, Bremer Straße 73. Referent: Genosse Künstler.**
3. **Kreis (Wedding) im Patzenhofer-Ausschank, Chausseestraße 64. Referent: Genosse Dr. Moses, und Schiller-Lyzeum, Pankstraße, Ecke Böttcherstraße. Referent: Genosse Wieger.**
4. **Kreis (Prenzlauer Berg) in der Schulaula Oberrealschule, Pasteurstraße 40/41. Referent: Genossin Bohm-Schuch, und Großer Saal vom Ledigenheim, Pappel-Allee 14. Referent: Genosse Dr. Löwenstein.**
5. **Kreis (Friedrichshain) in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21. Referent: Genosse Aufhäuser.**
6. **Kreis (Kreuzberg) bei Rabe, Fichtestraße 29. Referent: Genosse Richard Fischer.**
13. **Kreis (Tempelhof-Mariendorf), Wilhelmsgarten-Tempelhof, Berliner Straße. Referent: Genosse Heinig.**
14. **Kreis (Neukölln) im Schultheiß, Hasenheide (Wintergarten). Referent: Genosse Crispien.**
16. **Kreis (Köpenick) für Köpenick bei Schulz, Müggelheimer Straße 12. Referent: Genosse Dr. Zechlin.**
17. **Kreis (Lichtenberg) im Cecilien-Lyzeum, Rathausstraße. Referent: Genosse Dr. Breitscheid.**
18. **Kreis (Weißensee) im Realgymnasium, Woelckpromenade. Referent: Genossin Juchacz.**
19. **Kreis (Pankow-Niederschönhausen) bei Meier, Türkisches Zelt, Breitestraße in Pankow. Referent: Genosse Alexander Stein.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Sozialdemokratie und Reichstagswahl

Alle Versammlungen beginnen pünktlich 7 Uhr abends. In Anbetracht des Wahlkampfes ist es Pflicht aller Parteimitglieder, diese wichtigen Mitgliederversammlungen zu besuchen. — Mitgliedsbuch der Partei dient als Ausweis.

Alle für Mittwoch vorgesehenen Abteilungsversammlungen fallen in obigen Kreisen aus.

Zum bevorstehenden Wahlkampf.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Gestern fand im Polizeipräsidium unter Leitung des Polizeipräsidenten Richter mit Vertretern sämtlicher politischen Parteien eine Besprechung statt, die sich im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf mit der Frage der Versammlungsfreiheit und des Versammlungsschutzes befaßte. Der Polizeipräsident gab die Zusicherung, daß von seiner Seite alles geschehen werde, um der Versammlungsfreiheit in weitestem Maße Rechnung zu tragen, und daß er andrerseits bei Anforderungen von Versammlungsleitern allen Parteien in gleicher Weise den erbetenen polizeilichen Schutz gewähren werde. Wie der Polizeipräsident ferner hervorhob, bleiben öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auch während der Wahlperiode grundsätzlich verboten; Ausnahmen können in Preußen lediglich durch den Minister des Innern bewilligt werden. In der Frage der Verbreitung von Flugblättern sowie des Anschlagens und Umhertragens von Plakaten sagte der Polizeipräsident weitestgehendes Entgegenkommen im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu.

Der mutmaßliche vierfache Mord.

Eine Ausgrabung der Leichen muß vorgenommen werden.

Die völlige Aufklärung der schweren Beschuldigungen, unter denen die frühere Krankenpflegerin Frau B. verhaftet worden ist, wird den Untersuchungsrichter und die Kriminalpolizei wohl noch geraume Zeit beschäftigen. Ermittelungen sind weiter nicht nur in Berlin, sondern auch außerhalb überall da erforderlich, wo sich Frau B. — besonders seit dem Jahre 1919 — aufgehalten hat, in Salzschlirf und anderswo. Es kommen auch alle Zeugen in Betracht, die in dem Zivilprozeß um die Erbschaft aufgetreten sind, und die Frau B. zum Teil zu ihren Gunsten beeinflußt haben soll. Gegenstand der Nachprüfung ist namentlich auch das ganze Zusammenleben der Frau B. mit ihren beiden verstorbenen Ehemännern, ihrem Schwager und der alten Mutter ihres ersten Mannes. Erforderlich wird auch eine Ausgrabung und genaue gerichtsärztliche Untersuchung der Leichen der vier Toten sein. In keinem Falle hat vor der Beerdigung eine Obduktion stattgefunden, weil eine natürliche Todesursache, „ein Unfall" bei der Gasvergiftung und Selbstmord bei dem Oberingenieur Frenzel angenommen wurde.

Das städtische Rettungsamt legt Wert auf die Feststellung, daß die wegen Mordverdachts verhaftete Frau B. zu einer Zeit in der Unfallstation Vorbergstraße als Krankenpflegerin beschäftigt wurde, als diese Stelle noch nicht vom Städtischen Rettungswesen übernommen war.

Zum Raubüberfall auf den Kaufmann Friesecke.

1500 Goldmark Belohnung.

Das Opfer eines Raubüberfalles ist, wie wir schon mitteilten, der 55 Jahre alte Kaufmann Adolf Friesecke aus der Wartburgstraße 15 zu Schöneberg geworden.

Friesecke hatte am Dienstag voriger Woche mit mehreren Freunden zusammen Besorgungen für ein Preisschießen mehrerer Schützengilden gemacht und dabei auch hier und da getrunken. Am nächsten Morgen wurde er mit einer schweren Verletzung in der Gegend der rechten Schläfe und ausgeraubt im Hausflur aufgefunden und nach dem Krankenhause gebracht. Hier starb er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Die Kriminalpolizei hat bereits mehrere Zeugen ermittelt, darunter auch einen Chauffeur. Dieser hat den Mann am Mittwoch früh um 4½ Uhr nach der Wartburgstraße 15 gefahren. Hier wurde er vor dem Hause von dem stark angeheiterten Fahrgast entlohnt und fuhr weiter, ohne sich nach ihm umzusehen. Andere Zeugen haben zwischen 4 und 5½ Uhr einen Mann in der Nähe der Bordschwelle auf dem Straßendamm liegen gesehen, ohne sich sonderlich um ihn zu kümmern. Weitere Zeugen, besonders auch Straßenreiniger, die um diese Zeit in der Nähe gewesen sein sollen, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Werneburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden. Für die Aufklärung ist von privater Seite eine Belohnung von 1500 Goldmark ausgesetzt worden. Die geraubte schwere dreikapselige goldene Herrenuhr hat die Nummer 201 345 und unter dem Deckel die Geheimnummer 303 c.

Ein Roßbach-Prozeß in Moabit.

Wegen Fortsetzung einer verbotenen Vereinigung gemäß § 14 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik waren Oberleutnant a. D. Roßbach, sein Privatsekretär Willi Pelz und sieben weitere Personen, zum Teil Kaufleute, zum Teil Studenten, vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II angeklagt. Roßbach war jedoch nicht erschienen. Die Anklage legt den Angeklagten zur Last, drei Tage nach dem von Minister Severing erlassenen Verbote der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei eine Großdeutsche Arbeiterpartei gegründet zu haben, die als Fortsetzung der für Preußen verbotenen Partei zu betrachten sei. Der Angeklagte Pelz bestritt, daß es sich bei der Neugründung um eine Fortsetzung der verbotenen Parteivereinigung gehandelt habe. Das Gericht ließ es dahingestellt, ob es sich tatsächlich um eine Fortsetzung der verbotenen Vereinigung oder um eine Neugründung gehandelt habe. Den Angeklagten könne nicht widerlegt werden, daß sie geglaubt haben, daß es sich um eine glatte Neugründung handele und daß ihnen das Verbot bei Empfang der Einladungen bekannt war. Daher mußten sie aus subjektiven Gründen freigesprochen werden.

(Nachdruck durch Mollí-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

39]

Von Leonhard Frank.

Die glänzenden Toiletten, der Kronleuchter, Streichquartett, Champagnerkischchen schwankten. Jürgens Gesicht fiel ein, war grau geworden. „Habe ich mich denn so verändert, so furchtbar verändert, daß Sie in mir . . . in mir jenen gar nicht mehr zu erkennen vermögen?"

„Also Sie selbst!" rief, freudig erstaunt, der Engländer. „Das hätte ich, das allerdings hätte ich nie vermutet. Ich gratuliere, gratuliere wirklich von Herzen . . . Wie man sich irren kann! Ich habe nämlich gedacht — in den Kolonien ist unsereiner ja recht einsam und denkt viel an die Jugendzeit zurück — habe oft gedacht, dieser Mensch wird entweder ein ganz abseitiges Leben führen, vielleicht auch irgendeine große Tat vollbringen, wenn die Situation das zuläßt — im Krieg und so — oder er wird zugrunde gehen. Und nun — wie ich mich freue! . . . Uebrigens nur ein Beweis mehr dafür, wie sehr die Menschen, alle Menschen, sich mit den Jahren verändern, sich innerlich sozusagen festigen!"

An diesem Abend betrank Jürgen sich so, daß er in das Fremdenzimmer des Herrn Hommes gebracht werden und Elisabeth allein nach Hause fahren mußte. Nach einer mehrwöchigen Reise, ziellos in Europa umher, saß er wieder im Direktionsbureau. Im Nebenraum unterhielten sich zwei Bankbeamte.

Vor einem Jahre sei er an den Alimenten noch unverhofft vorbeigekommen. Das Kind sei gestorben. Aber kürzlich sei sein Mädchen wieder Mutter geworden.

Auch Elisabeth war schwanger. Jürgen freute sich auf das Kind, stellte sich vor, wie es aussehen, ob es ihm oder ihr gleichen werde. Blauäugig? Oder braun? dachte er. Und horchte auf die Worte des Beamten, der seinem Kollegen genau vorrechnete, wie wenig ihm von seinem Gehalte bleiben werde, nach Abzug der Alimente. „Das halte ich nicht aus."

Gewandt schlüpfte der Beamte in sein elegantes Mäntelchen. „Heute feiere ich Abschied von der Jugend. Ich heirate. Sie hat nichts, ich habe nichts. Sechs versilberte Kaffeelöffel sind der Grundstein unseres Glückes."

Er steckte ein Veilchensträußchen ins Knopfloch. „Extra für heute gekauft. Leichtsinnig, was? . . . Vor diesem Glück habe ich jetzt schon Angst. Du schläfst Nacht für Nacht neben und mit deiner Frau. Immer mit derselben! Du siehst sie halb angezogen, unfrisiert, im Schlafrock — wenn sie einen hat —, ißt mit ihr, sprichst mit ihr. Und nicht nur von Veilchen und Tanz, mein Lieber! Das Prickelnde ist bald dahin. In jeder Ehe! Man gewöhnt sich. Dann liebt man eben außerhalb herum, wie? . . . Aber kann denn ich mir das leisten, bei meinem Gehalt? Du mußt Blumen kaufen, die Zeche bezahlen. Am Ende bestellt sie sich auch noch etwas zu essen. Das kostet dann ein Heidengeld . . . Unserem Chef natürlich, dem jungen Chef mit der gespickten Brieftasche und dem Scheckbuch, dem kann die Gewohnheit nichts anhaben. Der kann sich jede kaufen. Unsereiner aber muß, wenn er heiratet, glatt Abschied nehmen von der Jugend."

Mir also, meint er, kann die Gewohnheit nichts anhaben, dachte Jürgen noch in der Straßenbahn, suchte zu Hause Elisabeth in allen Räumen und fand sie endlich im Schlafzimmer, wo sie erblaßt auf dem Bettrand saß. Ihr Leib stand stark vor.

Tagelang schrie Elisabeth in Schmerzen, schrie die lange Nacht durch, in den trüben Morgen hinein, bis der Arzt sie von einer toten Frühgeburt entbunden hatte.

Die blutigen Messer und Geburtszangen lagen noch auf dem Tisch. Der schweißtriefende Arzt wollte ein letzes Mittel anwenden, die Entbundene zu retten, da stieß sie ihn weg von ihrem zerrissenen Leib. Ein neuer Blutstrom schoß ins Bett. Der Arzt breitete ein Tuch über die verwüstete Tote und ließ die Arme sinken, ging hinaus in den herbstlichen Garten zu Jürgen. Der Himmel hing voll Regen. Der Garten war naß, die Luft kalt.

Einige Tage später — Elisabeth war schon begraben, Jürgen umwickelte Rosenstämmchen mit Stroh — sagte er leise vor sich hin: „Das Geld ist mir doch sicher ganz gleichgültig. Wie kam ich nur auf diesen abscheulichen Gedanken?"

Der Gedanke war, flüchtiger als ein Vogel, der den Blick schneidet, gleichzeitig mit anderen Gedanken aufgetaucht und wieder verschwunden. „Da das Kind tot ist, fällt die Mitgift mir zu."

„Ein böser Gedanke. Enthält aber eine juristisch einwandfreie Tatsache . . . Kein Mensch hat die Macht, das Entstehen eines Gedankens zu erzwingen oder zu verhindern." Er sah empor zur beschädigten Dachrinne, wo die dicken Tropfen schnell hintereinander herunterfielen, immer auf dieselbe Stelle, wie damals im Rattenhof. Hing die Bastfäden über einen Ast und rief Phinchen zu, sie müsse den Spengler holen. „Die Dachrinne ist leck. Siehst du, dort oben."

Jahrelang trug Jürgen sich mit dem Gedanken, wieder zu heiraten. Auch der Schwiegervater redete ihm zu, nannte sogar einige Töchter vornehmer Familien. Er solle endlich das Palais kaufen, hübsch einrichten. Repräsentieren.

„Ich finde aber," sagte Jürgen lachend zu Phinchen, „faktisch nicht die Zeit, eine Frau zu lieben." Kundenkreis und Finanzaktionen des Bankhauses Wagner und Kolbenreiher vermehrten und vergrößerten sich in immer schneller werdendem Tempo.

Jürgen verkehrte in Familien, wo nur von Geld gesprochen wurde. Und in Familien, die so reich geworden waren, daß es schon wieder für unvornehm galt, von Geld zu sprechen, anstatt von Humanität und Wohltätigkeit, Kunst, Mystik, Kultur und Goethe. Hohe Räume, stilvoll, von erlesenstem Geschmacke. Wertvolle Gemälde, märchenhafte Bedienung. Junge Künstler, die unterstützt wurden. Geistvolle Gespräche. Und Beklemmung für die Gäste, die noch nicht so reich waren.

Zu diesen gehörte der Berliner Bankier Leo Seidel nicht; seine Worte wurden an dem Herrenabend, den Jürgen zu Ehren seines für wenige Tage in die Heimatstadt zurückgekehrten früheren Mitschülers gab, von den Börsianern ebenso vorsichtig gewogen und auf Fallen untersucht, wie die des reichen, leberkranken Hütten- und Walzwerkbesitzers auf Jürgens Hochzeit gewendet und gewogen worden waren.

Der noch nicht vierzigjährige Seidel, tadellos unauffällig gekleidet, sah viel älter aus, und als könne er von nun an nicht mehr älter werden. Es schien, als sei das winzige sommersprossige Dreieck mit dem erreichten Ziele von nun an stationär.

Seidel, im Ziele sitzend, sichtlich uninteressiert an den Meinungen dieser von ihm weit überholten Fabrikanten und Bankleute, die einzuholen vor zwanzig Jahren sein größter Ehrgeiz gewesen war, zeigte nicht, daß diese Stunden für ihn nur ein Opfer an Zeit bedeuteten, und sprach dennoch nicht einen Satz mehr, als die Höflichkeit gebot.

Er entsann sich, daß er vor zehn Jahren, erst auf dem Wege zum Ziel, erfüllt von altem Hasse gegen diese vornehmen Bürgerfamilien, noch Befriedigung gefunden hatte in der Vorstellung, daß er, der gedemütigte Briefträgersohn, sich eine dieser Töchter seiner Heimatstadt zur Frau wählen werde.

(Fortsetzung folgt.)

Der Schöneberger Mehlschiebungsprozeß.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II begann gestern unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Sachs die Verhandlung in dem umfangreichen Schiebungsprozeß mit Mehl und anderen Nahrungsmitteln beim Stadtmagistrat Schöneberg. Die Anklage richtet sich gegen den Oberstadtsekretär Gustav Lange, mehrere Angestellte des Magistrats und zahlreiche Kaufleute, Konditoren, Bäckermeister und andere Personen. Der Hauptangeklagte Lange war Leiter der Kolonialwarenabteilung des Magistrats, und er soll nun eigenmächtig, ohne die zuständigen Dezernenten zu befragen, in der Weise über die Vorräte verfügt haben, daß er an „Interessenten", die ihm dafür Zuwendungen machten, die Vorräte abgab. In der Voruntersuchung hat Lange nach anfänglichem Leugnen ein umfangreiches Geständnis abgelegt. Die Anklage lautet gegen Lange und die Angestellten des Magistrats Rölke und Wiedemann auf Bestechung, ebenso gegen eine Reihe der Abnehmer. Außerdem ist Anklage erhoben wegen unerlaubten Großhandels, Schleich- und Kettenhandels. Die Verhandlungen werden voraussichtlich eine volle Woche in Anspruch nehmen.

Um das Kreiskrankenhaus Lichterfelde.

Zu der in Nr. 127 gebrachten Notiz mit dieser Ueberschrift erhalten wir vom Kreisausschuß des Kreises Teltow folgende Berichtigung, um deren Aufnahme wir unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ersucht werden:

„Es ist nicht zutreffend, daß das Schiedsgericht den Parteien aufgegeben habe, „sich über die Art der Verwaltung des Stubenrauch-Kreiskrankenhauses in Lichterfelde zu einigen". Der Wahrheit entspricht vielmehr, daß das Schiedsgericht den Parteien aufgegeben hat, sich über die Beteiligung der Stadtgemeinde Berlin an den Kosten und gegebenenfalls an der Verwaltung zu einigen. Weiter entspricht die Notiz in Ihrer Zeitung, „die Einigung konnte leider nicht zustande kommen, weil der Kreis ein Mitverwaltungsrecht nicht einräumen wollte", nicht den Tatsachen. Wahr ist, daß der Kreis auf eine Beteiligung der Stadt Berlin an den Kosten überhaupt verzichtet hatte und daß infolgedessen eine restlose Einigung der Parteien — d. h. der drei Vertreter der Stadt Berlin und derjenigen des Kreises Teltow — vor dem Vorsitzenden des Schiedsgerichtes, dem Herrn Oberpräsidenten, stattgefunden hat. Dieser Einigung hat der Kreisausschuß des Kreises Teltow zugestimmt, leider aber nicht der Magistrat von Berlin, so daß sich der Kreis gezwungen sah, den Antrag zu stellen, daß der mit Zustimmung der Berliner Vertreter vereinbarte Vergleich vom Schiedsgericht zum Beschluß erhoben würde. v. Achenbach."

Die Notiz in Nr. 127 war uns aus dem Berliner Rathaus als amtliche Mitteilung zugegangen. Wir gaben sie unverkürzt und unverändert wieder.

Herabsetzung des Gaspreises. Vom 1. April ab wird bei den städtischen Gaswerken der Preis für das Kubikmeter von 21 auf 19 Pf. herabgesetzt.

Belgische Soldaten verursachen ein Straßenbahnunglück. In dem Recklinghausen benachbarten Marl fuhr ein Straßenbahnwagen einem anderen in die Flanke. Dieser, voll besetzt, wurde umgeworfen. Aus den Trümmern wurden 15 Verletzte, darunter eine große Anzahl Schwerverletzter, hervorgezogen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der aus der Richtung Brassert kommende Straßenbahnwagen von betrunkenen belgischen Soldaten geführt war, die vorher das Straßenbahnpersonal vom Wagen verjagten und ihn dannselbst lenkten. Ein belgischer Soldat, der Lenker des Wagens, ist zwischen den auseinandergefahrenen Wagen gefunden worden. Die Unfallstelle wurde von belgischen Kriminalbeamten gesperrt.

Großfeuer in den Mannheimer Faserstoffwerken. In den Faserstoffwerken von Theodor Landauer im Mannheimer Industriehafen brach aus bisher unbekannten Gründen ein Großfeuer aus, das nur mit großer Mühe auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Der Sachschaden ist sehr bedeutend.

Ueberfall auf einen Direktor der Vulkanwerft. Unter der Vorspiegelung, im Auftrage des Schlichtungsausschusses zu kommen, verschaffte sich ein Mann Eingang in die Wohnung des Direktors Stahlmann der Vulkanwerft in Hamburg. Er überreichte dem Direktor einen verschlossenen Briefumschlag, der sich bei der Oeffnung als leer erwies. Darauf bedrohte der Unbekannte plötzlich den Direktor mit einem Revolver und verlangte die Aushändigung von einer Million Mark. Den hinzukommenden Diener streckte der Eindringling durch einen Bauchschuß nieder, worauf er unerkannt entkam.

Durch die Explosion einer Treibmine wurden in der Nähe von Alexandria (Aegypten) 16 Schiffer getötet.

Arbeiter-Sport

Schwimmfest im Stadtbad Wedding.

Das Schwimmfest der „Freien Schwimmer Norden 1893" im Stadtbad Wedding ergab, da sämtliche Berliner Vereine mit den Besten aus ihren Reihen am Start erschienen waren, gute Resultate. Auch die Provinz, vertreten durch Eberswalde, hatte eine starke Meldung abgegeben. Einen schönen Kampf gab es im Männerschwimmen Kl. A 100 Meter, das zwei gleich starke Gegner zeigte. Das Männerseiteschwimmen Kl. A 100 Meter gab dem ersteren nichts nach, nur daß hier der Endkampf nicht so scharf war. Ein besonderes Kapitel beim Schwimmsport bildeten die Wasserballspiele, welche auch an diesem Tage Gäste sowie Schwimmer bis zum Schluß in Spannung hielten.

Resultate: Eröffnungsstaffel, beliebig, 2, 4, 6, 4, 2 Bahnlängen. 1. Vorwärts 4.06⅘. 2. Norden 4.20⅘. 3. Neukölln 4.22. Jugendbrustschwimmen, 4 Bahnlängen (intern), a) weiblich: 1. Geißler 1.19⅘. 2. Beiersdorf 1.35⅘; b) männlich: 1. Stechert 1.06⅘. 2. Böhm 1.09. Damenrückenschwimmen, 4 Bahnlängen. 1. Rudow, Charlottenburg 1.21. 2. Herbrich, Vorwärts 1.22. 3. Rohrdorf, Neukölln 1.22⅘. Knabenbrustschwimmen, 3 Bahnlängen: 1. Lux, Union 0.58⅘. 2. Geißler, Norden 0.60⅘. Streckentauchen: 1. Schulz, Norden, 50 Meter, 43 Sek., 2. Steppat, Charlottenburg, 50 Meter, 45⅘ Sek., 3. Schröder, Weißensee, 50 Meter, 45⅘ Sek. Männerschwimmen, beliebig, Klasse A, 100 Meter: 1. Anhalt, Vorwärts 1.07⅘ Minuten, 1. Gätke, Neukölln, 1.07⅘ Minuten, 2. Jülicher, Vorwärts 1.11 Minuten. Männerrückenschwimmen, 4 Bahnlängen (intern): 1. Krause 6.07 Minuten, 2. Kümmel 6.08, 3. Boriz 1.10⅘. Damenschwimmen, 2 Bahnlängen Rücken, 2 Bahnlängen Brust: 1. Gehrisch, Vorwärts, 1. Rudow, Charlottenburg 1.21 Minuten, 2. Tönnies, Norden 1.21⅘ Min., 3. Dreßler, Norden 1.22 Min. Männerschwimmen, beliebig, 6 Bahnlängen, für Vereine ohne Winterbad: 1. Straube, Tegel 1.38 Min., 2. Bock, Eberswalde 1.48⅘. Männerseiteschwimmen, Klasse A, 100 Meter: 1. Grün, Charlottenburg 1.37⅘. 2. Broitzmann, Freiheit 1.19. Damen-Jugendbrücken, 100 Meter: 1. Geißler, Norden 1.37, 2. Riek, Neukölln, 1.47, 3. Christen, Neukölln 1.47⅘. Männer-Jugendbrücken, 100 Meter: 1. Grebert, Vorwärts 1.24⅘. 2. Komatowsky, Vorwärts 1.34⅘. 3. Stechert, Norden 1.26. Kopfweitsprung: 1. Kirchner, Norden 17 Meter, 2. Fuchs-Gätke, Neukölln 13½ Meter. Männerschwimmen, beliebig, 2 Bahnlängen (intern): 1. Körner 0.27, 2. Krause 0.28. Männerbrustschwimmen, 4 Bahnlängen (intern): 1. König 1.09, 2. Willich 1.28. Altes Herrenschwimmen, 2 Bahnlängen: 1. Grund, Norden 0.51⅘. 2. Juds, Neukölln—Steinke-Norden 0.52. Jugendschwimmen für Vereine ohne Winterbad: 1. Brose, Eberswalde 1.17. 2. Finke, Tegel 1.21. Männerlagenstaffel, 4mal 2 Bahnlängen: 1. Vorwärts 2.47, 2. Norden, 1 Mannschaft 1.53⅘. 3. Freiheit 1.57. Damenbruststaffel, 3mal 2 Bahnlängen: 1. Vorwärts 3.06⅘. 2. Norden 3.20. Wasserball: 1. Spiel, B-Klasse: Vorwärts gegen Norden II 4:4. 2. Spiel: A-Klasse: Freiheit—Norden I 5:2.

Sport-, Turn- und Werbeabend

beteiligt sich eine am Donnerstag, den 3. April, abends 7 Uhr, in der Brauerei Königstadt am Schönhauser Tor vom 4. Kartell-Bezirk stattfindende Veranstaltung. Da unter den 18 im Bezirk befindlichen Sport- und Turnvereinen sich erstklassiges Sportmaterial befindet, so verspricht das reichhaltige Programm interessante Vorführungen. Die Kartell-Bezirksvereine haben anläßlich der im vergangenen Jahre durchgeführten Kartell-Sportwoche ihr Können bewiesen und werden es jetzt wiederum tun. Den noch im bürgerlichen Sportlager befindlichen Genossen ist zu empfehlen, diese Veranstaltung zu besuchen, um den Wert der Arbeitersportbewegung kennen und schätzen zu lernen. Genossen unterstützt diese im Interesse der proletarischen Jugend wichtige Veranstaltung durch Erscheinen und Propaganda in den Betrieben.

Eine Mustervorführung.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund Deutschlands veranstaltet am Sonntag, den 6. April, nachmittags 4½ Uhr, einen Werbe-Abend seiner Bundesschulfiliale Berlin in der Turnhalle Prinzenstr. 70. Der Werbeabend will Mustergültiges zeigen und sollen die Vorführungen anregend auf die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung wirken. Da Mädchen, Knaben, Jungmädchen, Jungburschen und Männerklassen mit wohlvorbereiteten Uebungen aufwarten, dürfte dieser erste Abend bahnbrechend wirken. Die Vereine müssen mindestens je einen Vertreter entsenden. Die Vereine des 1. Kreises erhalten prozentual ihrer Mitgliederstärke Eintrittskarten. Die Ausgabe der Karten erfolgt auf dem Kreistage am 28. März in Berlin und sind zum Preise von 1 Mark pro Karte bei Empfang sofort zu bezahlen. Es wird nur eine ganz beschränkte Anzahl von Karten ausgegeben. Näheres auf dem Kreistage und im Sporthaus „Fichte", Berlin SO., Köpenicker Str. 103.

Aerztlicher Vortrag für Turnerinnen. Heute, Dienstag, 7½ Uhr abends, spricht Dr. Magnus Hirschfeld im Ernst-Häckel-Saal, In den Zelten 9a (Nähe Kroll-Theater, 5 Minuten vom Lehrter Bahnhof) über das Thema: „Was jede Frau wissen sollte." Dieser von der Freien Turnerschaft Groß-Berlin arrangierte ärztliche Vortrag soll den jungen Mädchen und Frauen Aufklärung in wichtigen gesundheitlichen Fragen geben.

Einladungskämpfe im Ringen. Vor gut besuchtem Hause veranstaltete der SC. „Berolina", Mitglied des AABD., in seiner Uebungsstätte, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 86, Einladungskämpfe im Ringen. Eingeleitet wurde der Abend durch Jugendkämpfe, wobei „Berolina" die Sieger stellte, ein Zeichen, daß im Verein guter Nachwuchs vorhanden ist. — Dann traten im Bantamgewicht Neumann gegen Engelmann, SC. „Adler", und Droas gegen Engelhardt, SV. „Nordwest", an. Neumann siegte nach flottem Kampfe in 3.30 Minuten, während Droas nach technisch schönem Kampfe 9.40 Minuten brauchte, um seinen alten Rivalen Engelhardt auf die Schultern zu legen. Im Federgewicht warf Podack, „Berolina", Barz, „Adler", in 8 Minuten. Henschel, „Berolina", brauchte nur 40 Sekunden, um Koch, AASV. Neukölln, zu besiegen. Seifenbinder, „Berolina", siegte in überlegenem Stil über den starken Nordwestmann Zuppa in 5 Minuten im leichten Mittelgewicht, desgleichen Rieger, „Berolina", nach schönem Kampf über Plessin, SV. „Alt-Glienicke", durch Ueberwurf in 8½ Minuten. Der Berolinamann Gootan mußte sich aber dem starken Richter, SV. Lichtenberg, in 4 Min. beugen. Als Ersatz für den erkrankten Raskowsky schickte „Nord-West" ihren Schwergewichtler Pohlfuß. Der gute Techniker Klen siegte aber schon in 2 Minuten durch Eindrücken der Brücke. Die Kämpfe haben bewiesen, daß der Arbeiter-Athleten-Bund gute Kräfte besitzt.

Die Freien Schwimmer Neukölln veranstalten am Sonntag, den 30. März, nachmittags 3 Uhr, im Stadtbad Neukölln ein Einladungs-Schauschwimmen. Interessante Kämpfe werden zeigen, daß auch im Arbeitersport Gutes geleistet wird. Spannend wird es in den Staffeln ausgehen. In den Wasserballspielen stehen sich Vorwärts, Berlin—Görlitz und Freie Schwimmer Neukölln—Breslau gegenüber. Auch hier werden gute Spiele zutage treten. Eintrittskarten sind noch im Vorverkauf zum Preise von 0.50 M. im Sporthaus Fichte, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 61, und im Lokal Frank, Neukölln, Ganghoferstr. 1, zu haben. Karten an der Kasse 0.75 M.

Der Frühjahrswaldlauf der Arbeitersportler findet am 6. April nicht in Sadowa, sondern in Hirschgarten statt. Umkleidelokal „Waldburg", 2 Minuten vom Bahnhof.

Die Arbeiter-Athletik-Sport-Vereinigung Neukölln veranstaltet am Dienstag, den 25. März, abends ½8 Uhr, im Restaurant „Karlsgarten", Neukölln, Karlsgartenstr. 6/11, einen öffentlichen Uebungsabend, wozu erstklassige Ringer aus den Arbeiter-Sportvereinen Lurich 02 Berlin, Berolina Neukölln, Libertas Charlottenburg und Siegfried 09 eingeladen sind. Die Kämpfe beginnen pünktlich um ½8 Uhr.

Sportliche Vereinigung Roland. Geschäftsstelle Berlin N. 113, Scherenbergstr. 24 IV. Die Vereinigung betreibt Leichtathletik, Turnen, Fußball, Hockey und Jiu-Jitsu. Anmeldungen von Interessenten, Männern und Frauen, werden an den Turnabenden, Dienstag und Donnerstag von 8 bis 10 Uhr, Turnhalle Carmen-Sylva-Str. 25, oder in vorbezeichneter Geschäftsstelle entgegengenommen. Terminkalender: Dienstag, 25. März, Turnen. Mittwoch, 26. März, Kartell-Bezirksversammlung. Donnerstag, 27. März, Turnen. Freitag, 28. März, Fußball-Mannschafts-Sitzung bei Zenz. Sonntag, 30. März, interner Waldlauf in Schulzendorf und Fußball-Gesellschaftsspiel gegen Velten, Sportplatz Schönhauser Allee.

Die Jugendabteilung der Freien Turnerschaft Schöneberg turnt jeden Montag und Donnerstag in der Turnhalle Belziger Str. (Hohenzollernschule). 6 bis 8 Uhr Schüler, 8—10 Uhr Lehrlinge und Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. Gäste willkommen. Die Jungmädchenabteilung turnt jeden Dienstag 8—10 Uhr Ritterstraße; Schülerinnen jeden Montag und Donnerstag Eberstraße. Die Fußballabteilung tagt jeden Freitag bei Lehmann, Marstraße. Gäste willkommen.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin, Bezirk Süden. Männerabteilung: Sonntag, 30. März, Partie nach Birkenwerder. Treffpunkt 7.30 Uhr Stettiner Bahnhof.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Sonnabend, 7½ Uhr, Turnhalle Schönfließer Str. 7, Turnlehrstunde für Männer- und Jugendturnen. Ausgabe der Nr. 3 der „Turntechnischen Merkblätter". — Montag, 31. März, 8 Uhr, Turnhalle Glogauer Str. 17, Zusammenturnen der Kinderturnwarte. Nachdem Sitzung bei Schönfeld, Grünauer Straße, Ecke Kottbuser Ufer.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin, Bezirk Osten. Die Bezirke werden nochmals darauf hingewiesen, daß die Meldungen zum 2. Hallen-Turn- und Sportfest am 13. April in der Turnhalle Prinzenstraße umgehend erstattet werden müssen. In den bereits eingegangenen Meldungen fehlen zum Teil Angaben der Teilnehmer zum Tauziehen und die Kampfrichter. Meldungen an Paul Schön, Spandau, Seegefelder Str. 9, nicht 8.

Turn- und Sportverein „Fichte", 4. Gruppe. Ab 1. April 1924 sind die Turnzeiten der Abteilungen wie folgt: Männer-Abt.: Dienstag, 8—10 Uhr, Turnhalle Kirschner-Oberrealschule, Turmstr. 75. Freitag, 8—10 Uhr, Turnhalle Siemensstr. 20. Jugend-Abt.: Montag und Mittwoch, 7—9 Uhr, Turnhalle Waldenserstr. 20. Jungmädchen-Abt.: Dienstag und Freitag, ½8—½10 Uhr, Turnhalle Waldenserstr. 20. 4a-Knaben-Abt.: Freitag, 6—8 Uhr, Turnhalle Kirschner-Oberrealschule, Turmstr. 75. 4b-Knaben-Abt.: Freitag, 6—8 Uhr, Turnhalle Quitzowstr. 115. 4a-Mädchen-Abt.: Donnerstag, 4—6 Uhr, Turnhalle Kirschner-Oberrealschule, Turmstr. 75. 4b-Mädchen-Abt.: Donnerstag, 6—8 Uhr, Turnhalle Siemensstr. 20. Am Dienstag, den 1. April, findet in der Turnhalle der Kirschner-Oberrealschule Turmstr. 75 ein öffentliches Turnen der Männer-Abt. statt. Reger Besuch seitens der Arbeiterschaft wird erwartet.

2. Bezirk (Tiergarten), Arbeitersportkartell. Die nächste Kartellsitzung findet am Montag, den 7. April, abends 8 Uhr, bei Marx, Oldenburger Str. 16, statt. Folgende Organisationen und Vereine werden ersucht, Delegierte zu entsenden: Ringsport-Verein Siegfried, Ballspielklub Moabit 1923, Mandolinen-Verein Stern, Arbeiter-Wanderbund Naturfreunde, Touristenverein Naturfreunde, Sozialistische Jugend und SJD. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist pünktliches Erscheinen notwendig.

Kartell für Sport- und Körperpflege, 4. Bezirk, Prenzlauer Berg. Geschäftsstelle N. 113, Scherenbergstr. 24 IV. Mittwoch, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Werner, Senefelderstr. 32, Kartell-Bezirksversammlung. Tagesordnung: Sport-, Turn- und Werbeabend am 3. April, Sportplatzverteilung. Jeder Kartell-Verein hat zum Werbeabend 4 Ordner sowie die Teilnehmerzahl der Vorführenden zu melden.

Kartellverband Wedding, 3. Bezirk. Am Montag, den 31. d. M., abends 7½ Uhr, findet im Lokal von Ruß, Markstraße 13 (Metallarbeiterbörse), Kartellsitzung statt. Jeder Verein und jede Abteilung muß vertreten sein.

Fußball-Abteilung der Freien Turnerschaft Neukölln-Britz. Bezirksmeister des Südwest-Bezirks. Sitzung jeden Freitag 8½ Uhr, Idealklause, Neukölln, Mareschstraße. Zur Verstärkung der Männer- sowie Jugendmannschaften werden neue Mitglieder noch aufgenommen. — Resultat vom 16. März: 1. Jugend Neukölln-Britz gegen 1. Jugend Nordsüd-Berlin 2:0 für Nordsüd.

4. Bezirk (Nordgruppe). Am Freitag, den 4. April, findet in Schöneberg, Turnhalle Ritterstraße, ein Zusammenturnen für Männer und Turnerinnen statt. Turnordnung: Freiübungen zum Kreisfest nach Musik, Wettübungen zum Kreisfest. Vereine, welche nicht ernsthaft üben, werden zum Kreisfest nicht zugelassen.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Abt. Norden. Heute, Dienstag, den 25. März, abends 8 Uhr, in der Schulaula Sonnenburger Str. 20, Lichtbildervortrag von Dr. Klose über Vulkane. Gäste willkommen. Eintritt 25 Pf.

Deutscher Arbeiter-Schach-Bund, 1. Kreis, 2. Bezirk. Der Bezirk spielte in diesem wie dem vergangenen Jahre ein Turnier. Dieses ist jetzt beendigt und zeitigte folgende Resultate: In der Vereinsmeisterschaft wurde Adlershof Erster, sodann folgt Oberschöneweide vor Cöpenick. Vierter wurde Wildau, dann folgen Johannisthal und Alt-Glienicke. In der Einzelmeisterschaft gewann Freitag, Cöpenick, mit 4½ Punkten vor Hennig, Adlershof, mit 4. Sodann folgen Stiegel, Oberschöneweide, Dühring, Johannisthal, und Gadowski, Alt-Glienicke, mit je 3 Punkten vor Bley, Wildau, mit ½ Punkt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Konsumvereinsmitglieder der VSPD. Heute, Dienstag, den 25. März, 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer (Großer Saal), Versammlung aller in der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend beschäftigten Mitglieder der VSPD. und deren Freunde. Vortrag der Genossin Frau Bohm-Schuch über „Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Arbeiterschaft". Alle in der Konsumgenossenschaft beschäftigten VSPD.-Mitglieder und Sympathisierende müssen erscheinen.

4. **Kreis Schöneberg-Friedenau.** Mittwoch, den 26. März, nachm. 4 Uhr, Lokal Alfred Will, Martin-Luther-Str. 69, Arbeitslosenversammlung.

14. **Kreis Neukölln.** Mittwoch, den 26. März, Sitzung der Schiedskommission, 7 Uhr abends im Parteibureau.

Heute, Dienstag, den 25. März:

21. **Abt.** 7 Uhr Funktionärversammlung bei Ullrich, Utrechter Str. Die Bezirksführer müssen zur Kreisversammlung besonders einladen.

24. **Abt.** 7½ Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in folgenden Lokalen: Gruppe 1 bei Schmidt, Marienburger Str. 48, Gruppe 1a bei Rösner, Immanuelkirchstr. 25, Gruppe 2 bei Wenzer, Christburger Str. 6, Gruppe 3 bei Spiller, Naugarder Str. 14. Pünktlich 6 Uhr treffen sich in obigen Lokalen die Funktionäre mit den Kreisvertretern und den Ordnern.

88. **Abt. Mariendorf.** 7 Uhr holen alle Bezirksführer Handzettel ab von Riendorf.

95. **Abt. Neukölln.** 7½ Uhr bei Pflanz, Prinz-Handjery-Str. 73, Bezirksführersitzung. Abrechnung.

101. **Abt. Treptow.** 7½ Uhr wichtige Vorstandssitzung, Vorwärtsexpedition, Kiefholzstr. 18b.

Jungsozialisten, Gruppe Lichtenberg. 7½ Uhr Rathaus, Beteiligung am Wahlpropagandakursus. — **Gruppe Tempelhof-Mariendorf.** 7½ Uhr Jugendheim Tempelhof, Lyzeum, Germaniastr. 4/8, Lichtbildervortrag des Genossen Witthauer über „Werden und Vergehen im Weltenraum". — **Gruppe Süden.** 8 Uhr juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3. Diskussionsabend über „Die religiöse Frage". Einführung: Genosse Lipinski.

Morgen, Mittwoch, den 26. März:

6. **Abt.** Die Bezirksführer werden ersucht, die Mitglieder zur Kreisversammlung am Mittwoch, 7 Uhr, bei Hoverland, Neue Friedrich- Ecke Rochstraße einzuladen. (Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.)

8. **Abt.** 7½ Uhr Zahlabend bei Rickert, Steinmetzstr. 39a und bei Seiler, Steinmetzstr. 29. Abt. 8b: 7½ Uhr Zahlabend bei Richter, Dennewitzstraße 27.

9. **Abt.** Der Zahlabend fällt wegen der Kreismitgliederversammlung aus. Die Bezirksführer rechnen bestimmt am 27. März mit dem Kassierer ab.

32. **Abt.** Die Gruppen- und Bezirksführer müssen des Jahresschlusses wegen restlos mit allen Beständen in dieser Woche mit dem Abteilungskassierer abrechnen.

44. **Abt.** Die Adresse des Genossen Reinhold Eichberg lautet: Reichenberger Straße 6, 2 Tr.

Charlottenburg. 54. **Abt.** 7½ Uhr Abteilungsversammlung Jugendheim, Rosinenstr. 4. Tagesordnung: „Die Reichstagswahl." Zur Heizung ist ein Brikett mitzubringen. — 55. **Abt.** 7 Uhr bei Reimer, Wilmersdorfer Straße 21. Wahlvorbereitungen.

67. **Abt. Grunewald.** 7½ Uhr Mitgliederversammlung Lokal „Lindeneck", Hubertusbader Str. 1. Tagesordnung: Aussprache über die Wahllisten und Neuwahlen.

72. **Abt. Wilmersdorf.** 7½ Uhr Abteilungsversammlung bei Kollath, Heidelberger Platz 1. Tagesordnung: Wahlarbeiten.

Schöneberg. 77., 78. und 79. **Abt.** 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Aula der Gemeindeschule, Feurigstraße. Referent: Genosse Dr. Mierendorf. — 80. und 81. **Abt.** 7½ Uhr Gesellschaftszimmer des Friedenauer Ratskellers. Referent: Genosse Zubeil. Erscheinen Pflicht.

82. **Abt. Steglitz.** 8 Uhr außerordentlicher Zahlabend in allen Bezirken. Thema: „Die kommenden Reichstagswahlen".

103. **Abt. Oberschöneweide.** 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Imberg, Wilhelminenhofstraße.

128. **Abt. Hermsdorf.** 7½ Uhr im Lokal Fröhlich Extrazahlabend. Die Bezirksführer werden gebeten, einzuladen. Erscheinen Pflicht, da wichtige Tagesordnung.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 26. März:

4. **Kreis Prenzlauer Berg.** Alle Genossinnen besuchen am Mittwoch die Mitgliederversammlung in der Oberrealschule Wollinerstr. 45.

58. **Abt. Charlottenburg.** Pünktlich 8 Uhr im Sitzungssaal Rankestr. 4, vorn 4 Tr. Thema: „Die Frauen und die Reichstagswahlen". Referentin Genossin Luise Kähler, M. d. R. Gäste willkommen.

*

136. **Abt. Reinickendorf-Ost.** Donnerstag, den 27. März, 7½ Uhr, Frauenabend im Jugendheim Seebad, Residenzstr. 43. Thema: „Die Frau als Führerin im Wahlkampf".

137. **Abt. Reinickendorf-West.** Der Frauenabend findet erst Donnerstag, den 3. April, statt. Die Funktionärinnen werden zum Freitag zu einer kurzen Besprechung nach dem Volkshaus gebeten.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

52. Abt. Charlottenburg. Genosse Paul Kuhnke, Clausthaler Str. 10, ist verstorben. Einäscherung Mittwoch, den 26. März, 12½ Uhr, Baumschulenweg.

103. Abt. Oberschöneweide. Am 20. März verstarb unser alter Genosse Wilhelm Vachell, Lagerhalter, Luisenstraße. Einäscherung Mittwoch, den 26. März, nachmittags 4½ Uhr, Krematorium Baumschulenweg. Abmarsch der Teilnehmer 4 Uhr Marktplatz.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 25. März.

Tageseinteilung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittelung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. Nachm. 4.30 bis 6 Uhr: Unterhaltungsmusik.

4.30—6 Uhr: Unterhaltungsmusik, 7 Uhr: Zeitgemäße Hausbrand-Fragen; **7.30 Uhr: Vortrag** des Herrn Dr. Felix Günther: „Beethoven". **8.30 Uhr: Beethoven-Abend** anläßlich des Geburtstages des Meisters: 1. a) Der befreite Prometheus, von Dehmel; b) Aus Briefen Beethovens (Leo Menter, Rezitation). 2. Romanze F-dur für Violine, von L. van Beethoven (Rudolf Deman, erster Konzertmeister an der Staatsoper). 3. Adelaide, von L. van Beethoven (Konzertsänger Hermann Schey). 4. Ecossaisen und Deutsche Tänze für Klavier, vierhändig, von L. van Beethoven (Otto Urack und Dr. Felix Günther). 5. Lied an die Freude, von Schiller (Leo Menter, Rezitation). 6. a) Die Ehre Gottes in der Natur, von L. van Beethoven; b) Ich liebe dich, von L. van Beethoven; c) Der Kuß, von L. van Beethoven (Kammersänger Hermann Schey). 7. Adagio aus dem Klaviertrio B-dur, op. 97, von L. van Beethoven (Rudolf Deman, Violine; Otto Urack, Violoncello; Dr. Felix Günther, Klavier).

Theater Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7½ Uhr: Jenufa
Opernhaus am Königsplatz
7½ Uhr: Bohème
Schauspielhaus
7½ Uhr: Candida
Schiller-Theater
7½ Uhr: Nora

Deutsch. Theater
7 Uhr:
Vom andern Ufer

Kammerspiele
7 Uhr
PALME

Gr. Schauspielhaus
7½ Uhr:
Boccaccio

Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr Wenn der neue Wein blüht

Komödienhaus
7.30 Zwei um eine

Berliner Theater
7.30 U. Das Weib im Purpur

Theater am
Nollendorfplatz
7.30: Die
Perlen d. Cleopatra

Th. i. Admiralspalast
Allabendlich 7½ U.:
Drunter und drüber

Deutsch. Opernhaus
7½ Uhr: Mignon
Mazure l. Scheidt, Fink, Bötel, Heyer, Werner, Spering

Intimes Theater
7½ Premiere: Der Herr m. d. grün. Krawatte
Wotans Abschied
Rache
Hotelabenteuer
Heppner, Berisch, Senius, Auen, Mertens, Clarens

Metropol-Theater
7½ Uhr: Karneval der Liebe
von Walt. Bromme
Lori Leux, Hella Kürty, Otto Storm, Franz Glawatsch, Fritz Schulz, E. Schäferfelder

Neues Theat. a. Zoo
7½ Uhr:
LILLY FLOHR in
Meine Tochter Otto

Neues Volkstheat.
8 U.: **Die Kinokönigin**

Thalia-Theater
7½ U.: Frasquita
Martha Serak
Albin v. Rittersheim

Theater a. d. Kommandantenstr.
7½ U. **Das Radiomädel**
Operette v. P. Weiner

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Mad. Pharao**

Lustspielhaus
8 U.: **Traumtheater**
Traumstück

Kleines Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die Gegenkandidaten
Komödie v. L. Fulda

Trianon-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die nackte Tänzerin
Lustsp. v. R. Lothar

Residenz-Theat.
Tägl. 8 Uhr:
Die junge Welt
Komöd. v. Wedekind

SCALA
Täglich 8 Uhr:
ein ausgezeichnetes
VARIETÉ-
Programm!

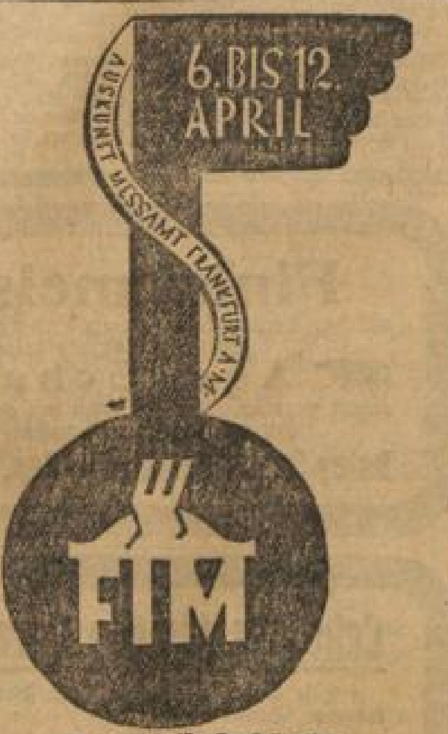
Wintergarten

Neu! Heute sowie täglich! Neu!

Die Zauberbrille

(Der verblüffende Illusions-Trick und die Sensation der New Yorker, Londoner und Pariser Theater!)

Hierzu das große Varieté-Programm!



Vertreter für Groß-Berlin:
Kurt Battsek, Berlin W 8, Charlottenstr. 56
Telegr.-Adresse: Hakafrank

WIEN-BERLIN

Unterhaltungs-Varieté

Täglich 8 Uhr: **Jägerstr. 63a** Täglich 8 Uhr:

Das größte Programm!

Geschwister Severus
3 Cartellas / Harry Allista
Alexander Schäffer
und weitere 6 Schlager

Sonnabd. u. Sonntg. 4 U.: Nachmittags-Vorstellg.

Die bekannte warme u. kalte Küche

BATSCHARIs Goldmarkpreise

ABC

Gold-Mundstück

Goldnixe	3	Pf.
A B C	3	"
Tacos auch o. M.	4	"
Sleipner	5	"
Cyprienne	6	"
Longfellow	7	"
Mercedes	8	"
Horizont	10	"
Selecta Mea	10	"
Fürst Fürstenberg	12	"
Imperator	12	"
Der Batschari Preis	15	"
Die Batschari Krone	15	"
Union Klub	25	"
Cordon Rouge	30	"

Ohne Mundstück

Fandango	3	Pf.
Eden	10	"
White Star	12	"
Fiat	15	"
Stephanie	20	"
Batschari Türkisch	20	"

Gold-Hohlmundstck.

Charlotte	4	Pf.
Generalkonsul	5	"
Prinzess M. Hohenlohe	8	"
Kaiser-Cigarette	12	"

Kork-Mundstück

Weltstern	5	Pf.
Weltstern-Extra	15	"

Papier-Hohlmundstck.

Batschari Russen	2	Pf.
Sascha v. Decker	3	"
Prinzess Victoria Louise	3	"

Batscharis Sortiment entspricht in seiner Reichhaltigkeit in jeder Preislage jedem Geschmack
Alle Marken sind in Qualität unübertroffen.

Volksbühne
7½ Uhr: OSTERN

Lessing-Th.
7½ Uhr: Wie es euch gefällt
Mittw. 7½: Was ihr wollt

Deut. Künstler-Th.
Allabendl. 7½:
Señora

Theater am Kottbuser Tor
Tägl. 7½ u. Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger
i. neuer Besetzung
Der Bombenerfolg des neuen Programms mit
Otto Reutter

Rose-Theater
7½ Uhr:
Goldschmieds Töchterlein

Walhalla
Theater Weinbergsweg
15 Weltattraktionen

Casino-Theater
Lothringer Str. 37.
Billigstes Theater Berlins
Volkstüml. Preise von 50 Pf. bis 1.50 M.
Tägl. 8 Uhr:
Der Sensationsschlager: Die
Mali v. Steinhof

Folies Caprice
8 Uhr:
Die Beine einer schönen Frau
Zwischen 12 u. 1

Komische Oper
Allabendlich 7½
Nur noch 7 Tage
Die größte Revue des Kontinents:
Die Welt ohne Schleier

Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reichshallen-Theater
Täglich 8 Uhr,
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Komponisten im Olymp
Dönhoff-Brettl
Anfang 8 Uhr
Jeden 1. u. 16. neues Programm!

Große Volksoper im Theater des Westens
7½ Uhr: **Rigoletto**

Täglich 8 Uhr: **Kammer-Oper** Lützowstr. 112
Regie: Dr. Georg Droescher — Mus. Leit.: Dr. Ludwig Wo.
Täglich wechselnder Spielplan!

Sie lachen Tränen!
„Warum soll er nich mit ihr vor der Türe steh'n."
„Hätt Franz doch bloß keen Freund man nich"
„Warum fliegste mir denn immer uff die Beene"
„Wat hat'n da der Bräutjam von de Braut"
singt allabendlich
Claire Waldoff
im **Metropol-Varieté**
dazu 8 weitere Attraktionen
8 Uhr Kleine Preise

• Apollo-Theater •
Täglich 7½ Uhr
Die Abenteuerin
Stolzenberg, Hesterberg, Grete Sellin, Sabo, Hirsch (vom Staatstheater), Kistenmacher

FREIBURGER VOLKSPASSION IN BERLIN

Große Deutsche Passions Festspiele
unter persönlicher Leitung und Mitwirkung des bekannten Christus Darsteller
G. A. Faßnacht
aus Bayern
Ab 2.–21. April 1924
Täglich Beginn 7.30
Außerdem am 1.u.[illegible] nachm. 3
2000 Mitwirkende
Kartenvorverkauf von 2 Mark bei Wertheim, Gute & Bock, Invalidendank, [illegible]
AUSSTELLUNGSHALLEN AM KAISERDAMM

Neues Operetten-Th.
Täglich 7½ Uhr.
Guido Thielscher
Die vertagte Nacht
Schwank i. 3 Akt. v. Franz Arnold u. Ernst Bach.
Else Bäck — Claire Kramer — Sibyl Smolowa
Camilla Spira — Tony Tetzlaff — Heinrich
Marlow — Leo Peukert — Berthold Reißig.

Central-Theater
Direktion: Karl Heinz Wolff
Alte Jakobstr. 30-32 (nahe Spittelmarkt)
Täglich 8 Uhr
Der dumme August
Musik von Rud. Gfaller

Schokoladen
in großer Auswahl
Billige Bezugsquelle für Kantinen und Wiederverkäufer.
Paul Grindel,
Dircksenstr. 47, nahe Bahnhof Börse.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem
!! billig !!

Schokolade.
Die bekannte und beliebte Marke
Dennoch
wieder eingetroffen.
Gerson Wechselmann, Schokoladen-Großhandlung
Berlin W, Linkstr. 21.
Fernsprecher: Nollendorf 878 und 879.

Neu eröffnet!
Damen, Herren, fern und nah,
Eilt zu FERG G. m. b. H.
Elegante Kleidung
für Damen und Herren
in großer Auswahl
zu wohlfeilen Preisen
Neuartiges Teilzahlungs-System
WILLY FERG G.m.b.H.
Charlottenstr. 84
vis-à-vis dem Ullsteinhaus
Lieferung erfolgt sofort. Kulante Bedienung.
Kein Laden!
Sonnabend findet kein Verkauf statt.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Vermögensteuer für das Kalenderjahr 1924.

I. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:

1. alle im Bezirk der unterzeichneten Finanzämter wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständigen steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche).
2. juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts sowie alle Bergwerkschaften, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen, sofern sie den Sitz oder den Ort der Leitung im Bezirk der unterzeichneten Finanzämter haben, also insbesondere Erwerbsgesellschaften (wie Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften), Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, eingetragene Vereine, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, die Erwerbszwecke verfolgen (außer Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer des Betriebes anzusehen sind, z. B. offene Handels- und Kommanditgesellschaften), Stiftungen, Anstalten und Zweckvermögen,

wenn sie am 31. Dezember 1923 ein Vermögen von mehr als 5000 Goldmark besessen haben.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind ferner verpflichtet ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach § 3 des Vermögensteuergesetzes mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen steuerpflichtig sind (Beschränkt Steuerpflichtige).

II. Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 1. bis 15. April 1924 bei ihrem zuständigen Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können vom 1. April ab von dem betreffenden Finanzamt bezogen werden. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich vor dem Finanzamt abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Vermögensteuer wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird ebenfalls bestraft.

Berlin, den 20. März 1924.

Die Finanzämter im Bezirk des Landesfinanzamts Groß-Berlin.

Am Freitag, den 21. März d. J. verschied nach langem Leiden unser Kollege vom Betriebsrat sowie Mitglied des Betriebsausschusses

Heinrich Temme

Lagerarbeiter in Karlshorst.

Immer hilfsbereit, frei und offen für seine Berufskollegen einzutreten, war ihm Herzensbedürfnis. Sein fester Charakter, seine treue Freundschaft und Kollegialität sichern ihm bei allen Berufsangehörigen ein ehrendes Andenken.

Ein „Habe Dank" rufen wir dem lieben Toten in die Ewigkeit nach.

Betriebsrat der Mitropa Groß-Berlin. P. Ruppert.

Die Einäscherung findet am Dienstag, den 25. März, nachm. 6½ Uhr, in Baumschulenweg statt.

Wir bitten die Kollegen, sich zahlreich zu der Einäscherung einzufinden. Treffpunkt 6,6 Uhr Bahnhof Baumschulenweg. 131/3

Deutscher Eisenbahner-Verband

Ortsgruppe Berlin

Die Einäscherung unseres am 20. März verstorbenen Kollegen

Paul Kuhnke

findet am Mittwoch, den 26. März, mittags 12.00 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. 190/10

Um rege Beteiligung bittet

Die Ortsverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! **Kunstgewerbe** Achtung!

Donnerstag, 27. März, nachmittags 5 Uhr, im Lokal „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße 147:

Versammlung

aller Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben des Verbandes Berliner Kunstgewerbebetriebe.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

164/13 **Die Ortsverwaltung.**

Zirka 20000 Riegel
garantiert reine Kernseife, ca. 62 Proz. Fettgehalt, 200-Gramm-Riegel 14 Pf., solange Vorrat.
Reine Lanolinseife, 90 gr . . 20 Pf.
Blumenseife, sechs verschiedene Gerüche, 80 gr. 1 Stck. 20, 3 Stck. 55 Pf.
Sahu Seifenpulver „Edelweiß", Paket . . . . 25 Pf.
Berliner Seifenmarkt Gode & Co.,
Zimmerstraße 99 (Keller).
Zentrum 1552 [1605]9*

Problem
Cigaretten garantieren
erste Qualität

JACOBY BOY

Bei **Krätze** u. **Hautjucken** im eigenen Interesse nur **BARACHOL**
Keine Schmiererei mehr! Billigster und sicherster Heilerfolg! Jede andere Heilweise veraltet. Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Leiterwagen
u. alle ander. Transportgeräte liefert billigst.
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71.
Kein Ladengeschäft.

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre älter! Graue Haare erhalten die frühere Farbe wieder durch „**Alcolor**". In allen Farben. Fl. M. 3,75 u. 5,50. In Drog., sonst bei **Otto Reichel**, Berlin 43 SO, Eisenbahnstraße 4.

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. – Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind

Dixin

Henkel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

Süde Nähgarn kauft **Lothringer Str. 48** Norden 4661

Frage:
Wo kaufe ich billig Schokoladen?
Antwort:
Nur bei
Eisen & Diamant
Kaiserstraße 4.
Abteilung II:
Zigaretten-Engros-Vertrieb
Andreasstr. 13 (Schles. Bahnh.)

Verkäufe

Nähmaschinen extra billige Preise. Fabrik neuer Maschinen erstklassiger Fabrikate. Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit voller Garantie. Eigene Reparaturwerkstatt. Fischer, Potsdamerstraße 103.

Kochgeschirr, erster sächsischer und Berliner Fabriken, desgleichen Chamotteausbaumaterial. Töpferplatten, Lehm, Roste, Ofenrohr, Bratkasten, Kochplatten, sowie sämtliche Töpfermaterialien billigst im Ofenhof, Charlottenburg, Havelstraße 5/6, am Wilhelmplatz. Wilhelm 2680.

Töpferarbeiten für Neubauten, Umbauten, Siedlungen, Villen und Privat, sowie Reparaturen führt gediegen und billig aus „Der Ofenhof", Charlottenburg, Havelstraße 5/6, am Wilhelmplatz. Wilhelm 2680.

Eiserne Kochherde und transportable Kachelherde billigst im Ofenhof, Charlottenburg, Havelstraße 5/6, am Wilhelmplatz. Wilhelm 2680.

Kachelöfen, transportable und feststehende, billigst im Ofenhof, Charlottenburg, Havelstraße 5/6. Wilhelm 2680.

Naumann-Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme. Emil Halbarth, G. m. b. H., Friedrichstraße 55a. Merkur 6286.

Nähmaschinen, neu und gebraucht. Zahlungserleichterung. Reparaturen. Gold, Mechaniker, Wassertorstraße 64.

Kinderwagen, Klappsportwagen, Kinderbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte. Schwarzmann, Kottbuser Damm 90, II. Etage.

Höhenwagen durch Plattenaufbau auf meine großen prima Leiter- und Kastenwagen selbst leicht herstellbar. Niedrigste Preise nur bei Wagner, Köpenickerstraße 71, Hof. Kein Laden.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Friedrichstraße 3 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig erstklassige Herrenanzüge, Ulster, Taillenmäntel. Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Pelzmäntel, Pelzjacken, Schals, Füchse aller Art. Keine Lombardware.

Leihhaus Prinzenstraße 35b, nahe Hochbahn Prinzenstraße. In feinsten Werkstätten maßmäßig hergestellte Anzüge von 25 Mark an. Taillenmäntel 15 an, Cutaways 25 an, Füchse aller Art 12 an. Gelegenheitskäufe in Sportpelzen, Gehpelzen. Besichtigung lohnend. Keine Lombardware.

Dauerwäsche, Reparaturen, Reichenbergerstraße [illegible].

Gehpelze, Sportpelze, prima Ausführung jetzt 75, elegante Pelzmäntel 150, Pelzjacken 60, Silberwäsche, Markenartikels Preise jetzt bedeutend ermäßigt. Goldmann, Kottbuser Tor, Eingang Dresdenerstraße 130.

Versuch macht klug. Verkauf hochmoderner Anzüge, Paletots, Cutaways, Smokinganzüge, zum Teil in feinster Maßwerkstatt hergestellt, sowie Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art, Damenmäntel, Kostüme, darunter einzelne Modelle, weit unter Preis. Keine Lombardware. Leihhaus, Brunnenstraße 3. Firma achten.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft erstklassige Anzüge und Ulster von 30.—, Füchse aller Art 12.—, Pelzjacken 50.—, Pelzmäntel 130.—, Sportpelze 60.—, Gehpelze 150.— an. Elegante Maßanfertigung. Garantie tadelloser Sitz. Keine Lombardware.

Verleih von Gesellschafts-Anzügen Brunnenstraße 4.

Kreuzfüchse 10, Ziegen 18, Pelzjacken 60, Sportpelze 65, Gehpelze 135, Damen-Pelzmäntel aller Art. Ferner Anzüge 15 bis 85, Schlüpfer 17 bis 38. Gardinen, Teppiche, Wäsche, Betten enorm billig im Gelegenheitskaufhaus Moritzplatz 58a.

Elegante Herrengarderobe kauft jedermann noch zu billigsten Grundpreisen. Anzüge, Cutaways, Ulster, Sportpelze, Gummimäntel, Hosen, Joppen größte Auswahl. Fahrgeld wird vergütet. Bindel, Invalidenstraße 20, am Stettiner Bahnhof.

Damenmäntel, Kindermäntel, Kostüme, Röcke 4, 8, 12 Goldmark. Gabardine, Donegal, Tuch, Covercoat. Arbeitsstube, Gürtelstraße 29a, Lichtenberg.

Teilzahlung. Herrengarderobe auf Teilzahlung, fertig und nach Maß, liefert Busewen, Kantstraße 5.

Anzüge 17, Gummimäntel 12, Kreuzfüchse 8, Wolljoppen 12, Hosen 4, Neuwaren. Leihhaus, Reinickendorferstraße 105, Nettelbeckplatz.

Credit-Rath. Herrengarderobe, Künstlergardinen, Madras, Stores, Tisch- und Diwandecken, Bettwäsche, Teppiche, Läuferstoffe. Bequemste Teilzahlung. Elsasserstraße 44 I, Oranienburger Tor.

Monatsanzüge, Sommerpaletots, Gesellschaftsanzüge, korpulente Figuren, staunend billig. Raß, Germannstr. 29/30, früher Mulackstraße 14.

Möbel

Speisezimmerstühle spottbillig Wichert, Elsasserstraße 20.

Möbel, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Einzelmöbel billigst. Wichert, Elsasserstraße 20.

Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Messingbetten, Doppelbetten, Metallbetten mit Auflage 29.50, Kinderbetten mit Auflage 25.—, Chaiselongues 12.—, Decken 15.—. Teilzahlung. Lieferung sofort. Meike, Auguststraße 32a.

Schlafzimmer, Eiche, dreiteiliger Ankleideschrank, aparte Ausführung, komplett, nur 430.—, Speisezimmer, Eiche, mit Standuhr, komplett nur 325.—. Selten günstige Angebote. Nur einmal vorrätig. Möbelausstattungen Primmer u. Halpern, Brunnenstraße 13, Elsasserstraße 77, am Oranienburger Tor.

Rehfeld, Badstraße 34. Schlafzimmer 300, Speisezimmer 495, Herrenzimmer 475.

Rehfeld, Badstraße 34, moderne Anrichteküchen 98, gebrauchte Küchen 30.

Rehfeld, Badstraße 34, Diplomaten, Eiche 75, Tische, Rohrstühle, neu 4.95.

Rehfeld, Badstraße 34, große Auswahl gebrauchter Einzelmöbel. Versand auch außerhalb.

Rehfeld, Badstraße 34. Ankleideschränke, Eiche, Nußbaum, mit Spiegel 95.

Klubgarnituren, Tischdecken 7.90, Diwandecken 9.50, Korbsessel 7.50, Läuferstoffe 1.75, Teppiche, Brücken. Siebert, Große Frankfurterstraße 83.

Stubbert Möbeltischlerei, Brunnenstraße 162, verkauft direkt an Private Möbel. Großlager in Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Küchen, Einzelmöbeln. Qualitätsarbeit, allerbilligst. Besuch unbedingt lohnend.

Metallbetten - Steuer. Doppelbetten, Kinderbetten, Küchen billig, Auguststraße 63.

Credit-Rath. Schlafzimmer, Speisezimmer, Einzelmöbel, Polsterwaren. Bequemste Teilzahlung. Elsasserstraße 44 I, Oranienburger Tor.

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Platz, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Korbmöbel, Küchen usw. Große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung ohne jeden Aufschlag. Lieferung Groß-Berlin franko Haus.

Extra-Angebot. 180 weißlackierte Schlafzimmer, komplett, von 600 Mark an. Einzelne weiße Schränke von 60 Mark an. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Platz.

Qualitätsmöbel! Gegen bar und Teilzahlung liefert preiswerte Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen und Einzelmöbel. Vertriebsstelle deutscher Möbelfabriken, Hugo Gerholdt, Landsbergerstraße 82, Nähe Alexanderplatz. Kein Ladengeschäft. Verkaufslager Hof 2. Etg.

Wichtig! für jedermann. Täglich werden verkauft: Kleiderschrank, Vertiko 23 Goldmark, Bettstellen, komplett, 18, Metallbettstellen 22, Flurschränke, Waschtoiletten 18, Chaiselongues 15, Kommoden 13, Bücherspinde, Schreibtische 36, Büfetts 75, Tische 6, Kücheneinrichtung 48, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer 225, Klubgarnituren mit Rauchtisch 148, Lederklubsessel 95. Riesenauswahl über 300 Zimmer. Alles spottbillig. Stargardts Möbel- und Lombardspeicher, Prenzlauer Straße sechs. Geschäftszeit bis 6.

Erzähle schön Deinem Mann, was das Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 30, alles bieten kann. Speisezimmer, komplett, 470, Gobelinsofas 80, Klubsessel 68 Goldmark.

Musikinstrumente

Dauerpiano, Mahagoniflügel, kreuzsaitig, Harmonium verkauft billigst Borth, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 20.

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 25.

Pianos, Zahlungserleichterungen. Ufer, Flensburgerstraße 1, Bahnhof Bellevue.

Flügel, Pianos, Harmoniums ständig Gelegenheiten. Rabenstein, Mitnstr. 10.

Pianofabrik gibt Pianos, Flügel, Harmonium auch an Private unter günstigen Zahlungsbedingungen ab. Steinmeyer, Oranienstraße 166 III.

Schrankapparate, Tischapparate, erstklassige Tischlerarbeit mit Luxusausstattung, 30 Prozent unter Ladenpreis. Grünmann, Markgrafenstraße 16, III Tr.

Fahrräder

Rennmaschinen! Straßenrenner, bildschöne Gebirgsrenner, Brennaborrenner, Bahnrenner, Waffenradrenner. Preisabbau. Schlawe, Weinmeisterstr. vier.

Damenfahrräder 75.—. Fahrradbänder. Ermäßigung. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradmäntel! 2.95, Luftschläuche 0.85. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Kaufgesuche

Fahrradankauf. Dreiradfahrer, höchstzahlend Brückner, Gitschinerstraße 72.

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 39 (Adalbertstraße).

Autozubehör

Angellager, Autozubehör kauft Golubew, Schönhauser Allee 137.

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 2. Maschinenbau, Elektrotechnik. Abendlehrkurse.

Verschiedenes

Auskunft, Untersuchungen. Hebamme Bottis, Dieffenbachstraße 54, Ecke Gräfestraße, Kottbuser Brücke.

136 000 Ratsuchende! Die große Rechtsauskunftei Friedrichstraße 127, Untergrundbahn Oranienburger. Prozeßzentrale. Ununterbrochene Sprechstunden.

Gewissenhafte Untersuchung. Erfahrene Hebamme Hildesheim, Bülowstraße 62.

Vermietungen

Zimmer

Möbliertes Zimmer vermietet Fabianek, Prenzlauer Allee 194, Ecke Danziger. 71/184

Arbeitsmarkt

Tapisserie-Handarbeiten. Sticker verlangt G. Foerstner, Alexandrinenstraße 25/26. 91/11

Plätterin, tüchtige, welche Oberhemden einplätten kann, für feine Damenwäsche bei sehr hohem Lohn im Hause verlangt Walter Schweß, Friedrichstraße 61. 3609b

Anzeichnerinnen und Garniererinnen auf feinste Damenwäsche im Hause verlangen sofort Carstens u. Lachmann, Zimmerstraße 29, Quergeb. 3 Tr. 3656b

Junge Mädchen für leichte Handarbeit im Hause verlangt Carstens u. Lachmann, Zimmerstraße 29, Quergebäude 3 Treppen. 3657b

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Zuschneiderin
geübte, auf Herrensporthemden und Schlafanzüge verlgt.
S. Kant
Neue Friedrichstr. 22

Die unterzeichnete **Ortskrankenkasse** mit rund **49 000 Mitgliedern** sucht zur ärztlichen Versorgung noch [103/8]

18 Aerzte

Besoldung nach Uebereinkunft.
Angebote sind zu richten an die
Allgem. Ortskrankenkasse Halle a. S.
Kleine Klausstraße 16.

Finishmeister

welcher bereits in ersten Fabriken als solcher gearbeitet hat, für feinste
Ago-Schuhe
sofort gesucht. Bewerbungen mit genauem Lebenslauf und Zeugnisabschriften an die
Boley Schuhfabrik Akt.-Ges. Hamburg 33

Lehrlinge für den Karosseriebau!

Wir stellen per sofort oder später Lehrlinge für folgende Fächer ein:

Stellmacherei | **Lackiererei**
Klempnerei | **Sattlerei**

Persönliche Bewerbungen in Anwesenheit des Vaters oder Vormundes in unserem Werk Tempelhof, Industriestr. 1/23, täglich in der Zeit von 3–5 Uhr nachmittags erbeten.

Carosseriewerke Schebera A.-G.

Tüchtige branchekundige
Verkäuferinnen
für die Abteilung
Damen-Putz
sofort gesucht.
Meldungen zwischen 1–2 und 6–7 Uhr
Jandorf & Co
Brunnenstr. 19-21

Tüchtige branchekundige
Verkäuferinnen
für die Abteilungen
Handarbeiten
Damen-Konfektion
sofort gesucht.
Meldungen zwischen 12–2 und 5–7 Uhr
Jandorf & Co
Kottbuser Damm 1-2

Tüchtige
Modell-Tischler
für Grobstückarbeit
sofort gesucht
Elisabethhütte
Eisengießereien
Brandenburg (Hav.)

2 tüchtige
Werkzeugschlosser
für Schnitte und Stanzen
stellt sofort ein
Winterberg, Emaillier- und Stanzwerk
Hohenschönhausen
Schöneicher Straße 7/9

Silberputzerinnen, tüchtige, suchen für sofort oder später Körner u. Praß, Berlin, Prinzessinnenstraße 16. 3611b

Parteigenosse, 48 J. alt, 30 Jahre Mitglied der Partei, 16 Jahre an der Presse, wovon 7 Jahre als leitender Redakteur tätig, 11 Jahre Mitglied des Gemeindekollegiums und seit 5 Jahr. Inhaber eines öffentlich-rechtlichen Amtes, sucht wieder **Stellung an der Presse als leitender Redakteur einer mittelgroßen Tageszeitung** ob. auch als **politischer Redakteur eines größ. Blattes.** Rednerische Befähig. Süd- oder Mitteldeutschl. bevorzugt. Anfrag. werd. unter E. 30 von der Hauptexpedition des „Vorwärts" vermittelt.

Tüchtige
Linotypesetzer
mit langer Maschinenpraxis in dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen mit Lohnansprüchen unter F. 30 an die Hauptexpedition des „Vorwärts" erbeten.

Tüchtige branchekundige
Verkäufer
für die Abteilungen
Möbelstoffe
Gardinen • Teppiche
sofort gesucht.
Meldungen zwischen 12–2 und 5–7 Uhr
Jandorf & Co
Kottbuser Damm 1-2

Für Republik und Reichseinheit!

Wahlaufruf des Deutschen Republikanischen Reichsbundes.

Der 4. Mai entscheidet über Leben und Tod der deutschen Republik, er entscheidet damit über das Schicksal des deutschen Volkes. Nur auf dem Boden der Republik vermag Deutschland hinfort als Staat zu leben. Nur die unerschütterliche Festigkeit der Republik gewährleistet die allmähliche wirtschaftliche und soziale Gründung unseres kranken Volkes, nur sie sichert unseren politischen und kulturellen Aufstieg. Wie der republikanische Gedanke einst Wegbereiter der deutschen Einheit war, wie er allein es gewesen ist, der die Einheit des Reiches gerettet hat aus den stürzenden Trümmern des großen Zusammenbruchs, so bürgt auch heute nur die republikanische Staatsform für den Zusammenhalt des Reiches. Und wiederum nur der demokratischen Republik wird es in zähem Ringen möglich sein, Deutschland unter den Völkern der Erde aufs neue jene Stellung zu schaffen, auf die es nach der Leistung seiner Wirtschaft und nach dem Stande seiner Kultur Anspruch hat. Jeder Versuch, die Republik zu stürzen, führt unentrinnbar in Bürgerkrieg und Reichszerfall, in Fremdherrschaft und Chaos.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund, der selbst keine politische Partei ist und sein will, der aber die entschlossensten Vorkämpfer des republikanischen Gedankens aus der sozialistischen wie aus der bürgerlichen Demokratie und aus den Reihen des Zentrums in sich vereinigt, richtet in dieser entscheidenden Stunde an die republikanischen Parteien und an die republikanischen Wähler die ernste Mahnung, in dem jetzt einsetzenden Wahlkampf die Losung:

Für Republik und Reichseinheit!

allem anderen voranzustellen. Möge jeder deutsche Republikaner, möge jeder, der sein Vaterland liebt, in diesen Tagen eingedenk sein jener Lehren, die mit erschütternder Eindringlichkeit uns der Münchener Rebellenprozeß gegeben hat. Auch dem Harmlosesten sollte dieser in seiner Vorgeschichte wie in seiner Durchführung gleich beispiellose Prozeß gezeigt haben, wie erschreckend groß, wie furchtbar nahe die Gefahren waren und sind, die dem Bestande der Republik und damit zugleich dem Bestande des Reiches von jener Seite her drohen.

In solcher Lage wäre nichts verhängnisvoller als eine falsche Weichenstellung in diesem Wahlkampf. Nicht: hie Arbeiterblock — hie Bürgerblock darf in den schicksalsschweren Stunden, die wir jetzt durchleben, die Parole lauten. Die Regierung eines siegreichen Bürgerblocks wäre nichts anderes als eine mehr oder minder verkappte Rechtsregierung. In kürzester Zeit würde sie Deutschland in Grund und Boden regieren.

Das muß verhindert werden und das kann verhindert werden, wenn alle Republikaner

das Gebot der Stunde

begreifen. Jede republikanische Partei wird — das versteht sich von selbst — im Wahlkampf zunächst für ihr Programm, für ihre politischen Ideale werben. Keinen Augenblick aber dürfen sie über dem, was sie nach Klasse und Weltanschauung trennt, das vergessen, was heute alle deutschen Republikaner einigen muß! Alle republikanischen Parteien mögen daher den Wahlkampf so führen, daß sein Ergebnis ein Reichstag

der entschlossen republikanischen Aktion

ist. Ein Parlament, gleich der Nationalversammlung von Weimar, die Erhaltung der Reichseinheit sowie den demokratischen und sozialen Ausbau des Reiches auf dem Boden der Republik auf seine Fahne schreibt. Nicht wieder darf, wie nach den Wahlen von 1920, ein Reichstag der republikanischen Ohnmacht und Entschlossenheit Herr der deutschen Geschicke werden, ein Reichstag, der, innerpolitisch wie außenpolitisch gleich unfruchtbar, aus einer Krise in die andere taumelt. Die Spuren der Wahl von 1920 schrecken!

Es lebe die Republik! Es lebe Deutschland!

Konrad Haenisch, Staatsminister a. D., Frankfurt a. M.
Hugo Preuß, Reichsminister a. D., Berlin.
Dr. Luppe, Oberbürgermeister, Nürnberg.

Dieser kämpft beim Alkohol für der deutschen Rasse Wohl:
mit germanischen Gefühlen wirbt er in den Kahlbaumdielen
für die völkische Idee, gegen den semitischen Dreh;
während gegen rassereine Dollarschatz- und Rentenscheine
nicht ein einziger „Belang" seiner Kehle sich entrang — —
Denn es ist ein Unterschied, ob ein schwärzlicher Semit,
oder ob ein deutscher Mann seinen Nöten helfen kann:
Jener tut es mit dem Dreh, dieser mit der Mordidee,
jener für sein eignes Wohl, dieser auch für Alkohol. —
Nur in puncto Proletarier sind die andern und die Arier
unbeschadet jeder Reinheit eine gut gemischte Einheit. . .

Der Stinnes-Geist.

Wenn die Reaktion siegt.

Am 28. Februar 1924 forderte im Hauptausschuß des Reichstags der Abgeordnete Dr. Quaatz (Deutsche Volkspartei) den Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Die Kosten seien bei der Finanzlage des Reiches nicht mehr aufzubringen. Bei weiterem Niedergang der Wirtschaft sei eben der

Hungertod von Millionen Menschen

nicht zu vermeiden. Selbst wenn der Belagerungszustand 150 Millionen Goldmark koste, sei das gut angelegt! Auf diesem Gebiete dürfe nicht gespart werden. — Herr Quaatz ist einer der brutalsten Vertreter der Stinnes-Gruppe. Hungertod und Entrechtung — das droht den deutschen Arbeitern, wenn die Reaktion siegt!

Wahlreden und Wahllügen.

Der Reichskanzler Dr. Marx hat in Elberfeld eine große Wahlrede für das Zentrum gehalten. Er hat in dieser Rede mit aller Schärfe den Gegensatz zwischen den außenpolitischen Anschauungen der Rechtsparteien und denen der Mittelparteien herausgearbeitet. Der Kern der Rede war die Erklärung, es sei „notwendig, mit kühlem, nüchternem Verstande die unglückliche Lage unseres Vaterlandes zu betrachten und ohne Parteihaß und Parteileidenschaft geschlossen den opfervollen und ehrlichen Weg der Erfüllung der unabwälzbaren harten Verpflichtungen zu gehen. Das ist weit eher Befreiungs- als Erfüllungspolitik." Diese Erklärung wird von der „Kreuzzeitung" mit einer überaus scharfen Kriegserklärung beantwortet:

„Will das Zentrum von der Gnade Poincarés weiterleben und mit ihm im Wahlkampf Geschäfte machen? Ueber die Tage hündischer Angst sind wir weit hinaus. Ja, wir verbitten uns derartige Unterstellungen, denn es geht heute um mehr als um Taktik und Diplomatie, es geht um unser Schicksal. Dieses Schicksal aber wollen wir aus uns selbst heraus gestalten, ohne Rücksicht darauf, ob es dem lieben Nachbar, ob es unseren inneren Feinden, die beide mit gleich starker Leidenschaft bekämpft werden müssen, genehm oder nicht genehm ist."

Das ist die „Volksgemeinschaft" der Deutschnationalen! Außerhalb der Grenzen ihrer Partei sind sie Internationalisten — ob Poincaré, ob deutscher Zentrumsmann, ob deutscher Sozialdemokrat — das ist ihnen alles eins. Ein Nicht-Deutschnationaler zählt nicht. Aber ihr größter Haß gilt den Sozialdemokraten.

*

Die Deutschnationalen betreiben in diesem Wahlkampf eine bequeme Methode des Lügens. Zu allem, was das Volk empört und bedrückt, schreien sie: die Sozialdemokraten sind daran schuld. Das sieht in der „Kreuzzeitung" so aus:

„Denn ebenso wie das Hochkommen der Kriegs- und Inflationsgewinnler kommt auf ihr Schuldkonto Elend und Not des deutschen Volkes, wie es sich am furchtbarsten enthüllt bei den enteigneten Rentnern, bei dem besitzlos gewordenen Mittelstand, bei den auf ein kärgliches Trinkgeld gesetzten Invaliden, bei dem Heer der hungernden Witwen und dem Heer der durch die sozialdemokratische Außenpolitik auf die Straße geworfenen Arbeitslosen."

Die Kriegs- und Inflationsgewinnler, die Rentner und Mittelstand enteignet haben, sitzen in der Deutschnationalen Partei. Es sind die Großagrarier und die großen Industrieherren. Die haben die Staatsfinanzen so ruiniert, um ihren Geldbeutel zu schonen, daß Invaliden und Witwen und Waisen hungern müssen. Und nun schreien sie:

Wir haben das Geld des Mittelstandes in unsere Taschen gesteckt — die Sozialdemokraten sind schuld daran.

Wir haben an der Not des Volkes verdient, wie wir am Kriege verdienten — die Sozialdemokraten sind schuld daran.

So verteidigt sich ein Straßenräuber, der mit drohend vorgehaltener Waffe einen Ueberfallenen ausplünderte, vor dem Richterstuhl: ich habe ihn gewiß mit Gewalt geplündert, aber ich bin unschuldig. Die Schuld trägt der Ueberfallene, er hat sich ausplündern lassen.

Wiederkehr des Steuerunrechts?

Zunahme der Massenbelastung.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat vor dem Verband sächsischer Industrieller behauptet, der jetzige Etat werde überwiegend getragen von den Besitzsteuern. Allein die Reichsbesitzsteuern machen 58 Proz. der Gesamteinnahmen aus. Damit wiederholt er seine Angaben im Verlauf der großen politischen Aussprache im Reichstag über die Verteilung der Steuerlasten, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Zunächst behauptet Herr Luther, Zahlen für die Monate Dezember 1923 bis März 1924 zu geben. Als er diese Angaben machte, schrieb man erst den 10. März und die rechnungsmäßigen Ergebnisse des Steueraufkommens lagen erst für die Monate Dezember und Januar vor. Daraus folgt also schon, daß sich Herr Luther bei seinen Zahlen zum Teil auf die Rechnungsergebnisse, zum Teil auf bloße Schätzungen gestützt haben muß. Diese Schätzungen dürften aber dem tatsächlichen Steueraufkommen in seinem Endergebnis kaum entsprechen. Bereits in den Monaten Dezember und Januar hat das rechnungsmäßige Aufkommen der Lohnsteuer den Voranschlag um 23 Proz. und die Umsatzsteuer den Voranschlag um 27 Proz. überschritten. Das Ergebnis der meisten Besitzsteuern aber ist weit hinter der Schätzung zurückgeblieben. Nach Herrn Luthers Schätzungen haben von Dezember 1923 bis März 1924 die Besitzbelastung 58 Proz., die Lohnsteuer 14 Proz. und die Umsatzsteuer 24 Proz. des Gesamtaufkommens an Steuern gebracht.

Wie aber stehen die Dinge wirklich? Nachdem inzwischen die Uebersicht über die Reichseinnahmen im Februar veröffentlicht worden ist, kann man die tatsächliche Entwicklung in den Monaten Dezember bis Februar den Voranschlägen gegenüberstellen, auf die sich Herrn Luthers Schätzung stützt. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Aufkommen an	im Februar geschätzt	im Februar tatsächlich	im Februar + oder — gegen Schätzung	Dezember—Februar geschätzt	Dezember—Februar tatsächlich	Dezember—Februar + oder — gegen Schätzung
	In Millionen Goldmark					
1	2	3	4	5	6	7
Lohnsteuer	62	64	+ 2	144	175	+ 31
Umsatzsteuer	85	103	+ 18	202	252	+ 50
Zölle und Verbrauchssteuern	60	63	+ 3	131	133	+ 2
veranlagte Einkommensteuer	70	66	— 4	168,6	159	— 7,6
Vermögenssteuer	85	9	— 76	85	9	— 76
Erbschaftssteuer	5	0,3	— 4,7	8	0,4	— 7,6
Obligationenst.	90	0,06	— 89,9	90	0,06	— 89,9
Börsenumsatzst.	10	30	+ 20	25	69	+ 44
Rhein-Ruhrabg.	7	26	+ 19	130	219	+ 89
Gesamtaufkommen	547	418	—129	1209	1233	24
davon Massenbelastung	207	230	+ 23	477	560	+ 83
Besitzbelastung	340	188	—152	732	673	— 59

Diese Aufstellung zeigt dreierlei:

1. Die meisten Besitzsteuern sind hinter dem Voranschlag beträchtlich zurückgeblieben, die Massenbelastung dagegen ist in ihrem tatsächlichen Aufkommen über die Schätzung bedeutend hinausgegangen. Und wenn das Gesamtaufkommen an Steuern in den Monaten Dezember bis Februar den Voranschlag um 24 Goldmillionen übersteigt, so ist das lediglich auf das starke Steigen der Erträgnisse der Massenbelastung zurückzuführen, die das Zurückbleiben der Besitzbelastung mehr als aufgehoben hat.

2. Als ertragreiche Besitzsteuer haben sich nur die Rhein-Ruhrabgabe und die Börsenumsatzsteuer erwiesen, die die Voranschläge um ein weites übertroffen haben. Die Rhein-Ruhrabgabe stammt aus dem Bündel Notsteuern, die der Reichstag am 11. August v. J. unter sozialdemokratischem Druck annahm. Nachdem die letzte Rate dieser Abgabe bereits am 18. Dezember fällig war, sind hieraus nur noch rückständige Eingänge in unbeträchtlicher Höhe zu erwarten. Gegen die Börsenumsatzsteuer haben die Börsianer seit einiger Zeit ein wüstes Geschrei erhoben, mit dem Erfolg, daß diese Steuer als erste Steuer im deutschen Steuersystem wieder abgebaut werden soll. Wenn also diese beiden Steuern in Zukunft nicht mehr diese hohen Erträge liefern, dann ist nicht ersichtlich, wie Herr Luther zu seiner optimistischen Beurteilung der deutschen Steuergerechtigkeit kommt.

3. Tatsächlich hat sich der Anteil der Massenbelastung am Gesamtaufkommen an Steuern seit Dezember stetig gesteigert. Der Anteil am Gesamtaufkommen betrug in Prozenten:

bei der	im Dezember	Januar	Februar
Lohnsteuer	11,9	14,9	15,2
Umsatzsteuer	17	19,6	25,5
Zölle und Verbrauchssteuern	9,6	8,2	13,5
Massenbelastung	89	42	56
Besitzbelastung	61	58	44

Daraus geht hervor, daß ein günstiges und gerechtes Verhältnis zwischen Massen- und Besitzbelastung nur im Dezember bestanden hat. Dies war aber nur möglich, weil in diesem Monat bei der Rhein-Ruhrabgabe, Einkommensteuer und Körperschaftssteuer größere Nachzahlungen für das Jahr 1923 zu leisten waren, die erst auf das Drängen der sozialdemokratischen Vertreter im 15er Ausschuß nahezu verdoppelt worden sind und die das große Steuerunrecht, an das Herr Luther ja nicht erinnert sein will, wenigstens zum geringen Teil wieder gutmachen sollten. Seitdem ist der Anteil der Besitzbelastung dauernd zurückgegangen, weil man die Betriebssteuer vorzeitig aufgehoben und die Steuern auf die Geldentwertungsgewinne auf einen lächerlich geringen Satz bemessen hat. Wenn die Mietsteuer erst voll wirksam wird, ist zu befürchten, daß schon in den nächsten Monaten das alte Steuerunrecht, das die Hauptlast den Besitzlosen aufbürdete, wieder hergestellt wird.

Das ist die „Sanierung", auf die Herr Luther und Herr Marx so stolz sind!

Kandidaturen.

Die christlichsoziale Volksgemeinschaft, die Partei der Zentrumsarbeiter, die sich vom Zentrum losgelöst haben, hat folgende Spitzenkandidaten aufgestellt: Wahlkreis Westfalen-Nord Postmeister a. D. Johann Ricks-Werden, Wahlkreis Westfalen-Süd Oberverwaltungsinspektor Buttler-Wanne, Wahlkreis Düsseldorf-Ost Redakteur Johann Doetsch, zurzeit Teigte-Westfalen, Wahlkreis Düsseldorf-West Reichsbankinspektor Eugen Arends-Bochum, Wahlkreis Köln-Aachen Bergmann Fritz Schmitz-Buer, Wahlkreis Berlin Postsekretär Münsterpetter-Berlin, Wahlkreis Aachen Bürgermeister Heßlein-Schirgiswalde. In Baden und Oberschlesien werden eigene Listen aufgestellt, desgleichen auch in West- und Ostsachsen.

Wie die „Kölnische Zeitung" meldet, stellte der Wahlkreisparteitag der deutschen demokratischen Partei für den Wahlkreis Köln-Aachen als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen den Landtagsabgeordneten Dr. Gottschalk sowie an zweiter Stelle der Reichstagsabgeordnete Dr. Lüders-Düsseldorf auf.

Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei für Hessen wählte einstimmig den Minister a. D. Dr. Becker zum Kandidaten für den Wahlkreis Hessen.

Wirtschaft

Die Regelung der Kleingartenpachten.

Der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands schreibt uns:

Als Anfang Dezember 1923 der Oberpräsident für Brandenburg die vom Magistrat Berlin im Einvernehmen mit dem Kleingärtnerbeirat festgesetzten Pachtpreise im Dienstaufsichtswege aufhob und sofortige Neufestsetzung von „zeitgemäßen" Pachten forderte, geschah dies vor allem im Hinblick auf die Höhe der preußischen Grundvermögenssteuer, deren alleinige Tragung die Grundbesitzer mehr oder weniger kategorisch ablehnten, trotzdem der klare Wortlaut des betreffenden Gesetzes und ein Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministers vom 5. Dezember 1923 die Abwälzung auf die Pächter nicht gestatten. Es kam deshalb bei der Neuberatung im Stadthaus zu heftigen Auseinandersetzungen, weil einzelne Magistratsvertreter eine Pacht von 10 Pf. je Quadratmeter forderten und nicht unter 6 Pf. heruntergehen wollten, da angeblich auch der Ertragswert der Parzellen als gesetzlich vorgeschriebene Unterlage für die Bemessung der Pachten höher sei als im Frieden. Nach stundenlangen Verhandlungen hatten die kleingärtnerischen Mitglieder des Beirates die ursprünglichen Forderungen des Magistrats auf $^4/_{10}$ Pf. je Punkt, d. h. 3,2 bis 4 Pf. je Quadratmeter bei 8 bis 10 Punkten herabgedrückt. Mehr war nicht zu erreichen, es bestand vielmehr die Gefahr, daß der Magistrat diese Verhandlungen abbrach und durch die Siedlungsdeputation einseitig Pachtpreise dekretieren ließ, die natürlich bedeutend über dem Erreichten gelegen hätten.

Trotz dieses „Sieges" war aber die Erregung der Berliner Kleingärtner leicht verständlich, denn ein Pachtpreis von etwa 4 Pf. je Quadratmeter entsprach einem Wert von rund 12 Zentner Roggen je Morgen, während die Rieselfeldpächter der Stadt Berlin als Fachleute schon gegen eine Pacht von 2 bis 5 Zentnern Sturm liefen und in der Landwirtschaft vor dem Krieg ganz allgemein 25 bis 35 M. je Morgen Pacht gezahlt wurden.

Inzwischen war es den Bemühungen des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands gelungen, die Anordnungen des preußischen Finanzministeriums über Neueinschätzungen der Wehrbeitragswerte für die Grundvermögenssteuer auch auf Kleingartengelände auszudehnen, das nun nicht mehr als Bauland nach dem gemeinen Wert, sondern als landwirtschaftlich bzw. gärtnerisch genutztes Land zum Ertragswert besteuert werden soll.

Durch Vereinbarungen des Finanzamtes Groß-Berlin mit den Interessenten wurde der Ertragswert für die Landwirtschaft auf 500 M., für die Gemüsegärtnerei auf 1250 M. je Morgen, vorbehaltlich einer 15prozentigen Wertminderung festgesetzt. Das ergibt nach Abzug der letzteren und bei Annahme einer 4prozentigen Verzinsung des Ertragswertes eine Pacht von 1,7 Pf. je Quadratmeter, während sich die Grundvermögenssteuer von durchschnittlich 12 Pf. je Quadratmeter auf 0,3 Pf. ermäßigt.

Dadurch war die Handhabe geboten, beim Oberpräsidenten die Aufhebung der viel zu hohen Pachtsätze zu fordern, denn sie überschritten nicht nur den gesetzlichen, etwa zwischen Landwirtschaft und Gärtnerei liegenden Ertragswert der Kleingärten ganz erheblich, sondern ermöglichten es auch dem Grundbesitzer spielend, die Steuer aus der Pacht selbst zu zahlen. Da auch der Wohlfahrtsminister durch Erlaß vom 8. März dieses Jahres (II 8 Nr. 43 II) ähnliche Gedankengänge vertritt, hat sich der Oberpräsident den Forderungen der Kleingärtner bereits angeschlossen und ist mit den Katasterämtern zwecks Neueinschätzung der Gelände und mit dem Magistrat wegen Herabsetzung des Punktwertes auf wenigstens $^2/_{10}$ Pf. je Quadratmeter in Verbindung getreten.

Die Berliner Kleingärtner erwarten nun bestimmt, daß der Magistrat dieser Aufforderung ebenso schell nachkommt wie seinerzeit der auf Erhöhung der Pachten trotz laufender Verträge. Weiter ist es aber unbedingt nötig, daß die Kleingärtner bei ihren Bezirksämtern sofort Herabsetzung der viel zu hohen Punktzahlen beantragen, denn die Ermäßigung des Punktwertes allein bleibt wirkungslos, wenn man die einzelnen Kolonien, wie z. B. in Spandau, mit durchschnittlich 14 Punkten belastet. Nach der Bewertungstabelle des Magistrats für den Humus und Wassergehalt des Bodens, Lage und Beschaffenheit der Kolonien, soll der Zustand vor der kleingärtnerischen Nutzung des Landes als Ausgangspunkt der Bonitierung benutzt werden. Geschieht dies vorschriftsgemäß, können bei dem Berliner Sandboden nicht mehr als höchstens 10, im Mittel etwa 8 Punkte herauskommen, es sei denn, daß langfristige Pachtverträge vorliegen, die eine höhere Punktzahl nach sich ziehen.

Durch Außerachtlassung dieser Grundsätze würden die hiesigen Kleingärtner auch künftig noch mit einer Pacht belastet werden, die weit über die der Erwerbsgärtner hinausginge, was bei den heutigen Löhnen und Gehältern für die große Masse der Laubenkolonisten untragbar wäre und das Ende einer Bewegung bedeuten würde, die volkswirtschaftliche, hygienische, ethische und erzieherische Werte von größter Bedeutung in sich vereint.

Eine Bank des Anilinkonzerns.

Die aus der Deutschen Kolonialbank hervorgegangene „Deutsche Länderbank A.-G." ist in den letzten Tagen von einer der Badischen Anilin- und Sodafabrik nahestehenden Finanzgruppe angekauft worden. Diese hat vier Fünftel der Aktien der Länderbank mit einem Nennwert von 600 Millionen Mark zum Preise von 3 Dollar pro Aktie erworben. In Kürze wird der Zusammenschluß durch Neubesetzung des Aufsichtsrates und engere Verflechtung der gegenseitigen Interessen vollendet werden. Der bisherige Großaktionär der Länderbank, Oskar v. Körner, wird aus dem Aufsichtsrat ausscheiden und durch Direktor Schmidt von der Badischen Anilin- und Sodafabrik ersetzt werden.

Schon bisher befanden sich die Länderbank und die Berliner Vertretung des Anilinkonzerns in dem gleichen Hause, nämlich in einem neu ausgebauten Grundstück Unter den Linden dicht am Pariser Platz. Jetzt geht die Bank in dem großen Industriekonzern auf, so daß die chemische Großindustrie, die im sogenannten Anilinkonzern und im Stickstoffsyndikat zusammengeschlossen ist, ein eigenes Finanzinstitut erhält.

Auffallend ist, daß die Deutsche Länderbank noch vor wenigen Tagen jeder Meldung über die bevorstehende Umgruppierung ein hartnäckiges Dementi entgegensetzte und gegen Zeitungen, die diese Nachricht verbreiteten, gerichtliche Verfolgung ankündigte. Man hatte alle Nachrichten dieser Art als „aus der Luft gegriffen" bezeichnet und mit der Drohung der Klage die Presse mundtot zu machen versucht. Das geht sogar den Organen des Börsenkapitals etwas zu weit. So bezeichnet ein Berliner Börsenblatt das Dementi der Länderbank direkt als eine Irreführung der Oeffentlichkeit. Aus dem Munde derer, die so oft die öffentliche Meinung irreführen und in vielen Fällen die Ansicht interessierter Börsenkreise ohne Kommentar wiedergeben, nimmt sich ein derartiger Protest recht eigenartig aus. Aber nicht nur im Interesse des Börsenkapitals, sondern zur Wiederherstellung des stark geschwundenen Vertrauens in die deutsche Wirtschaft ist die Forderung durchaus berechtigt, daß endlich einmal eine gewissenhaftere Veröffentlichung von solchen wirtschaftlichen Vorgängen erfolgt, die über den Kreis der nächstbeteiligten Finanzleute und Aktionärgruppen hinaus Beachtung verdienen und deren Geheimhaltung doch unmöglich ist.

Internationaler Genossenschaftskongreß.

In Prag ist am Sonntag der Kongreß des Zentralkomitees internationaler Genossenschaften eröffnet worden, dem u. a. Vertreter Deutschlands, Oesterreichs, Englands, der Schweiz, Schwedens, Ungarns, Bulgariens, Frankreichs, Belgiens, Litauens, Rußlands und der Tschechoslowakei beiwohnen. Der Kongreß wurde von dem Vizepräsidenten der ACI. (Alliance Coopérative Internationale), Whitehead, eröffnet. Im Namen der tschechoslowakischen Regierung begrüßte der Minister für soziale Fürsorge, Habermann, die Kongreßteilnehmer.

Die Beratung galt zunächst dem bulgarischen Genossenschaftswesen. Auf Antrag des Generalsekretärs May-England wurde die Absendung eines Telegramms an die bulgarische Regierung beschlossen, in dem der Kongreß gegen die Verfolgung der bulgarischen Konsumgenossenschaften protestiert. Sodann trat der österreichische Delegierte Renner dafür ein, daß bei der Abfassung der Bulletins der ACI. die nationalen und wirtschaftlichen Eigenarten der einzelnen Länder objektiv dargestellt würden.

Reichsbankausweis. Der Ausweis der Reichsbank vom 15. März brachte eine neue Zunahme der Rentenmarkwechsel um 108,7 auf 867,8 Millionen Rentenmark. Dieser starken Zunahme auf einem Kreditkonto stehen jedoch erhebliche Rückgänge auf anderen Gebieten gegenüber, so sind die Rentenmarklombardforderungen der Reichsbank um 15,6 auf 171,2 Millionen Rentenmark zurückgegangen. Noch stärker ermäßigte sich das Papiermarklombardkonto, nämlich um 74,9 auf 45 Millionen Goldmark. Allerdings steht dem eine Erhöhung des Papiermarkwechselkontos gegenüber, das um 88,3 auf 568,4 Millionen Goldmark anstieg. Die Zunahme der Kredite war demnach nicht so stark wie in früheren Wochen. Der Banknotenumlauf hat sich diesmal nur sehr wenig verändert, er nahm um 0,3 Millionen zu und beträgt jetzt 613,2 Millionen Goldmark.

Nordische Messe. In einer offiziellen Feier im Kollegiensaal des Rathauses zu Kiel wurde am Sonntag die diesjährige Nordische Frühjahrsmesse eröffnet, die fünfte in der Reihe der Kieler Veranstaltungen dieser Art. Die Zahl der Aussteller hat sich im Vergleich zur Herbstmesse 1923 mehr als verdoppelt, so daß nunmehr insgesamt 15 Meßhäuser bis auf den letzten Platz belegt sind. Die Textilbranche umfaßt allein fünf geräumige Bauten, und auch die Abteilungen Maschinenbau, das Kunstgewerbemuseum, sowie die Qualitätsartikel der Gebrauchsgegenstände sind sehr zahlreich vertreten. Zum ersten Male wird den Interessenten in Deutschland eine von der brasilianischen Regierung veranstaltete Ammortmesse von Erzeugnissen des brasilianischen Wirtschaftslebens gezeigt.

Die Bank des Berliner Kassenvereins sieht in diesem Jahre auf eine 100jährige Geschäftstätigkeit zurück. Sie wurde am 23. Februar 1824 als kaufmännische Gesellschaft gegründet und verfolgte den Zweck, das Abrechnungs-, Inkasso- und Effektenlieferungsgeschäft zu vereinfachen und den Giroverkehr für die an der Berliner Börse vertretenen Banken und Bankiers zu fördern. 1850 wurde das Institut in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und später den Erfordernissen des Handelsgesetzbuches angepaßt. Die Bank ist für den Geld- und Effektenverkehr der Berliner Börse von großer Bedeutung, da sie ähnlich dem Londoner Clearing-House die Generalabrechnungsstelle der meisten Berliner Banken ist. Aus dem Jubiläumsbericht ist hervorzuheben, daß das Liquidationsbureau infolge des Aufhörens der Effektentermingeschäfte seit 1914 ruhen mußte. 1917 übernahm der Kassenverein die Verwaltung der durch Reichsverordnung dem Reich leihweise überlassenen ausländischen Wertpapiere, 1921 wurde die Geschäftsführung der von den Berliner Banken und Bankiers gegründeten „Berliner Devisenabrechnungsstelle" übernommen, welche die Abrechnung der von ihren Mitgliedern in amtlich notierten Devisen abgeschlossenen Geschäfte versieht. Ein Bild von dem Umfang der Geschäfte des Kassenvereins in neuerer Zeit zu geben ist nahezu unmöglich, da die hierfür vorliegenden Zahlen in Papiermark berechnet und daher durch die Inflation als Wertmaßstab vollkommen wertlos geworden sind. Es sei lediglich daran erinnert, daß bereits im Jahre 1914 der Umsatz 54,2 Milliarden Goldmark betrug. Im Jahre 1923 wurde der Umsatz auf 6523,7 Trillionen Papiermark angegeben. Deutlicher tritt die Geschäftstätigkeit zutage, wo die Zahl der einzelnen Geschäfte angegeben wird, so z. B. in der Mittagsscheckabrechnung im letzten Jahre 171 438 Schecks erledigt worden, und zwar bis zum Monat August, in dem dieser Verkehr bis auf weiteres eingestellt wurde. Im Giro-Effektendepot wurden 2 460 374 Buchungen verzeichnet gegen 348 443 im Jahre 1914. Seit dem Jahre 1918 hat die Zunahme dieser Buchungen rapide zugenommen und sie ist erst abgeflaut, als die Inflation sich überschlug, nämlich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,00— 17,25	Malzkaffee, gepackt ...	23,00— 25,00
Gerstengrütze, lose ...	16,00— 17,00	Röstgetreide, lose	16,00— 18,00
Haferflocken, lose	15,75— 16,00	Kakao, fettarm	100,00—125,00
Hafergrütze, lose	16,00— 16,50	Kakao, leicht entölt ...	130,00—152,00
Roggenmehl 0/1	12,75— 14,00	Tee, Souchon, gepackt .	380,00—420,00
Weizengrieß	18,00— 18,50	Tee, indischer, gepackt .	425,00—500,00
Hartgrieß	22,00— 22,50	Inlandszucker basis mel.	40,— 42,00
70% Weizenmehl	14,50— 16,00	Inlandszucker Raffinade	42,50— 44,50
Weizen-Auszugmehl ...	17,00— 21,00	Zucker Würfel	46,00— 58,00
Speiseerbsen, Viktoria .	19,00— 22,75	Kunsthonig	36,00— 40,00
Speiseerbsen, kleine ..	14,00— 17,00	Zuckersirup hell in Elm.	49,00 —
Bohnen, weiße, I erl ...	20,50— 24,00	Speisesirup dunk. in Elm.	32,00— 35,00
Langbohnen, handverles.	27,00— 32,50	Marmelade Einfr. Erdb.	108,00—130,00
Linsen, kleine	28,00— 35,00	Marmelade Vierfrucht .	40,00— 55,00
Linsen, mittel	36,50— 42,00	Pflaumenmus in Eimern	45,00— 48,00
Linsen, große	42,50— 49,50	Steinsalz, lose	3,20— 3,90
Kartoffelmehl	16,00— 18,00	Siedesalz, lose	4,00— 4,50
Makkaroni	40,50— 48,00	Bratenschmalz in Tierces	68,00 —
Makkaronimehl	37,00— 39,50	Bratenschmalz in Kübeln	69,00 69,50
Schnittnudeln, lose....	21,00— 25,00	Purelard in Tierces ...	67,00 —
Bruchreis	15,25— 17,00	Purelard in Kisten	68,00 68,50
Rangoon Reis	17,00— 19,50	Speisetalg in Packung .	40,00— 50,00
Tafelreis, glasiert, Patna	27,00— 31,00	Speisetalg in Kübeln ..	46,00— 48,00
Tafelreis, Java	31,00— 36,00	Margarine, Handelsm. I	36,00 —
Ringäpfel, amerik.	103,00—115,00	desgl. II	48,00— 52,00
Getr. Pflaumen 90/100 .	42,00— 48,00	Margarine, Spezialm. I ..	70,00 —
Pflaumen, entsteint ...	55,00— 69,00	desgl. II	60,00— 65,00
Cal. Pflaumen 40/50 ...	80,00— 85,00	Molkereibutter i. Fässern	155,00 —
Rosinen in Kisten, Candia	75,00— 95,00	Molkereibutter in Pack.	200,00 —
Sultaninen Caraburna ..	85,00— 95,00	Landbutter in Fässern .	165,00 —
Korinthen, choice	78,00— 83,50	Landbutter in Packungen	170,00 —
Mandeln, süße Bari ...	145,00—160,00	Auslandbutter	195,00—200,00
Mandeln, bittere Bari ..	125,00—139,00	Corned beef 12/6 lbs p. K.	35,00— 36,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	Speck, gesalzen, fett ...	62,00— 67,00
Kümmel, holländischer .	155,00—165,00	Quadratkäse	40,00— 50,00
Schwarzer Pfeffer singap.	98,00—106,00	Quarkkäse	35,00— 50,00
Weißer Pfeffer	130,00—141,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	115,00—125,00
Rohkaffee Brasil	180,00—215,00	Ausl. ungezuck. Condensmilch 48/16	22,50— 25,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—300,00	Inländische desgl. 48/12	18,50— 19,50
Röstkaffee Brasil	240,00—280,00	Inl. gez. Condensm. 48/14	28,50— 29,50
Röstkaffee Zentralam. ..	320,00—400,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Aus der Partei.

Eine Erklärung Noskes.

Genosse Noske bittet um Abdruck folgender Erklärung:

„Der ‚Vorwärts' vom 21. d. M. veröffentlicht in der Rubrik ‚Parteinachrichten' unter der Ueberschrift: ‚Zur Kandidatur Noske' eine Zuschrift des Parteivorstandes, in der erklärt wird, das Verbot meiner Kandidatur sei keineswegs wegen meiner politischen Einstellung erfolgt, sondern weil in Hannover ‚der Oberpräsident in nächster Zeit besonders schwierige Aufgaben zu erledigen' hat.

Der Parteivorstand sagt über die Gründe meiner Gegner: ‚Es wurde besonders auf die Tätigkeit der Welfen hingewiesen, die für einen eigenen Welfenstaat im Rahmen des Reiches eine Volksabstimmung herbeiführen wollen.' Mit den Gegnern meiner Kandidatur sei der Parteivorstand der Ansicht, ‚daß in einer solchen Zeit der höchste Verwaltungsbeamte der Provinz mehr als je in Hannover tätig zu sein verpflichtet sei'.

Dieser Auffassung ist restlos zuzustimmen. Nur kann sie nicht gegen meine Kandidatur geltend gemacht werden, denn die Abstimmung über den Antrag der Welfen findet unmittelbar nach der Reichstagswahl am 18. Mai statt — also wahrscheinlich vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages —, und meine Wahlarbeit wäre zum wesentlichen Teil ein Kampf gegen die Welfen gewesen."

Kandidatenaufstellung.

Gießen, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand hier ein Bezirkstag für Hessen-Nassau statt. Für den Parteivorstand war Genosse Wels erschienen, der in einem groß angelegten Referat die Politik der Reichstagsfraktion darlegte. Genosse Dißmann hielt ein Korreferat. Es gab eine ausgedehnte Debatte. Es erfolgte die Aufstellung der Reichstagskandidaten im ganzen nach dem Vorschlag des Bezirksvorstandes. Nachdem bereits am vorigen Sonntag der Kasseler Bezirkstag die Kandidaten benannt hatte, hat jetzt die Reichstagsliste der beiden Bezirke, welche einen gemeinsamen Wahlkreis bilden, folgendes Aussehen: 1. Philipp Scheidemann-Kassel, 2. Robert Dißmann-Frankfurt, 3. G. Hoch-Hanau, 4. Schnabrich-Hersfeld, 5. Toni Sender-Frankfurt a. M., 6. Hüttmann-Frankfurt a. M., 7. Witte-Wiesbaden.

*

In Hessen wurden folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Staatspräsident Karl Ulrich, 2. Gesandter Dr. Eduard David, 3. Dr. L. Quessel.

Der Thüringische Bezirksparteitag beschloß am Sonntag, folgende Kandidaten aufzustellen: 1. Wilhelm Bock-Gotha, 2. Kurt Rosenfeld-Berlin, 3. August Frölich-Weimar, 4. Mathilde Wurm, 5. Dietrich-Erfurt.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 25. März, 7½ Uhr:

Buchholz: Lokal von Roheck, Hauptstr. 31. Vortrag: „SKJ. und soziale Fragen." — **Neukölln III:** Jugendheim Nogatstr. 30. Vortrag: „Gibt es einen Gott?" — **Karlshorst I:** Schule Georgenstraße 1. Diskussion: „Dawesplanung." — **Reinickendorf-Ost:** Im „Seebad", Residenzstr. 46. Vortrag: „August Bebel." — **Schöneberg I:** Jugendheim, Rubens-, Ecke Hauptstraße. Vortrag: „Anfänge der Religion." — **Spandau:** Jugendheim, Neuendorfer Str. 3. Vortrag: „Einführung in den Sozialismus." — **Steglitz I:** Jugendheim, Albrechtstr. 46. Vortrag: „Das Sozialistengesetz." — **Wannsee:** Schule Charlottenstraße. Vortrag: „Was ist Sozialismus?" — **Wedding:** Ledigenheim, Schönstedtstr. 1. Vortrag: „Romantik der Landstraße." — **Wilmersdorf:** Jugendheim, Hildegardstr. 4. Vortrag: „Die rechtliche Lage der Jugendlichen."

Briefkasten der Redaktion.

H. 18. Nur wenn besonders hervorgehoben, gelten Doppellaute als ein Buchstabe.

Ihre Haut hungert
und friert! Unabsehbar sind die Folgen für Gesicht und Hände! KOMBELLA-CREME ernährt, heilt und schützt die Haut und erhält sie dauernd gesund, zart und jugendschön. Es gibt nichts Wirksameres als
KOMBELLA
KOMBELLA-CREME KOMBELLA SEIFE

Schokoladen
Nach wie vor höchste Leistung in bezug auf Qualität und Preiswürdigkeit!
Lagerbesuch immer lohnend
Versand nach allen Stadtteilen
Gerson Wechselmann
Schokoladen-Großhandlung
Berlin W, Linkstr. 20. Fernsprecher: Nollendorf 878 u. 879

Auch farbige Wolle und sonstige Stoffe können Sie unbeschadet mit
LUX SEIFENFLOCKEN
reinigen, es sei denn, dass die Farben unecht sind
Sunlicht Gesellschaft A.G.
Mannheim-Rheinau